Das Bundesverhältnis Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn in der Epoche Aehrenthal. (1906–1912)

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i. Br.

vorgelegt von

Leo Förster
aus Trier.

1934

Gatzer & Hahn, Graphische Werkstätten, Schramberg (Schwarzwald)

Referent: Prof. Dr. Ritter.
Korreferent: Prof. Dr. Heimpel.
Tag der mündlichen Prüfung: 25. Juli 1933.

Meinen Eltern in Dankbarkeit.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
Einleitung:	Die Entwicklung des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses von 1879/1906.	9
1. Kapitel:	Die deutsch-österreichischen Beziehungen vom Amtsantritt Aehrenthals bis zur jungtürkischen Revolution.	21
2. Kapitel:	Die deutsch-österreichischen Beziehungen in der ersten Phase der bosnischen Krise.	46
3. Kapitel:	Die deutsch-österreichischen Beziehungen in der zweiten Phase der bosnischen Krise.	69
	Rückblick auf die bosnische Krise.	102
4. Kapitel:	Deutschland und Oesterreich-Ungarn in den letzten Jahren der Epoche Aehrenthal.	108
	Rückblick auf die Epoche Aehrenthal und auf das deutsch-österreichische Bündnis.	124
	Schriftenverzeichnis.	VII

Schriftenverzeichnis.

British Documents on the Origins of the War 1898—1914. Bd. 4—5 Akz. B. D.
Die Große Politik der Europäischen Kabinette. 1871—1914.
Oesterreich-Ungarns Außenpolitik von 1908—1914, Bd. 1—3. Akz. Oe.—U.A.

Bismarck, Otto von: Gedanken und Erinnerungen. (1921).
Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten. Bd. 2 (1930).
Bülow, Bernhard von: Deutsche Politik. (1916).
Conrad: Aus meiner Dienstzeit. Bd. 1. (1921).
Frankenfeld, Alfred: Oesterreichs Spiel mit dem Kriege (1928).
Friedjung, Heinrich: Das Zeitalter des Imperialismus. Bd. 1—2 (1919/22).
Giesl, Baron Wladimir: Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient (1927).
Hoyos, Alexander: Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns (1922).
Jäckh, Ernst: Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch. 2 Bde. (1924).
Musulin, Freiherr v.: Das Haus am Ballplatz. (1924).
Molden, Berthold: Graf Aehrenthal (1917).
Nicolson, Harold: Die Verschwörung der Diplomaten. (1930).
Noack, Ulrich: Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls. (1928).
Pribram, Alfred Francis: Die Politischen Geheimverträge Oesterreich-Ungarns. Bd. 1 (1920).
Rathmann, Erich: Die Balkanfrage 1904—1908 und das Werden der Tripelentente (1932).
Rothfels, Hans: Studien zur Annexionskrise. Historische Zeitschrift Bd. 147 (1933).
Schoen, Freiherr von: Erlebtes. (1921).
Siebert, B. von: Graf Benckendorffs diplomatischer Schriftwechsel. Bd. 1 (1928).
Sosnosky, Theodor von: Die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns seit 1866. 2 Bde. (1913/14).
Stieve, Friedrich: Die Tragödie der Bundesgenossen. (1930).
Stieve, Friedrich: Deutschland und Europa von 1890 bis 1914. (1926).
Szilassy, J. von: Der Untergang der Donaumonarchie (1921).
Taube, Michael Freiherr v.: Der großen Katastrophe entgegen. (1929).

Die folgenden Arbeiten wurden dem Verfasser erst nach Abschluß seiner Studie bekannt:

Angyal: Geschichte der bosnischen Krise von 1908/09. Jahrbuch des Wiener Ungarischen Jnstituts (1931).
Wedel, O. H.: Austro-German diplomatic relations 1908/14. (1933).

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543122_0110

Einleitung.

Die Entwicklung des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses von 1879/1906.

Das Problem des österreichisch-deutschen Bundesverhältnisses in der Epoche der Außenministerschaft Aehrenthals ist nur im Zusammenhang des Gesamtverlaufs der Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen zu verstehen. Es ist daher notwendig, einen Ueberblick über die Gestaltung des deutsch-österreichischen Verhältnisses seit 1871 zu geben.

Bismarck hielt Deutschland nach dem Siege von 1870/71 für saturiert und trieb eine status quo- und Sicherheitspolitik, deren Basis er in einem Bündnis Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Rußlands suchte. Das Ziel des Bundes der drei europäischen Kaiserreiche erblickte der Kanzler außenpolitisch in der Wahrung des Friedens, innenpolitisch in der Bekämpfung der sozialen und demokratischen Republick.

Bis zur Balkankrise von 1875/78 stand Rußland Deutschland näher als Oesterreich-Ungarn. Die Balkankrise brachte in dem gegenseitigen Verhältnis der drei Kaisermächte eine entscheidende Veränderung. Bei den ersten Anzeichen eines Zusammenstoßes der österreichischen und russischen Balkaninteressen verlieh Bismarck seinem Wunsch einer Verständigung seiner Verbündeten Ausdruck. Er sprach die vollkommene Uninteressiertheit Deutschlands am Balkan und an der Türkei aus und wollte jeder österreichisch-russischen Verständigung über die Balkanfrage zustimmen. Eine Einigung zwischen Wien und Petersburg blieb aber aus, und Anfang 1878 spitzte sich der österreichisch-russische Balkangegensatz bedrohlich zu. Oesterreich-Ungarn sah sich vor die Gefahr einer Beherrschung des Balkans durch Rußland gestellt und suchte gegen Rußland Anlehnung bei England. Am politischen Horizont stieg die Möglichkeit eines österreichisch-englisch-französischen Bundes auf, dessen Entstehen Bismarck verhindern mußte. Der Kanzler durfte Oesterreich nicht einer fremden Machtgruppe zutreiben lassen. Als ihm Andrassy schrieb, „Konflikt mit Rußland oder Konferenz“ [1]) sei die Alternative, entschied sich Bismarck trotz seiner Abneigung für die Konferenz.

[1]) G.P. 2, S. 154.

Auf dem Berliner Kongreß versuchte sich Bismarck in der Rolle des ehrlichen Maklers. Da das machtpolitische Schwergewicht aber auf der Seite Englands und Oesterreich-Ungarns lag und der Kanzler wohl vermitteln, aber nicht auf die russiche Seite treten wollte, endete der Berliner Kongreß mit einem Ergebnis, das man in Rußland in Anbetracht des Mißverhältnisses zwischen Einsatz und Gewinn mit Recht als politische Niederlage empfand.

Die deutsch-russische Freundschaft erlitt in der Balkankrise von 1875/78 ihren ersten entscheidenden Stoß. Rußland hatte als Entgelt für seine Haltung während der Kriege von 1866 und 1870/71 auf eine aktive Unterstützung seiner Balkanwünsche durch Deutschland gerechnet und verlieh seiner Mißstimmung über Bismarcks Maklerrolle durch deutschfeindliche Demonstrationen Ausdruck. Der Kanzler erblickte in dem russischen Verhalten einen unzulässigen Versuch Petersburgs, in dem deutsch-russischen Verhältnis die Führung zu beanspruchen und die deutsche Politik ins russische Schlepptau zu nehmen. Es zeichnete sich die Gefahr ab, daß Rußland eine Annäherungspolitik an Frankreich treiben werde, um einen Druck auf Deutschland auszuüben.

Bismarcks Antwort an Rußland war der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses. Der Kanzler ließ durch den Bund mit Oesterreich-Ungarn erkennen, daß die Zeiten, in denen Rußland die Berliner Politik stark beeinflussen konnte, endgültig vorüber waren. Das Bündnis mit Wien setzte Bismarck in die Lage, je nachdem durch Gewährenlassen oder Zügeln der österreichischen Balkanpolitik Petersburg unter Druck zu setzen. Der deutsch-österreichische Vertrag brachte den Willen Deutschlands, eine von jeglicher Beeinflussung unabhängige Politik zu führen, zu scharfem Ausdruck.

Das Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland wurde am 7. Oktober 1879 abgeschlossen und bedeutete einen entscheidenden Einschnitt in der Geschichte der preußisch-deutschen Außenpolitik. Seit den Tagen Friedrich Wilhelms III. war die Pflege engster Beziehungen zu Rußland ein Hauptleitsatz der Berliner Politik gewesen. Die Freundschaft mit Petersburg hatte oft genug den Charakter einer Abhängigkeit und Schutzherrschaft getragen. Diese Gefahr hatte Bismarck durch den Bund mit der Donaumonarchie beseitigt. Hinfort war Oesterreich-Ungarn, nicht mehr Rußland, der erste Verbündete Deutschlands.

Bismarck durfte hoffen, in Oesterreich-Ungarn einen Bundesgenossen zu finden, der sich besser in die Grundlinien der deutschen Politik einfügen werde als Rußland. Oesterreich-Ungarn war ebenso wie Deutschland an der Wahrung des europäischen Friedens und

des status quo interessiert und verfolgte — in Gegensatz zu Rußland — keine expansiven Pläne. Andererseits war die Donaumonarchie wegen ihrer Reibungen mit Rußland auf die Hilfestellung einer anderen Großmacht angewiesen. Der Kanzler durfte annehmen, durch eine geschickte Stellungnahme zum österreichisch-russischen Balkangegensatz die österreichische Politik so stark beeinflussen zu können, daß er für seine Politik nicht nur das Gewicht Deutschlands, sondern auch das Gewicht Oesterreich-Ungarns in die Waagschale werfen konnte.

Bismarck wünschte trotz der Krise von 1878/79 die Fortdauer guter Beziehungen zu Rußland und war keineswegs gewillt, sich durch die Donaumonarchie in einen Gegensatz zu Petersburg hineinziehen zu lassen und Deutschland in den Dienst der Wiener Balkanpolitik zu stellen. Er wollte über dem österreichisch-russischen Balkankonflikt stehen und lehnte es ausdrücklich ab, „dem deutschen Volke für englische oder österreichische Orient-Interessen die schweren und unfruchtbaren Lasten eines russischen Krieges näher zu rücken, als sie vermöge eigener deutscher Interessen und denen an der Integrität Oesterreichs uns stehen“ [1]). Der Kanzler pflegte die deutschen Beziehungen zu Rußland weiter und setzte nach dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses seinen ganzen Einfluß in Wien für einen Ausgleich der österreichischen und russischen Balkaninteressen ein. Er mildert die antirussische Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns weitgehend und erklärte sich prinzipiell zu einer Unterstützung der russischen Politik in Bulgarien und am Bosporus bereit.

Im Jahre 1881 erfolgte der Abschluß des Dreikaiserbündnisses. Es hatte eines starken Druckes Bismarcks auf Wien bedurft, um Oesterreich-Ungarns Eintritt in das Bündnis durchzusetzen. Auch das Dreikaiserbündnis konnte den russisch-österreichischen Balkangegensatz nicht überbrücken. Bismarcks Versuch, den Gegensatz durch eine Teilung des Balkans in eine russische und österreichische Einfluß-Sphäre einzudämmen, erwies sich als vergeblich. Immerhin gelang es dem Kanzler, der Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns Zügel anzulegen, bis Kalnoky im Jahre 1886 die deutsche Bevormundung abwarf. Kalnoky handelte im österreichischen Staatsinteresse, als er den Moment einer für Rußland ungünstigen Konstellation der Verhältnisse auf dem Balkan benutzte, um gegen die für Oesterreich-Ungarn bei der Sprengkraft des Panslavismus tödliche Gefahr einer Umzingelung durch Rußland im Südosten einen harten Schlag zu führen. Er unterstützte in Bulgarien den Prinzen Fer-

[1]) Bismarck, III, S. 149.

dinand von Koburg gegen die russischen Beeinflussungsversuche und verstand es, Serbien, Bulgarien und Rumänien dem russischen Einfluß zu entrücken. Rußland sah sich von der Balkanhalbinsel zurückgedrängt. Damit war aus dem kunstvollen Gebäude der Bismarckschen Politik ein wichtiger Stein herausgebrochen und das Gleichgewicht auf dem Balkan empfindlich gestört. Der Kanzler war über die österreichische Politik tief verstimmt und nicht gewillt, ihren rußlandfeindlichen Kurs mitzusteuern. Er distanzierte sich von Kalnoky und erklärte im Januar 1887 im Reichstage, Deutschland sei das Schicksal Bulgariens völlig gleichgültig. „Wir werden uns in dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren." Am 6. März umriß Bismarck in einer Anweisung an den deutschen Botschafter in Wien noch schärfer den zurückhaltenden Standpunkt Deutschlands zu dem Akutwerden des russisch-österreichischen Balkangegensatzes. „Wir sind nicht imstande, uns in orientalischen Dingen mit Oesterreich zu identifizieren oder ihm bei etwaigen Verwickelungen in Bulgarien oder am Schwarzen Meer materielle Hilfe zu gewähren." [1]). Diese Instruktion bedeutete die Weigerung Bismarcks, eine nach Bulgarien oder ans Schwarze Meer ausgreifende Politik Oesterreich-Ungarns zu unterstützen. Wien sah sich isoliert. Da bei der österreichischen Isolierung die Gefahr eines russisch-österreichischen Zusammenstoßes nicht ausgeschlossen war, begünstigte der Kanzler eine englisch-österreichische Annäherung, die Rußland von einem Konflikt mit Oesterreich-Ungarn abhalten sollte.

Im selben Jahre 1887 war die Verlängerung des Dreikaiserbündnisses fällig, die infolge des österreichisch-russischen Gegensatzes nicht zustande kam. Bismarck wollte aber keinesfalls den Faden nach Petersburg reißen lassen und schloß einen deutsch-russischen Vertrag — den sogen. Rückversicherungsvertrag — ab, durch den er (im gleichen Moment, wo er den russischen Balkanwünschen durch Begünstigung der österreichisch-englischen Annäherung einen Riegel vorschob) die besonderen Interessen Rußlands in Bulgarien anerkannte und sich verpflichtete, die russische Meerengenpolitik wohlwollend zu unterstützen. Die deutsch-russische Freundschaft war aber infolge der Rückwirkung des deutsch-österreichischen Vertrages so fragwürdig geworden, daß Bismarck an Kaiser Wilhelm schrieb, „der Haupteffekt unseres deutsch-russischen Vertrages bleibt für uns immer der, daß wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, daß Rußland neutral bleibt, wenn

[1]) G.P. 4, S. 322.

wir von Frankreich angegriffen werden“ [1]). Im deutsch-österreichischen Verhältnis bedeutete der Rückversicherungsvertrag für Deutschland eine Rückendeckung gegenüber den aus dem Bündnis mit Oesterreich-Ungarn resultierenden Gefahren.

Um die Jahreswende 1887/88 wurde von Oesterreich-Ungarn versucht, mit Deutschland in Besprechungen der Generalstäbe zu treten „für den Fall, als der casus foederis infolge eines Angriffes seitens Rußlands oder infolge gemeinsamen übereinstimmenden Vorgehens der verbündeten Mächte eintreten sollte“ [2]). Bismarck erblickte in dem zweiten Teil der Supposition einen Versuch, die Verpflichtungen Deutschlands auszudehnen, und lehnte kategorisch ab. Er war zwar bereit, „wenn die russischen Kriegsvorbereitungen soweit getrieben werden sollten, daß Angriffsabsichten unzweifelhaft zutage treten“, zu mobilisieren, „um zur Abwehr des russischen Angriffs auf Oesterreich bereit zu sein“ [3]). Aber der Kanzler wollte selbst bestimmen, wann dieser Moment gekommen sei und sich nicht durch Verabredungen die Hände binden und dadurch die Donaumonarchie zu einer unnachgiebigen Haltung gegenüber Rußland ermutigen. Kalnoky mußte sich mit der Erklärung Bismarcks abfinden, Oesterreichs Hauptsicherheit für eine ehrliche deutsche Auslegung des casus foederis liege „nicht in Klauseln und Worttexten, sondern in der unzweifelhaften Tatsache, daß die ungeschwächte Existenz Oesterreichs ein Lebensbedürfnis für uns und das europäische Gleichgewicht ist“ [4]).

Trotz aller Bemühungen konnte Bismarck nicht verhindern, daß sich die deutsch-russischen Beziehungen in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft weiterhin verschlechterten. Das Doppelspiel im Jahre 1887 kostete Deutschland viele russische Sympathien. Die deutschfeindliche Stimmung nahm in Rußland zu, während die russisch-französische Annäherung Fortschritte machte.

Das Problem des deutsch-österreichischen Bundes lag für Bismarck darin, zu verhindern, daß Deutschland in den russisch-österreichischen Gegensatz, der in erster Linie und fast ausschließlich den Balkan zum Schauplatz hatte, hineingezogen werde. Der Fortbestand guter deutsch-russischer Beziehungen sollte nicht durch den Konfliktsstoff zwischen Wien und Petersburg gefährdet werden. Bismarck lehnte deshalb nicht nur eine Unterstützung einer nichtdefensiven Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns ab, sondern war sogar eher zu einer Unterstützung der russischen Balkanpolitik be-

[1]) G.P. 5, S. 268.
[2]) G.P. 6, S. 65.
[3]) ebenda, S. 87.
[4]) ebenda, S. 83.

reit. Der Kanzler wollte nur für die Integrität und Erhaltung Oesterreich-Ungarns als unabhängige Großmacht einstehen. Wenn die Donaumonarchie sich der russischen Balkanpolitik widersetzen zu müssen glaubte, so sollte sie sich um die Unterstützung Englands bemühen, aber nicht auf deutsche Hilfe rechnen. Bismarcks Balkanpolitik und insbesondere seine Haltung zum Meerengenproblem sicherte ihm die Stellung als Arbiter Europae. Die große Kunst seiner Politik bestand darin, den drei an der Bosporusfrage interessierten und für Deutschland nach der Ausschaltung Frankreichs bedeutungsvollsten europäischen Großmächten Rußland, England und Oesterreich-Ungarn Hoffnungen auf Unterstützung ihrer Balkanpolitik zu machen und sich dabei doch so zurückzuhalten, daß er sie jederzeit gegeneinander ausspielen konnte und Herr der Lage blieb. Es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen Politik eine Festlegung deutscher Interessen auf dem Balkan außerhalb der Bismarckischen Gedankengänge lag. Der berühmte Ausspruch von dem Knochen des pommerschen Grenadiers belegt eindeutig, daß der Kanzler ein selbständiges Uebergreifen der deutschen Politik auf den Nahen Osten ablehnte.

Trotz dieser zurückhaltenden Stellungnahme konnte Bismarck nicht verhindern, daß das deutsch-österreichische Bündnis sich auf die Beziehungen zu Rußland ungünstig auswirkte. Schon das bloße Vorhandensein eines gegen Rußland gerichteten deutsch-österreichischen Vertrages wirkte rückenstärkend auf die österreichische Politik ein, wie andererseits Rußland sich durch die Abmachungen zwischen Berlin und Wien eingeengt fühlte. Die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Rußland bedeutete eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Der bewundernswerten diplomatischen Kunst Bismarcks blieb es zu verdanken, daß trotz gefahrvoller Krisen und trotz der wachsenden Tendenz einer russisch-französischen Annäherung das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland erträglich und äußerlich korrekt blieb.

Nach Bismarcks Sturz sprach sich sein Nachfolger Caprivi gegen die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages aus. Der Hauptgrund für die Nichterneuerung war die Ansicht des neuen Kanzlers, der Rückversicherungsvertrag stehe in Widerspruch zu dem deutsch-österreichischen Vertrage. Das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn führte zu dem Reißen des Drahtes nach Rußland.

Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages hatte eine Beschleunigung der französisch-russischen Annäherung zur Folge und nahm Deutschland das Regulativ gegenüber Oesterreich-Ungarn. Der Draht nach Rußland hatte Bismarck eine Politik der Hinterhand über den europäischen Gegensätzen ermög-

licht und Deutschland die überragende Stellung in Europa gesichert. Dieser Politik war jetzt der Boden entzogen. Bald nach der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages wurden russisch-französische Abmachungen getroffen, durch die die Bismarck geglückte Isolierung Frankreichs beendet und ein Gegengewicht gegen Deutschland geschaffen wurde.

Kurze Zeit nach des Altreichskanzlers Rücktritt machten sich die Anzeichen eines Kurswechsels der englischen Politik bemerkbar. Im Jahre 1893 kamen in Wien die ersten schwerwiegenden Zweifel auf, ob England seine antirussische Haltung in der Meerengenfrage aufrechterhalten werde. 1894 entstanden zwischen Deutschland und England wegen kolonialer Fragen Reibungen, die ungünstig auf das österreichisch-englische Verhältnis zurückzuwirken drohten. Damit sah sich die Donaumonarchie vor eine Frage von grundlegender Bedeutung gestellt. Bisher war die österreichische Politik gutenteils auf dem Grundsatz basiert, daß England einer Regelung der Meerengenfrage im russischen Sinne widersprechen werde. Englands Festhalten an diesem Grundsatz wurde fraglich, und es machte sich in London die Tendenz bemerkbar, zugunsten einer Politik der splendid isolation die Verbindung mit dem Dreibund und Oesterreich-Ungarn zu lockern. Es war unverkennbar, daß diese Richtungsänderung der englischen Politik durch die ersten Anzeichen eines deutsch-englischen Gegensatzes mitbeeinflußt war.

Oesterreich-Ungarn sah sich damit vor dieselbe Schwierigkeit gestellt wie Deutschland. Hatte das Bündnis zwischen Deutschland und der Donaumonarchie zu einer Entfremdung zwischen Berlin und Petersburg geführt, so drohte es jetzt die Beziehungen zwischen London und Wien zu verschlechtern. Eine Abkehr Englands von seiner antirussischen Haltung in der Meerengenfrage mußte aber die Stellung Oesterreich-Ungarns auf dam Balkan um so entscheidender schwächen, als keinerlei Zusagen für die deutsche Haltung bei einem Meerengenkonflikt vorlagen. Es setzten daher 1895/96 unter Kalnokys Nachfolger Goluchowsky angesichts der unruhigen Stimmung im Nahen Orient und der unsicheren Haltung Englands österreichische Versuche ein, Berlin zu bestimmten Zusagen für den Fall eines Konfliktes mit Rußland zu veranlassen.

Gegenüber diesen Bestrebungen hielt Deutschland prinzipiell an den Bismarckschen Grundsätzen fest. Aber ein leichtes Nachgeben gegenüber Wien war doch unverkennbar. Man wollte es vermeiden, das Desinteressement Deutschlands an den Balkanfragen so scharf zum Ausdruck zu bringen, daß Oesterreich-Ungarn entmutigt und der „ohnehin weitverbreitete Pessimismus“ ge-

steigert würde [1]). Am 13. November 1895 erklärte Kaiser Wilhelm dem österreichisch-ungarischen Botschafter, „Deutschland werde allerdings Oesterreich-Ungarn vor einem bewaffneten Konflikt mit Rußland namentlich dann warnen, wenn England noch nicht fest engagiert sei. Aber selbstverständlich stehe dem Kaiser Franz Joseph und seiner Regierung das endgültige Urteil darüber zu, ob ein Lebensinteresse der österreichisch-ungarischen Monarchie durch den Eintritt gewisser Ereignisse verletzt sei oder nicht. Falls die Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns ohne Provokation seinerseits bedroht werde, könne sich Kaiser Franz Joseph auf unseren allergnädigsten Herrn verlassen" [2]). In Wien zeigte man sich über die entgegenkommende Erklärung Kaiser Wilhelms sehr erfreut und gab die Versicherung ab, „jedwede aggressive Tendenz oder Provokation" sorgsam vermeiden zu wollen [3]).

Schon wenige Wochen später erwies sich, daß Deutschland trotz dieser Aeußerung Kaiser Wilhelms keinen Richtungswechsel seiner Orientpolitik beabsichtigte. Im Februar 1896 lehnte London die Erneuerung des accord à trois mit Oesterreich-Ungarn und Italien ab. Dadurch hatte England seine Verbindung zum Dreibunde gelöst und sein nachlassendes Interesse an der Meerengenfrage auch äußerlich zum Ausdruck gebracht. Durch die Absage Englands wurde die Stellung der Donaumonarchie im Nahen Orient entscheidend geschwächt, da nach Goluchowskis zutreffendem Ausspruch die englische Mittelmeerpolitik „der Grundpfeiler der Stellung Oesterreichs im Orient" [4]) war. Der Draht nach London war gerissen, und Oesterreich-Ungarn sah sich vollkommen auf Deutschland angewiesen, dessen Stellung zu einem österreichisch-russischen Konflikt im Nahen Orient zweifelhaft war. Es setzten daher erneute Versuche Goluchowskis ein, eine Präzisierung der deutschen Verpflichtungen gegenüber Oesterreich-Ungarn zu erreichen. Zu dieser Forderung glaubte sich Goluchowski umso eher berechtigt, als er nicht mit Unrecht annahm, der deutsch-englische Gegensatz in der Transvaalfrage habe die englische Loslösung von Oesterreich-Ungarn mitbeeinflußt.

Der Gedankengang des Leiters der österreichischen Außenpolitik fand am 28. Februar 1896 in einer Unterredung des ersten Sektionschefs im österreichisch-ungarischen Außenministerium, Grafen Welserheimb, mit dem deutschen Geschäftsträger Lich-

[1]) G.P. 10, S. 165.
[2]) G.P. 10, S. 204.
[3]) ebenda, S. 206,
[4]) G.P. 11, S. 144.

nowsky kennzeichnenden Ausdruck. Welsersheimb führte aus, „für Oesterreich-Ungarn sei es eigentlich ganz gleichgültig, wem Elsaß-Lothringen gehöre. Das Bündnis mit Deutschland bestehe für sie (Oesterreich-Ungarn) unter der Voraussetzung, Schutz gegen Rußland zu gewähren. Sei dieser Schutz überflüssig, dann entfalle auch die Notwendigkeit und der Sinn des Bundesverhältnisses. Oesterreich-Ungarn müsse sich klar darüber werden, was es bezüglich seiner orientalischen Interessen vor Deutschland zu gewärtigen habe, der jetzige Zustand sei nicht genügend klar. Die österreichisch-ungarische Politik müsse ausgesprochenen positiven Zielen zustreben". In Deutschland erblicke England „augenblicklich seinen Hauptgegner ... Die Transvaalangelegenheit habe jene Erkenntnis gereift und die ablehnende Haltung den österreichischen Vorschlägen gegenüber zur Folge gehabt; England wolle sich nicht mit Mächten einlassen, die mit Deutschland verbündet sind, und ziehe es vor, eine Verständigung mit Frankreich zu suchen" [1]). Im wesentlichen besagten die Ausführungen des Grafen Welsersheimb, der deutsche Gegensatz zu England habe Oesterreich-Ungarn der englischen Unterstützung im Nahen Orient beraubt. Da das deutsch-österreichische Bündnis für Oesterreich-Ungarn den Sinn einer Deckung gegen Rußland habe, solle Deutschland die durch seine Schuld entstandene Schwächung der österreichischen Stellung durch das Eingehen weiterer Verpflichtungen gegenüber Wien wettmachen.

Deutschland lehnte eine Erweiterung der Bundespflichten ab. Hohenlohe schrieb am 2. März, „wir halten am Dreibund fest, wollen ihm aber nicht zum Mittel für unbestimmte Pläne Oesterreichs im Orient verwenden lassen. Oesterreich muß mit dem defensiven Charakter des Dreibunds zufrieden sein, wenn es nicht zugrunde gehen will" [2]). Um allen zukünftigen Erörterungen darüber, daß Oesterreich lediglich wegen seines Bündnisses mit Deutschland auf das Bündnis mit England habe verzichten müssen, die Spitze abzubrechen, erwog der Kanzler den Plan, Wien zu der Erklärung in London zu ermächtigen, „daß Oesterreich durch die bloße Tatsache des Abschlusses eines Vertrages mit England frei von allen Verpflichtungen gegen den Dreibund, wenigstens gegen Deutschland, werden würde" [3]). Obwohl Hohenlohe sich darüber klar war, daß England auf diese Anregung nicht eingehen würde, zeigt die Erwägung dieser Erklärung schon, wie weit man in der

[1]) G.P. 11, S. 117/18.
[2]) ebenda, S. 119.
[3]) ebenda, S. 121.

Ablehnung der Unterstützung einer positiven österreichischen Balkanpolitik zu gehen entschlossen war. Da aber Goluchowski in seinem Drängen auf eine Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik nachließ, wurde die deutsche Anheimgabe, Oesterreich möge unter Aufgabe der Dreibundverpflichtungen ein Bündnis mit England schließen, in Wien nicht zur Sprache gebracht.

Nach der Abkehr Englands vom Dreibunde und der Weigerung Deutschlands, einer Erweiterung seiner Bündnisverpflichtungen zuzustimmen, sah sich Goluchowski auf eine Verständigung mit Rußland verwiesen, die angesichts der zunehmenden Fesselung des Zarenreiches im Fernen Osten und seinem geringeren Interesse an den Vorgängen im Nahen Orient zustande kam. (Den Gedanken einer österreichisch-französischen Annäherung lehnte Goluchowski ab [1]), trotzdem ihm als Ideal früher ein österreichisch-deutsch-französisches Bündnis vorgeschwebt hatte [2])). Durch einen Notenaustausch verständigten sich Oesterreich-Ungarn und Rußland im Mai 1897 darüber, den status quo auf dem Balkan solange als möglich aufrechtzuerhalten. Für den Fall der Unhaltbarkeit des status quo wurde eine vage und auslegungsfähige Verständigung über die beiderseitigen Interessen erzielt, von der überdies Konstantinopel und die Meerengen ausgeschlossen blieben [3]).

Das russisch-österreichische Abkommen von 1897 bedeutete den Verzicht Oesterreich-Ungarns auf eine aktive Balkanpolitik. Die Donaumonarchie ließ die Jahre der Fesselung Rußlands in Ostasien vorübergehen, ohne die Vorhand auf dem Balkan an sich zu reißen. Es ist zweifellos, daß das österreichische Stillstehen im Nahen Orient entscheidend durch die Verweigerung der deutschen Unterstützung einer aktiven österreichischen Balkanpolitik beeinflußt war.

Vom Abkommen von 1897 datiert die Epoche einer fast zehnjährigen Passivität Oesterreich-Ungarns auf außenpolitischem Gebiete. Im November 1899 bemerkte Graf Nigra, der italienische Botschafter in Wien zu dem deutschen Geschäftsträger Lichnowsky, „Oesterreich-Ungarn betreibe unter Graf Goluchowski immer mehr eine Politik des vollkommensten effacement, es enthalte sich eigentlich jedes aktiven Auftretens auf internationalem Gebiete ... Oesterreich-Ungarn habe auf eine aktive Balkanpolitik verzichtet und be-

[1]) G.P. 11, S. 128.

[2]) G.P. 12, S. 277.

[3]) Pribram, S. 78/82.

absichtige weder Eroberungen zu machen noch seine Einflußsphäre auszudehnen“ [1]).

Die Aufrechterhaltung der österreichisch-russischen Verständigung auf dem Balkan wurde zur Hauptaufgabe der österreichischen Politik. Im Oktober 1903 einigten sich Rußland und Oesterreich-Ungarn in Mürzsteg über ein in der Pforte vorzulegendes mazedonisches Reformprogramm. Deutschland fand sich prinzipiell zu einer Unterstützung der Mürzsteger Ententemächte bereit [2]). Ein Jahr später, im Oktober 1904, kam es zum Abschluß eines österreichisch-russischen Neutralitätsabkommens [3]).

Die Grundlagen der österreichisch-russischen Entente waren sehr unsicher. Im September 1903 äußerte Goluchowski zu Bülow, der 1900 an Stelle Hohenlohes das Reichskanzleramt übernommen hatte, er könne sich nicht auf eine Teilung der Balkanhalbinsel zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland einlassen. „Eine solche würde von vornherein Oesterreich-Ungarn in Nachteil versetzen und überdies zweifellos den Keim zu einem österreichisch-russischen Kriege in sich tragen. Er werde auch niemals die Bildung eines Groß-Serbiens oder Groß-Montenegros zulassen; ebenso könne keine Rede davon sein, daß Konstantinopel an Rußland falle. Von dem Augenblicke an, wo Rußland in Konstantinopel stünde oder zwischen Adria und Donau ein großer slavischer Staat sich bilde, sei Oesterreich nicht mehr zu regieren. Die zentrifugalen slavischen Elemente würden es auseinandersprengen. Bevor Oesterreich die eine oder andere dieser beiden Eventualitäten zulasse, würde es lieber an das Schwert appellieren. Die Frage der Dardanellen sei eine europäische Frage; sie könne nur unter Mitwirkung aller Mächte gelöst werden. Graf Goluchowski kam immer wieder darauf zurück, daß er den status quo auf der Balkanhalbinsel so lange als irgend möglich aufrechtzuerhalten, jedenfalls aber die orientalische Frage so langsam als möglich— „etappenweise“ — zu lösen wünschte“ [4]). Diese Ansichten des Leiters der österreichisch-ungarischen Außenpolitik standen in schroffem Gegensatz zu den — jetzt wegen der Fesselung in Ostasien ruhenden — Tendenzen der russischen Balkanpolitik. Die Lebensfähigkeit der österreichisch-russischen Balkanentente erschien der größten Bedrohung ausgesetzt, wenn das Schwergewicht der russischen

[1]) G.P. 13, S. 226/27.
[2]) G.P. 18, S. 369.
[3]) Pribram, S. 98.
[4]) G.P. 18, S. 361.

Politik sich vom Fernen Osten nach dem Nahen Orient zurückverlegen sollte.

In der zehnjährigen Spanne des österreichisch-russischen Waffenstillstandes auf dem Balkan erfuhr die außenpolitische Stellung Deutschlands und des Zweibundes eine entscheidende Umgestaltung. Die Zuspitzung des deutsch-englischen Gegensatzes führte 1904 zu dem Abschluß einer entente cordiale zwischen England und Frankreich. Damit hatte England seine Politik der spendid isolation aufgegeben und seine Annäherung an den einen Partner des russisch-französischen Bundes in die Wege geleitet. An der Dreibundtreue Italiens stiegen berechtigte Zweifel auf. Die Versuche Berlins, Rußland während des japanischen Krieges für eine Politik der Annäherung an Deutschland zu gewinnen, konnten keinen greifbaren Erfolg aufweisen. Die Isolierung Deutschlands fand auf der Konferenz von Algeciras sinnfälligen Eindruck, als Deutschland sich nur von Oesterreich-Ungarn unterstützt der Gegnerschaft Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens gegenübersah. Die europäische Mächtegruppierung hatte sich gegenüber 1897 entscheidend verändert. Deutschland und Oesterreich-Ungarn standen einer zwar noch nicht in sich gefestigten, aber doch latent drohenden Mächtegruppierung England—Frankreich—Rußland gegenüber.

Goluchowski trat wenige Monate nach Beendigung der Konferenz von Algeciras (wo er sich nach Kaiser Wilhelms bekanntem Ausspruch „als brillanter Sekundant auf der Mensur" erwiesen hatte) aus innenpolitischen Gründen zurück. Sein Nachfolger wurde am 24. Oktober 1906 der bisherige Botschafter in Petersburg, Baron Lexa von Aehrenthal.

Die Umgestaltung des europäischen Bündnissystems in den 16 Jahren seit Bismarcks Rücktritt hatte im Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bisher keine nennenswerten Folgen gezeitigt. Die deutsche Führung im Zweibunde blieb ebenso unbestritten, wie es Deutschland verstand, begünstigt durch den russisch-österreichischen Waffenstillstand an dem Bismarckschen Grundsatz der Zurückhaltung und Nichteinmischung in den russisch-österreichischen Balkangegensatz festzuhalten.

1. Kapitel.

Die deutsch-österreichischen Beziehungen vom Amtsantritt Aehrenthals bis zur jungtürkischen Revolution.

Die Berufung Aehrenthals zum österreichisch-ungarischen Außenminister bedeutete mehr als einen Personenwechsel. Unter Goluchowski war die pessimistische Anschauung vorherrschend gewesen, es sei in Anbetracht der innenpolitischen Lage der Doppelmonarchie geboten, außenpolitisch zurückhaltend aufzutreten. Dank dieser Politik war der Einfluß Oesterreich-Ungarns in der Weltpolitik sehr gesunken, und man hatte sich fast daran gewöhnt, die außenpolitische Passivität der Donaumonarchie fest in Rechnung zu stellen. Mit Aehrenthal wurde ein Anhänger der optimistischen Richtung Leiter der österreichisch-ungarischen Außenpolitik. Aehrenthal „glaubte an die Monarchie, an ihre Lebenskraft und an ihre Zukunft". Er wollte das Zusammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Teile der Doppelmonarchie durch eine kraftvolle Außenpolitik stärken und damit den Weg zu innenpolitischen Reformen freilegen, die zu einer Gesundung der Monarchie führen sollten [1]).

Vor seiner Ernennung zum Außenminister war Aehrenthal Botschafter in Petersburg, wo er großes Ansehen gewonnen hatte [2]). Sein politisches Ideal war — in Einklang mit seiner konservativen Einstellung — die Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses, für das er sich noch wenige Wochen vor Goluchowskis Sturz in Petersburg gegenüber dem deutschen Botschafter v. Schoen eingesetzt hatte [3]). Der Einzug Aehrenthals in das österreichische Außenministerium wurde in Rußland sympathisch aufgenommen, da man allgemein überzeugt war, „daß der Minister alles tun werde, um die Beziehungen Oesterreich-Ungarns gerade zu Rußland möglichst günstig zu gestalten" [4]). Gelegentlich seiner Abschiedsreise nach Petersburg erklärte er, „daß er mit treuem Festhalten an dem Dreibund aufrichtige Freundschaft für Rußland verbinde, mit Rücksicht auf die Vereinbarung über die Balkanpolitik wie allgemein aus Gründen der monarchischen Solidarität" [5]). Im Orient bekannte sich Aehrenthal zu dem Grundsatz, „das türkische Reich so lange als irgend möglich intakt zu halten und zu diesem Zweck Erschütterungen und allzu schnelle Neuerungen zu verhindern" [6]).

---

[1]) Musulin, S. 158/59.
[2]) ebenda, S. 17.
[3]) G.P. 22, S. 26/29.
[4]) ebenda, S. 37.
[5]) ebenda, S. 45.
[6]) ebenda. S. 50.

Aehrenthal übernahm von Goluchowski ein schwieriges Erbe. Die Entente mit Rußland war die wertvollste Hinterlassenschaft des zurückgetretenen Außenministers. Aber diese Entente war bedroht. Im Mai 1906 hatte ein Wechsel im russischen Außenministerium stattgefunden; Graf Lamsdorff war durch Iswolski ersetzt worden. Der neue russische Außenminister betrieb die Liquidation des asiatischen Kurses und die Rückkehr zu einer aktiven Politik auf dem Balkan. Damit war die Gefahr eines Wiedererwachens des russisch-österreichischen Balkangegensatzes gegeben. Iswolski äußerte sich zu Crozier, dem französischen Botschafter in Kopenhagen, „that he was no friend of the Mürzsteg programme". Rußland „had made a mistake in allowing Austria-Hungary to obtain a position equal to that of Russia in the Balkans" [1]). Der Richtungswechsel der russischen Politik vollzog sich unter wohlwollender Förderung Englands. Schon im September mußte Aehrenthal feststellen, „daß Herr Iswolski in der russischen Politik anscheinend neue Wege einschlagen wollte. Das äußere sich zuerst in der Balkanfrage in der Weise, daß Rußland entgegen der Gewohnheit, sich zunächst mit Oesterreich-Ungarn zu besprechen, sich jetzt nach England wenden werde" [2]). Aehrenthal verfolgte die Anzeichen einer russisch-englischen Annäherung mit Besorgnis, weil er ein Hineinziehen Rußlands in den der österreichischen status quo-Politik entgegengesetzten antitürkischen Kurs Englands verhindern wollte.

Der Gegensatz Oesterreich-Ungarns zu der englischen Türkenpolitik und den russisch-englischen Annäherungstendenzen wirkte sich ungünstig auf die englisch-österreichischen Beziehungen aus. Der wachsende deutsch-englische Gegensatz ließ ein immer geringer werdendes Interesse Englands an den Meerengen wahrscheinlich werden. Umso größer mußte das österreichische Interesse an der Aufrechterhaltung der Mürzsteger Entente sein.

Die österreichisch-französischen Beziehungen waren korrekt, während sich das österreichisch-italienische Verhältnis mit dem Abklingen des italienisch-französischen Gegensatzes und dem Steigen der irredentistischen Strömung ungünstig gestaltete. Die Beziehungen der Donaumonarchie zu Serbien hatten sich seit der Ermordung König Alexanders und der Thronbesteigung König Peters (1903) entscheidend verschlechtert. Rußland gewann in Belgrad überragenden Einfluß. Eine ausgedehnte groß-serbische Propaganda ergoß sich von Serbien aus in die südslavischen Teile

[1]) B.D. 4, S. 235.
[2]) G.P. 22, S. 32.

Oesterreich-Ungarns und namentlich nach Bosnien und in die Herzegowina. Ein Handelskrieg zwischen Belgrad und Wien verstärkte die Spannung. Das Verhältnis zu Bulgarien war schwankend und unsicher, während allein die Beziehungen zu Rumänien zufriedenstellend waren. Die türkischen Sympathien hatte Oesterreich-Ungarn trotz seiner status-quo-Politik wegen seines überheblichen und das türkische Selbstgefühl verletzenden Auftretens nicht gewinnen können [1]).

Das Jahr 1906 ist das Jahr entscheidender Personenwechsel in den Außenministerien der europäischen Großmächte. Im April nahm Baron Holstein seine Entlassung, und damit verschwand die Figur aus dem Auswärtigen Amt, die seit Bismarcks Sturz maßgebenden Einfluß auf die deutsche Außenpolitik ausgeübt hatte. Mit Holsteins Rücktritt wurde Reichskanzler Bülow unbestrittener Leiter der deutschen Außenpolitik. Hinter Bülows schimmernder und blendender Fassade verbarg sich auf außenpolitischem Gebiete eine Ideen- und Ziellosigkeit, die in seinen Denkwürdigkeiten erschütternden Ausdruck findet. Infolge Fehlens jeglicher Gesamtkonzeption wurde seine Außenpolitik zu einer Politik der Aushilfen. Die deutsche Politik behielt auch nach Holsteins Sturz das abwechselnd Auftrumpfende und Nachgiebige bei, eine Unstetigkeit, die das deutsche Prestige untergrub. Es gelang Bülow nicht, die verschiedenen Nebeneinflüsse auf die Leitung der Außenpolitik auszuschalten. Der Kaiser griff in die Auswärtigen Angelegenheiten in einem nicht immer den Ansichten des Kanzlers entsprechenden Sinn ein, und ein so bedeutender und einflußreicher Botschafter wie Marschall trieb am goldenen Horn eine Art Privatpolitik. Im Gegensatz zu Bülow zeichnete sich die Aehrenthalsche Politik durch Zielklarheit aus. Die größere Energie und der größere Arbeitseifer Aehrenthals vervollständigen das Bild seiner persönlichen Ueberlegenheit über den deutschen Kanzler. Eine nicht unbedeutende Rolle bei der Gestaltung des deutsch-österreichischen Verhältnisses spielte in den entscheidenden Jahren der Aehrenthalschen Amtszeit der Staatssekretär des Aeußeren v. Schoen, der nicht über den Rahmen der Mittelmäßigkeit hinausragte.

Die außenpolitische Situation Deutschlands im Jahre 1906 ist an anderer Stelle geschildert worden. Es war die drückende Erkenntnis der Algeciraskonferenz, daß Deutschland sich isoliert und nur des österreichischen Bundesgenossen sicher sah. Die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn gewannen für Deutschland erhöhte Be-

[1]) G.P. 18, S. 153.

deutung, obwohl noch im Frühjahr Bülow so starke Zweifel an der Lebensfähigkeit der Donaumonarchie gehegt hatte, daß er Petersburg den Vorschlag eines Uneigennützigkeitsabkommens machte, durch das sich Deutschland und Rußland verpflichten sollten, „unter keinen Umständen, und gleichviel welche Wendung die inneren Verwickelungen Oesterreich-Ungarns nähmen, aus denselben für sich territoriale Vorteile irgendwelcher Art ziehen zu wollen“ [1]). Wenige Wochen nach Beendigung der Konferenz von Algeciras schrieb Bülow am 31. Mai anläßlich einer bevorstehenden Reise des Kaisers nach Wien, er sei der Ansicht: „1. daß unsere Beziehungen zu Oesterreich jetzt wichtiger denn je geworden sind, da der Kaiserstaat unser einziger wirklich zuverlässiger Bundesgenosse ist; 2. daß wir unsere relative politische Isolierung den Oesterreichern gegenüber so wenig wie möglich merken lassen müssen. Es liegt nun einmal in der menschlichen Natur, daß, wenn ich jemanden sage, ich brauche sein Pferd, der Betreffende mich dann hoch nimmt. Deshalb dürfen wir in Wien weder ein zu starkes Bedürfnis nach Anlehnung an Oesterreich durchblicken lassen, noch tun, als ob wir uns irgendwie isoliert fühlten. Die Oesterreicher müssen den Eindruck gewinnen, daß wir volles Vertrauen jeder Eventualität gegenüber zu uns selbst haben. Wir müssen deshalb auch unsere Beziehungen zu Rußland, Italien und England als besser hinstellen, als sie vielleicht in Wirklichkeit sind und selbst mit begründetem Verdruß z. B. Italien gegenüber zurückhalten“ [2]).

Die Gesichtspunkte Bülows enthüllen die schwierige Lage, in die Deutschland gegenüber Oesterreich-Ungarn gekommen war. Während Berlin isoliert war, befand sich Wien in einer relativ günstigen außenpolitischen Lage und verfügte dank der Mürzsteger Entente über eine Verbindung nach Rußland, die trotz ihrer Schwäche Oesterreich-Ungarn erlaubte, auf Deutschland einen Druck auszuüben. Das Bismarckische Spiel konnte jetzt von Oesterreich-Ungarn gespielt werden. (Vergl. hierzu auch die Aeußerung des im Oktober 1907 von Wien scheidenden Botschafters Graf Wedel, die eine charakteristische Umkehrung eines Bismarckischen Gedankens enthält: „Der Draht nach Petersburg wird sich ... heute um so sicherer und fester erweisen, je mehr der uns mit Wien verknüpfende jeden Zweifel an seine Widerstandskraft ausschließt“ [3]).

[1]) G.P. 22, S. 11/12.
[2]) G.P. 21, S. 360/61.
[3]) G.P. 22, S. 79.

Goluchowski nutzte die Entente mit Rußland nicht zu einem Druck auf die deutsche Politik aus. Nach der Verlagerung des Schwergewichts der russischen Politik in den Nahen Osten entstand nun unter Aehrenthal die Gefahr, daß Oesterreich-Ungarn um der Erhaltung der Mürzsteger Entente willen in einen radikalen Kurs in der Reformfrage hineingezogen wurde, der es in einen Gegensatz zu der türkenfreundlichen Politik Deutschlands bringen mußte. Die Versuchung war dann für Aehrenthal groß, durch Druck das isolierte Deutschland zum Nachgeben zu veranlassen.

Die steigende Tendenz der russischen Politik, sich dem türkenfeindlichen Kurs Englands anzunähern, beunruhigte Aehrenthal außerordentlich, da sie die Mürzsteger Entente in Frage stellte. Bei einem Zerfall der Mürzsteger Entente hatte er mit einem englisch-russischen Zusammengehen im Nahen Osten zu rechnen, das für den status quo und die österreichischen Interessen die bedenklichsten Folgen haben mußte. Der Undurchführbarkeit seiner Idee einer Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses konnte er sich nicht verschließen. Um dem Drängen Englands einen Riegel vorzuschieben, trat der österreichische Außenminister im Mai 1907 für ein Zusammengehen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, Rußlands und Frankreichs als der Staaten, die eine konservative Balkanpolitik verfolgten, ein [1]). Auf deutscher Seite verhielt man sich dieser Anregung gegenüber lediglich rezeptiv, weil man ihr Scheitern voraussah. Durch eine Indiskretion wurde der Vorschlag Aehrenthals in London bekannt, wo er unliebsames Aufsehen erregte. Die Goluchowski-Epoche hatte in der europäischen Diplomatie jeden Glauben an eine Selbständigkeit der österreichischen Politik so weitgehend getötet, daß sofort die Vermutung entstand, die Aehrenthalsche Anregung verdanke Berlin ihre Entstehung [2]).

Den erfolgreichen Ausgang der russisch-englischen Ausgleichsverhandlungen über Asien zu verhindern, lag außerhalb der Einwirkungsmöglichkeit Aehrenthals. Die Herstellung eines modus vivendi im Fernen und Mittleren Osten entsprach allzusehr den Interessen Rußlands und Englands. Die Wendung der russischen Politik nach dem Nahen Osten bedeutete eine Entlastung empfindlicher Stellen des englischen Weltreiches vom russischen Druck, und diese Entlastung gab England die Möglichkeit, seine Aufmerksamkeit mehr als bisher der seiner Auffassung nach drohenden „German danger" zu widmen. Die entscheidende Konzession Englands an Rußland war die Erklärung, London sei bereit, die Meer-

[1]) G.P. 22, S. 55/56 u. S. 411.
[2]) B.D. 5, S. 204.

engenfrage zu erörtern, wenn Rußland die Initiative ergreife [1]). Iswolski sah sich damit seinem Ziel, die Meerengenfrage im russischen Sinne zu lösen, einen bedeutungsvollen Schritt näher gebracht. Es ist unverkennbar, daß der deutsch-englische Gegensatz wesentlich zu der englisch-russischen Verständigung beitrug und damit in verhängnisvoller Weise auf Oesterreich-Ungarn zurückwirkte, das seine außenpolitische Lage außerordentlich verschlechtert sah. Der englisch-russische Ausgleich schuf die Gefahr eines Wiederauflebens des russisch-österreichischen Balkangegensatzes, was bei der gespannten weltpolitischen Lage leicht zu einem Eingreifen Deutschlands und damit zu einer Verschärfung des deutsch-russischen Gegensatzes führen konnte.

Auch nach dem Abschluß des russisch-englischen Verständigungsabkommens vom 31. August 1907 hielt Aehrenthal an der Entente mit Rußland fest. Er wollte ein völliges Abgleiten Rußlands nach der englischen Seite verhindern. Ein gutes Einvernehmen mit der Zarenmonarchie mußte dem österreichischen Außenminister allein wegen seines schon damals bestehenden Planes der Triaslösung [2]) und des Baus der Sandschakbahn [3]) erwünscht sein. Auf der Mürzsteger Entente beruhte die im Verhältnis zu Deutschland immerhin noch relativ günstige bündnispolitische Lage der Donaumonarchie. Das Einvernehmen mit Rußland hatte den großen Vorteil, Oesterreich-Ungarn zu einer — wenn auch lockeren — Verbindung mit dem gegnerischen Bündnissystem zu verhelfen und es in einer gewissen Unabhängigkeit von Deutschland zu halten.

England trieb in der mazedonischen Reformfrage scharf vorwärts und zog Iswolski in den radikalen türkenfeindlichen Kurs hinein. Um der Mürzsteger Entente willen sah sich Aehrenthal zum Anschluß an die englisch-russische Reformpolitik genötigt. Kiderlen, der deutsche Geschäftsträger in Konstantinopel, hatte den Eindruck, „daß die österreichisch-ungarische Regierung statt bei der Schwäche Rußlands die Führung in der Entente zu übernehmen, aus lauter Angst, diese wunderbare Entente zu verlieren, willenlos dem russischen Einfluß nachgegeben hat und noch nachgibt“ [4]). Oesterreich-Ungarn, „das noch vor wenigen Jahren in der mazedonischen Frage die erste Rolle spielen wollte“, sah sich nach Marschalls Urteil „in die letzte Stelle gedrängt“ [5]).

---

[1]) B.D. 4, S. 281.
[2]) Conrad, S. 75.
[3]) G.P. 22, S. 56.
[4]) ebenda, S. 455.
[5]) ebenda, S. 90.

Aehrenthal war mit dem englisch-russischen Vorgehen in der Reformfrage keineswegs einverstanden. Zur Erklärung seiner Haltung führte er Marschall gegenüber aus, es wäre „eine falsche Politik Oesterreich-Ungarns, durch prinzipiellen Widerstand gegen die Justizreform England und Rußland sich noch näher zu bringen, um eines Tages zu erleben, daß die beiden Großmächte sich ohne Oesterreich-Ungarn und gegen dasselbe über die Fragen des Nahen Orients verständigen. Diese politische Erwägung sei für seine Haltung in der Justizreform maßgebend". Marschall mußte die Aehrenthalsche Begründung der österreichischen Balkanpolitik als berechtigt anerkennen [1]).

Der Anschluß Oesterreich-Ungarns an die radikale Reformpolitik Englands und Rußlands führte zu einem Zusammenstoß der deutschen und österreichischen Balkaninteressen. Seit der Jahrhundertwende war die Türkei in zunehmendem Maße zu einem wirtschaftlichen Betätigungsfeld für Deutschland geworden. Die deutschen Anlagen in der Türkei erreichten solchen Wert, daß Deutschland politisches Interesse an der Wahrung der türkischen Integrität und Selbständigkeit gewann. Das bedeutete eine völlige Verschiebung gegenüber der Bismarckschen Zeit, die in einer Auslassung Marschalls charakteristischen Ausdruck fand. Der Botschafter äußerte zu Aehrenthal, „das Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers, das Bismarck vor mehr als 30 Jahren gesprochen, habe bezüglich der Meerengen keine Geltung mehr. Denn die Frage, ob die großen wirtschaftlichen Unternehmungen, die wir dort geschaffen, unter russische Kontrolle fallen, sei für uns sehr bedeutsam" [2]). Den Gedanken einer Erweiterung der deutschen Bündnisverpflichtungen gegenüber Wien lehnte der Botschafter immerhin ab [3]). Ergab sich aus diesem Standpunkt Marschalls die Zukunftsperspektive, daß Deutschland sich wegen seiner Anlagen in der Türkei einem russischen Festsetzen an den Meerengen widersetzen werde, so ließ das deutsche Interesse an der Wahrung der türkischen Integrität einen Gegensatz zu der radikalen Reformpolitik entstehen. Trotzdem sich Deutschland gegenüber Oesterreich-Ungarn und Rußland bereit erklärt hatte, jeden Schritt in der Türkei zu unterstützen, über den sich die beiden Ententemächte geeinigt hatten [4]), versuchte Bülow in der Justizreformfrage mäßigend auf Wien und Petersburg einzuwirken.

[1]) G.P. 22, S. 468.
[2]) ebenda, S. 85.
[3]) ebenda, S. 93.
[4]) ebenda, S. 80.

Aehrenthal verschloß sich aber dem deutschen Wunsche und erhob zusammen mit Rußland am 26. November 1907 in Berlin Vorstellungen, Deutschland solle sich den andern Mächten anschließen. Bülow gab nach [1]). Den weitergehenden Wunsch Englands, „eine Kollektivdemarche der Mächte in Berlin zu unternehmen“ [2]), hatte Aehrenthal abgelehnt.

Schon bei diesem ersten — an und für sich ziemlich belanglosen — deutsch-österreichischen Interessenkonflikt in der Epoche Aehrenthal ließ sich auf deutscher Seite das Bestreben erkennen, Aehrenthal in Anbetracht der deutschen Isolierung und seiner besseren bündnispolitischen Lage sehr vorsichtig und rücksichtsvoll zu behandeln. Bülow machte am 16. November die Randbemerkung: „Ich möchte empfehlen, die Frage (der mazedonischen Justizreform) an der Hand der Akten sehr ruhig und sehr freundlich mit Szögyeny zu besprechen, und diesen in die Lage zu versetzen, unsern Standpunkt gegenüber dem österreichisch-ungarischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten recht eingehend und überzeugend darzulegen...

„Worauf es ankommt ist, Aehrenthal davon zu überzeugen, daß unsere Stellungnahme nicht aus der Absicht hervorgeht, uns in Konstantinopel lieb Kind zu machen und uns dort Sondervorteile und eine privilegierte Stellung zu sichern, auch nicht aus Rechthaberei und Empfindlichkeit, sondern daß es im Interesse der konservativen Mächte und speziell Oesterreichs liegt, die Türkei nicht allzusehr zu schwächen und den Sultan nicht zur Verzweiflung zu treiben. Aehrenthal muß vorsichtig behandelt werden“ [3]). Und in einem Erlaß an den deutschen Botschafter in Wien heißt es: „Wir haben, wie Sie wissen, gerade in Behandlung der Justizfrage mit einer starken Voreingenommenheit und Empfindlichkeit bei dem Minister zu rechnen. Umso mehr ist es geboten, unsere diesbezügliche Demarche ihm gegenüber besonders vorsichtig und freundschaftlich auszuführen und ihn tunlichst von unserer vollsten Loyalität in der Sache zu überzeugen“ [4]). Der Unterschied im Ton gegenüber der Bismarckischen und Hohenloheschen Epoche ist unverkennbar.

Hinter den Gegensätzen in der Reformfrage vollzog sich langsam die Gruppierung zu den großen Vorstößen, die das Jahr 1908

[1]) G.P. 22, S. 457.

[2]) ebenda, S. 455.

[3]) ebenda, S. 453.

[4]) ebenda, S. 453, Anm.

ausfüllen sollten. Aehrenthal begann für die Annexion Bosniens und der Herzegowina, Iswolski für die Lösung der Meerengenfrage den Boden vorzubereiten. Im Frühjahr 1907 sprach sich der österreichische Außenminister gegenüber General Conrad für eine Lösung der südslavischen Frage im Sinne der „Trias" aus [1]). Die Triaslösung, die innerpolitisch durch die Schaffung eines südslavischen Königreiches im Rahmen der habsburgischen Monarchie die Umgestaltung des österreichisch-ungarischen Staates in ein österreichisch-ungarisch-südslavisches (bzw. kroatisches) Staatsgebilde bedeutete, mußte außenpolitisch die Annexion Bosniens und der Herzegowina, wenn nicht die Zerschlagung Serbiens zur Folge haben. Das Ineinandergreifen von innenpolitischem und außenpolitischem Problem wird deutlich sichtbar. Der Gedanke der Triaslösung blieb aber auf Monate im Stadium der Erwägung stecken, bis Iswolski Ende September (nur wenige Wochen nach dem Abschluß des englisch-russischen Abkommens über Asien) Aehrenthal erklärte, er beabsichtige, „mit der Zeit die Meerengenfrage im russischen Sinne zu lösen" [2]). „Rußland wolle das Recht haben, seine Kriegsschiffe frei durch die Meerengen nach dem Mittelländischen Meere zu führen, aber für die Flotten aller anderen Großmächte solle das Schwarze Meer mare clausum bleiben". Aehrenthal behandelte die Mitteilungen Iswolskis dilatorisch und bat, ihn im gegebenen Momente rechtzeitig über die russischen Pläne zu unterrichten, wie er sich verpflichte, „falls Oesterreich-Ungarn je Bosnien und die Herzegowina zu annektieren beabsichtige, der russischen Regierung davon Kenntnis zu geben" [3]).

Damit war — wenn auch in sehr lockerem Rahmen — eine Verbindung zwischen dem russischen und österreichischen Aktionsziel hergestellt [4]). Aehrenthal wollte sich dem Plan Iswolskis — ganz im Gegensatz zu der bisherigen traditionellen österreichischen Meerengenpolitik — nicht sofort in den Weg stellen. Er befürchtete vor einem schroffen Widerspruch nur eine Verständigung zwischen Rußland und den Westmächten [5]) und hoffte, bei einer tatsächlichen Inangriffnahme des Dardanellenproblems durch Iswolski werde sich ein Gegensatz Rußlands zu England und vielleicht auch zu Frankreich herausbilden [6]). Die „Durchbringung der Meerengen-

---

[1]) Conrad, S. 75.
[2]) G.P. 22, S. 80.
[3]) ebenda S. 83/84.
[4]) Rothfels, S. 326.
[5]) G.P. 22, S. 85.
[6]) ebenda, S. 81.

frage" gegen die Türkei und die Balkanstaaten wollte er Petersburg überlassen und die eigenen Kräfte für alle daraus erwachsenden Folgen intakt bereit halten [1]). Die Initiative zu der Aenderung des status quo auf dem Balkan dachte Aehrenthal Rußland zu; er erklärte am 1. Dezember 1907 in einem Ministerrat (bei dem sich alle Minister im Prinzip mit der Annexion einverstanden erklärten), er wolle die Annexionsfrage erst aufrollen, wenn „andere Meinungsdifferenzen über den Berliner Vertrag erfolgen" [2]).

Die unsichere Größe in der Aehrenthalschen Berechnung war England. In der Tat war die Stellungnahme Londons für Oesterreich-Ungarn von ausschlaggebender Bedeutung. Hatte sich England mit Rußland in der Meerengenfrage geeinigt, so brauchte Iswolski der Zusammenarbeit mit Oesterreich-Ungarn nicht das entscheidende Gewicht beizulegen. Versagte sich England aber dem russischen Dardanellenvorstoß, so eröffnete sich für Oesterreich-Ungarn die Möglichkeit, einen Keil in die russisch-englische Entente zu stoßen. Aehrenthal konnte dann zwischen Rußland und England optieren und durfte nicht nur auf sichere Durchführung seines Annexionsplanes, sondern auch auf die Erringung der ausschlaggebenden Stellung auf dem Balkan rechnen.

Aehrenthal schwankte in der Beurteilung der englischen Stellungnahme zu der Meerengenfrage. Während er im Oktober eher geneigt war, an einen englischen Widerstand zu glauben [3]), verlieh er im Dezember Marschall gegenüber seiner Befürchtung Ausdruck, daß England bereits für den russischen Plan gewonnen sei [4]). Die Unsicherheit Aehrenthals über den englischen Standpunkt in der Dardanellenfrage und die Furcht vor einer englisch-russischen Verständigung über die Meerengen und vor einer Ausschaltung Oesterreich-Ungarns erklären zum anderen Teile seine Zustimmung zu der russisch-englischen Reformaktion und den Druck auf Deutschland im November 1907.

Während sich so die Möglichkeit ankündigte, daß die russisch-österreichische Entente durch wohlwollendes Verhalten gegenüber den beiderseitigen Zielen auf dem Balkan gefestigt werde, wurde der deutsch-österreichische Interessengegensatz auf dem Balkan immer deutlicher. Aehrenthal mußte einsehen, daß sich Deutschland für eine radikale Reformpolitik nicht gewinnen ließ. Er erklärte Conrad gegenüber, er wolle „vor allem mit Rußland in

[1]) Conrad. S. 513/514.
[2]) ebenda, S. 519.
[3]) G.P. 22. S. 81.
[4]) ebenda, S. 84.

Uebereinstimmung handeln, auch wenn es Deutschland nicht genehm ist, da letzteres in Verfolg seiner kommerziellen Aspirationen mit der Türkei ist“ [1]). Das deutsche Interesse an der Türkei wurde allerdings stark überschätzt; so etwa, wenn Conrad der Ansicht Ausdruck verlieh, Deutschland würde vielleicht eine Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne mit der Kriegserklärung an Rußland beantworten. Es ergäbe sich die Möglichkeit, daß sich eine deutsch-englische Front gegen eine russisch-französische Front bilde. Aehrenthal bemerkte dazu, Oesterreich-Ungarn könne dann zwischen den beiden Parteien optieren [2]).

Ende 1907 hatten sich auf dem Balkan gewisse Aussichten einer Lockerung des europäischen Bündnissystems gezeigt, als die Ankündigung des Baues einer österreichischen Bahn durch den Sandschak die Fronten wieder erstarren ließ. Schon Anfang Mai 1907 hatte Aehrenthal in Berlin den Plan des Bahnanschlusses von Bosnien nach Saloniki zur Sprache gebracht. Der österreichische Außenminister konnte sich dabei auf Artikel 25 des Berliner Vertrages stützen, der Oesterreich-Ungarn das Recht auf kommerzielle Linien im Sandschak vorbehielt. Deutschland hatte Unterstützung des österreichischen Bahnprojektes zugesagt, „wenn sich dasselbe mit Unterstützung des Sultans effektuieren ließe, gegen den Willen des letzteren könnten wir angesichts unserer besonderen Interessen in Konstantinopel nicht vorgehen“ [3]). Am 14. Dezember äußerte Aehrenthal zu Marschall, „nachdem Deutschland und Frankreich im Orient große wirtschaftliche Erfolge errungen haben, müsse er daran denken, auch für die wirtschaftlichen Interessen seines Landes etwas herauszuschlagen. Er beabsichtige deshalb, den Marquis Pallavicini demnächst zu beauftragen, die Erbauung der Sandschakbahn bis Mitrowitza bei der Pforte zu erlangen. Hierfür erbäte er unsere Unterstützung“ [4]).

Die Begründung des Bahnprojektes lediglich aus wirtschaftlichen Erwägungen erscheint nicht stichhaltig. Die Vermutung liegt nahe, daß Aehrenthal durch den Bauplan die Mächte von der völlig festgefahrenen Reformfrage ablenken und darüber hinaus durch diesen Verstoß die Kräfte- und Bündnisverteilung auf dem Balkan abtasten wollte. Die Abkehr Oesterreich-Ungarns von der Epoche der außenpolitischen Passivität und der Wille, wieder als Faktor der europäischen und der Balkanpolitik gewertet zu werden, sollte zum Ausdruck gebracht und eine Höherbewertung der Donaumonarchie im europäischen Konzert erzielt werden. Es ist nicht an-

[1]) Conrad, S. 513.
[2]) ebenda, S. 528.
[3]) G.P. 22, S. 56.
[4]) ebenda. S. 88.

zunehmen, daß der Plan einer serbischen Transversalbahn wesentlichen Einfluß auf den Entschluß Aehrenthals ausgeübt hat, da nichts für ein Akutwerden dieses alten Projektes um die Jahreswende 1907/08 spricht.

Kurze Zeit nach der Unterredung Aehrenthals mit Marschall wurde der österreichische Botschafter in Konstantinopel bei der Pforte wegen der Genehmigung des Baues der Sandschakbahn vorstellig. Marschall trat für eine Unterstützung des österreichischen Vorgehens ein, und die Begründung seiner zustimmenden Haltung scheint man in Berlin geteilt zu haben. Der Botschafter telegraphierte am 30. Dezember, er habe sich zwar 1902 gegen einen solchen Schritt Oesterreich-Ungarns ausgesprochen; seitdem hätten sich aber die Verhältnisse wesentlich geändert. „Rußland hat seine durch die Verwickelungen im fernen Osten unterbrochene traditionelle Orientpolitik wieder aufgenommen und scheint entschieden dabei vor den Bestimmungen der großen internationalen Verträge nicht haltzumachen. Auch wird nicht ohne Erfolg versucht, durch die Spiegelung eines russisch-englischen Einverständnisses einen moralischen Druck auf die konservativen Mächte auszuüben. Wenn in diesem Augenblick Oesterreich-Ungarn aktiv auftritt, um ein ihm nach dem Berliner Vertrag unbestreitbar zustehendes Recht geltend zu machen, so wäre es meines Erachtens ein Fehler, wenn wir davor abraten oder ihm gar in den Arm fallen wollten. Ich möchte daher empfehlen, daß wir das österreichisch-ungarische Vorgehen entweder vorsichtig unterstützen ... oder doch eine wohlwollende Neutralität ausüben. Der österreichisch-ungarische Schritt wird zweifellos großes Aufsehen machen und da und dort Empfindlichkeiten wachrufen. Aber eine solche Diversion der Orientfrage ist kaum unerwünscht in dem Augenblick, da die Mächte in der Reformfrage sich vollkommen festgefahren haben und wir vor einer neuen Krise stehen“ [1]).

Staatssekretär Schoen erklärte sich am 31. Dezember mit dem Marschallschen Vorschlag einer „vorsichtigen Unterstützung des österreichisch-ungarischen Vorgehens in Eisenbahnfrage einverstanden“ [2]). Nach Marschalls Gedankengang sollte Deutschland den Vorstoß Wiens nicht um österreichischer Interessen willen unterstützen, sondern um Rußland und England darauf hinzuweisen, daß der Balkan nicht eine ausschließliche Domäne für ihre Politik und ihre Interessen sei, und auch andere Mächte bei der Gestaltung der Verhältnisse im Nahen Orient mitzuwirken entschlossen

[1]) G.P. 25, S. 294.

[2]) ebenda, S. 295.

seien. Der Botschafter erwartete, die Sandschakbahnfrage werde die Mächte von dem mit Zündstoff geladenen und der deutschen Politik ungelegenen Reformprojekt ablenken. Die Rückwirkungen des österreichischen Vorstoßes schienen Marschall so im deutschen Interesse zu liegen, daß er die zu erwartende Beunruhigung der politischen Lage mit in Kauf zu nehmen bereit war.

Am 27. Januar 1908 verkündete Aehrenthal in den Delegationen das Sandschakbahnprojekt. Seit seiner Unterredung mit Marschall vom 14. Dezember war der österreichische Außenminister Berlin gegenüber nicht mehr auf den Bahnbahnplan zurückgekommen, so daß die Delegationsrede in Deutschland überraschte. Man hätte eine vorhergehende Verständigung erwartet. Der modus procedendi Aehrenthals bedeutete — bewußt oder unbewußt — eine Demonstration gegenüber Deutschland. Aehrenthal gab zu verstehen, daß er seine außenpolitischen Aktionen selbständig durchführen wollte und nicht bereit war, eine deutsche Beeinflussung der österreichischen Außenpolitik anzuerkennen. Die deutsche Mißstimmung über das Uebergehen Deutschlands durch Aehrenthal verriet sich in dem Erlaß an den Botschafter in Wien, der sich mit der Delegationsrede Aehrenthals befaßte, das Sandschakbahnprojekt aber mit keinem Worte erwähnte, „was schwerlich als eine Billigung des Aehrenthalschen modus procedendi auszulegen ist“ [1]). Botschafter Tschirschky trat aber dafür ein, Aehrenthal nochmals die deutsche Bereitwilligkeit zur Unterstützung auszudrücken. Nach einer Befragung Marschalls stimmte Berlin der Anregung Tschirschkys zu [2]).

Der Erfolg der Aehrenthalschen Delegationsrede war, um mit Sinowjew, dem russischen Botschafter in Konstantinopel zu sprechen, „déplorable“. In Rußland und besonders in der russischen Presse erhob sich ein Sturm der Entrüstung, was den „für Literatur dieser Art sehr empfänglichen“ Iswolski tief beeindruckte [3]). Außer Frankreich fühlten sich ungefähr alle am Balkan interessierten Staaten vor den Kopf gestoßen. An und für sich war ja der österreichische Bahnbauplan kein bedeutendes Objekt; aber der von Aehrenthal gewählte Moment — mitten in der Reformkrise — und sein modus procedendi verärgerten die Mächte. Wie im Mai 1907 regte sich sofort der Verdacht, Deutschland habe Aehrenthal vorgeschoben. Wesselitzky, der Londoner Berichterstatter der „Nowoje Wremja“, berichtete darüber, man sei in England erstaunt,

[1]) G.P. 25, S. 299. Anm.

[2]) ebenda.

[3]) Taube, S. 160.

„daß die zaghafte österreichische Politik mit einem Male den Mut gefunden habe, ihre Karten aufzudecken, und sei überzeugt, daß es nur Deutschland sein könne, welches Oesterreich-Ungarn in diese Richtung dränge, um den Konzeptionen der deutschen Weltpolitik auch hier die Wege zu ebnen". Das Balkanprogramm Aehrenthals „werde eine große und ernste Folge haben, an die seine Aspiratoren am allerwenigsten gedacht hätten: da man nämlich hinter dem ganzen Konzept die deutsche Hand vermutet, so werde man in London wie in Petersburg noch mehr als bisher die Notwendigkeit empfinden, einander näher zu treten und sich auch über jene Fragen auseinanderzusetzen, die man vorläufig noch außerhalb des Rahmens der Entente gelassen habe, so daß die Entente zu einer förmlichen Allianz ausgestaltet werden werde" [1]). Auch die russische Presse verbreitete die Anschauung, Deutschland habe „das Wiener Kabinett in das Unternehmen der Sandschakbahn hineingetrieben" [2]), und in Italien glaubte man vielfach, „daß Baron Aehrenthal nur als Mandatar der Wilhelmstraße gesprochen habe" [3]).

Während sich rein stimmungsgemäß die Verärgerung über das Aehrenthalsche Vorgehen auf Deutschland übertrug, bewirkte der Sandschakbahnbauplan auch in der großen Politik eine Veränderung, die auf Deutschland ungünstig zurückwirkte. Die russisch-österreichische Entente erlitt eine starke Erschütterung, und in Petersburg verstärkte sich die Tendenz, Anlehnung an England zu suchen. Pourtalès, der deutsche Botschafter in Petersburg, mußte am 18. Februar nach Berlin melden, Iswolski habe ihm angedeutet, daß „er bei weiteren Schritten in mazedonischer Reformfrage vielleicht mehr Fühlung mit England suchen werde. Daran sei allein Freiherr von Aehrenthal mit „seiner Bombe" schuld, denn lieber würde er der Entente getreu mit Oesterreich-Ungarn gegangen sein". Eine endgültige Entscheidung habe er allerdings noch nicht getroffen [4]). In einem zur Mitteilung an Staatssekretär Schoen bestimmten Erlaß Iswolskis an den Botschafter v. Osten-Sacken beklagte sich der russische Außenminister über den dem Geist der Mürzsteger Entente widersprechenden und auf russische Empfindlichkeiten keine Rücksicht nehmenden modus procedendi Aehrenthals. Dieser habe ihm „une bombe entre les jambes" geworfen [5]).

[1]) G.P. 25, S. 308/09.
[2]) ebenda, S. 312.
[3]) ebenda, S. 326.
[4]) ebenda, S. 322.
[5]) ebenda, S. 344.

Iswolski war zu weitgehenden Folgerungen aus dem österreichischen Vorstoß in der Sandschakbahnfrage bereit. Am 2. Februar — eine Woche nach der Delegationsrede Aehrenthals — äußerte sich der russische Außenminister in einem Ministerrat über die unbefriedigende Zusammenarbeit mit Oesterreich-Ungarn und die Schwierigkeiten in der Reformfrage. Aus dieser mißlichen Lage könnte man einen Ausweg „unter gewissen Umständen in einer engen Annäherung an England finden". Eine solche Politik biete „eine äußerst verlockende Aussicht" und er würde sie „unter günstigen Verhältnissen empfehlen, da sie zu glänzenden Ergebnissen führen und die Verwirklichung der historischen Aufgaben Rußlands im Nahen Osten fördern könnte. Eine solche Politik könnte eine erneute Aufrollung der ganzen türkischen Frage zur Folge haben". Iswolski wollte wissen, ob er eine aktive oder passive Politik treiben solle und wollte klargestellt sehen, ob es möglich erscheine, „den Boden einer streng defensiven Politik zu verlassen, die Rußland bisher beobachtet hat, und die uns zu äußerst ungünstigen Resultaten führen könne, und ob er mit der für einen Außenminister einer Großmacht geziemenden Festigkeit auftreten dürfe, überzeugt von der Möglichkeit, deren Interessen entschieden zu vertreten". Ministerpräsident Stolypin erklärte Iswolski kategorisch, „er könne gegenwärtig für eine entschiedene Politik auf keinerlei Unterstützung rechnen". Man könne „keine Abenteuer unternehmen oder auch nur aktiv Initiative in internationalen Angelegenheiten bekunden. Nach einigen Jahren, nachdem wir völlige Ruhe wieder erlangt haben würden, werde Rußland erneut die frühere Sprache führen. Eine andere als eine streng defensive Politik wäre gegenwärtig die Fieberphantasie einer anormalen Regierung". Er, Stolypin, sei sich völlig bewußt, „daß man im Falle ernster Verwicklungen auf dem Balkan gezwungen sein würde, sich nur auf das diplomatische Geschick des Außenministers zu verlassen. In seinen Händen befinde sich jetzt ein Hebel ohne Stützpunkt. Rußland brauche aber eine Atempause, nach der es sich festigen und erneut eine seinem Rang als Großmacht zukommende Stellung einnehmen würde" [1]).

Das Protokoll des Ministerrates vom 2. Februar läßt erkennen, daß auf russischer Seite der Wille zu einer völligen Abkehr von Oesterreich-Ungarn und zu einer engen Annäherung an England vorhanden war, als deren Folgerung eine aktive russische Balkanpolitik einsetzen sollte. Nur die Desorganisation des russischen Heeres und die ungefestigte innenpolitische Lage verhinder-

[1]) Pokrowski, S. 17 ff.

ten das Einschlagen dieser Politik, die — wie man russischerseits mit Recht voraussah — gefährliche außenpolitische Spannungen mit sich bringen mußte. „Nach einigen Jahren aber werde Rußland erneut die frühere Sprache führen".

Es war in erster Linie die Furcht vor einem Konflikt mit Deutschland, die Rußland von einer totalen Richtungsänderung seiner Politik und einer völligen Aufgabe der Bindungen zu Oesterreich-Ungarn abhielt. Immerhin führte Aehrenthals Vorstoß in der Sandschakbahnfrage zu einer weitgehenden Erkaltung der österreichisch-russischen Beziehungen und zu einer Verfestigung der russisch-englischen Entente. Nicht verkennen läßt sich, daß die Rückenstärkung der Türkei durch Deutschland einen gewissen Einfluß auf die prinzipielle Bereitschaft Iswolskis, die Annäherung an England zu forcieren, gewonnen hat [1]).

Wenige Tage nach der Delegationsrede Aehrenthals erlitt die Mürzsteger Entente einen neuen Stoß, als der mazedonische Justizreformplan an der deutschen — oder genauer gesagt an Marschalls — Haltung scheiterte. Trotz einer russisch-österreichischen Demarche in Berlin brachte Marschall am 5. Februar durch geschicktes Vorgehen das Justizreformprojekt zu Fall und verhalf einem wesentlich abgeschwächten Reformkompromiß zur Annahme [2]), worüber Aehrenthal und Iswolski gleichermaßen verärgert waren [3]). Das Scheitern des Reformplanes führte Iswolski abermals näher an die englische Seite.

Im März machte Petersburg neue Vorschläge in der mazedonischen Frage, deren wichtigster Punkt die Anregung war, allen Signatarmächten bei den Reforminstitutionen die gleichen Rechte einzuräumen. Wie Aehrenthal gegenüber Botschafter Tschirschky ausdrücklich hervorhob, ließ damit Rußland „definitiv den Ententegedanken fallen" [4]). In Berlin war man über das „Hinfälligwerden" der russisch-österreichischen Entente nicht unangenehm berührt. Die Sorge um die Erhaltung der Mürzsteger Entente hatte Aehrenthal zu einer antitürkischen Politik veranlaßt, die den deutschen Interessen widersprach und Spannungen zwischen Wien und Berlin schuf. Die Hoffnung schien nicht unberechtigt, daß Aehrenthal jetzt in den türkenfreundlichen Kurs Deutschlands einschwenken werde. Der Draht nach Petersburg hatte es dem österreichischen Außenminister ermöglicht, im Bundesverhältnis zu Deutschland eine in der Geschichte der deutsch-österreichischen Beziehungen seltene

[1]) Pokrowski. S. 20.
[2]) G.P. 22. S. 498/503.
[3]) ebenda, S. 504 u. 508.
[4]) G.P. 25, S. 398.

Selbständigkeit einzunehmen. Durch die Abkehr Rußlands schien Aehrenthal jetzt zu einer stärkeren Anlehnung an Deutschland genötigt. „Wir", so schrieb Schoen am 27. März in einer für Bülow bestimmten Aufzeichnung, „dürften uns im übrigen noch am ehesten mit der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, abfinden können. Das brüske Vorgehen des Herrn Iswolski wird den Erfolg haben, Baron Aehrenthal von seiner Vorliebe für Rußland gründlich zu heilen und ihm den Wert eines festen Anschlusses an uns plausibel zu machen". Schoen schlug ein gemeinsames Vorgehen Oesterreichs mit Deutschland, Frankreich und Italien in der Reformfrage vor. „Baron Aehrenthal könnte auf diese Weise Oesterreich-Ungarn in der Behandlung der mazedonischen Frage trotz Zusammenbruchs der Entente jene leitende Stellung sichern, auf welche die Doppelmonarchie bisher einen so großen Wert gelegt hat" [1]). Die Schoensche Konzeption erwies sich aber als verfehlt, da Frankreich und Italien keine Neigung zeigten, sich zu Rußland und England in Gegensatz zu setzen.

Iswolski wollte aber im Bewußtsein der außenpolitischen Schwäche Rußlands und aus Furcht vor Konfliktsmöglichkeiten die Verbindung mit Oesterreich-Ungarn nicht ganz abreißen lassen. Er wünschte nach Pourtalès' Ansicht augenblicklich keine akute Krise im Nahen Orient und hielt daher der englischen Politik gegenüber Vorsicht für geboten [2]). Eine Bindung mit Oesterreich-Ungarn konnte für Rußland die Bedeutung eines zweiten Eisens im orientalischen Feuer haben. Iswolski durfte hoffen, durch das Drohen mit der englischen Entente Wien zum Entgegenkommen zwingen zu können und versuchte, Aehrenthal dadurch zur Unterstützung des von Rußland geförderten Planes einer Donau-Adria-Bahn zu veranlassen, daß er erklärte, „ein Fortbestehen des Ententeverhältnisses mit Oesterreich-Ungarn in den Balkanfragen davon abhängig machen zu müssen, wie sich letztere Macht zu dieser Frage stelle" [3]). In einem Aide-Mémoire vom 27. April an den österreichischen Außenminister setzte sich Iswolski für ein Junctim zwischen der Donau-Adria- und der Sandschakbahn ein [4]). Als sich Kaiser Wilhelm persönlich dafür aussprach, daß Oesterreich in Konstantinopel seinen Einfluß zugunsten der Donau-Adria-Bahn geltend mache und in einer Randbemerkung sogar eine gemeinsame Demarche des deutschen und österreichischen Botschafters bei der Pforte

[1]) G.P. 25, S. 402.
[2]) ebenda, S. 362.
[3]) ebenda, S. 367.
[4]) Oe.-U.A. 1, S. 3/4.

empfahl [1]) fand sich Aehrenthal zwar zu einer zweideutigen Unterstützung des Bahnprojektes bereit, lehnte aber das Junctim ab [2]). (Das Eingreifen des Kaisers macht die Zerfahrenheit der deutschen Politik ersichtlich. Während Staatssekretär Schoen den Zerfall der Mürzsteger Entente begrüßte, hoffte der Kaiser, „die österreichisch-russische Entente auf diese Weise vielleicht noch zu retten" [3]). Aehrenthal stellte am 1. Mai in einem Aide-Mémoire für die russische Regierung fest, daß die auf der Grundlage des Mürzsteger Programms beruhende russisch-österreichische Entente zu bestehen aufgehört habe [4]). Da aber in dem russischen Aide-Mémoire vom 27. April Iswolski erklärt hatte, er habe sein Bestes getan, „de se maintenir, malgré mainte difficulté, sur un terrain d'entente et de bonne harmonie avec le Cabinet de Vienne" [5]), benutzte Aehrenthal diese Behauptung Iswolskis zu einem Versuch der Wiederbelebung der russisch-österreichischen Entente. Er ließ fragen, was Iswolski jetzt unter der „Entente" verstehe [5]).

Die Antwort Iswolskis ließ mehr als zwei Monate auf sich warten. Aehrenthal verkannte, daß sich in der russischen Politik seit dem Sandschakbahnprojekt etwas grundlegend geändert hatte. Pourtalès schrieb am 7. März an Bülow, er könne sich dem Eindruck nicht verschließen, „daß das gute Verhältnis zwischen dem Baron Aehrenthal und Herrn Iswolski einen starken Stoß erlitten hat und kaum jemals wieder das alte werden wird" [6]). Iswolski empfand das Verhalten Aehrenthals in der Sandschakbahnfrage als hinterlistig und stand seiner Politik mit der größten Skepsis und Reserve gegenüber. Er hatte jetzt prinzipiell im Nahen Osten für ein Zusammengehen mit England optiert. Wenn er im Bewußtsein der russischen Schwäche und besonders mit Rücksicht auf seinen Plan eines Vorstoßes in der Dardanellenfrage auch weiterhin Wert auf die Fortdauer eines gewissen Einvernehmens mit Wien legte, so hatte Oesterreich-Ungarn für ihn auf dem Balkan bündnispolitisch doch nur mehr eine zweite Bedeutung. Die Revaler Entrevue (9./10. Juni) sollte ersichtlich machen, welches Gewicht der russische Außenminister der Entente mit England zumaß.

An der Revaler Entrevue nahmen König Eduard und Zar Nikolaus, Hardinge, Nicolson und Iswolski, Admiral Fisher und Ge-

[1]) G.P. 25, S. 366.
[2]) ebenda, S. 369/73.
[3]) ebenda, S. 367.
[4]) Oe.-U.A. 1, S. 6.
[5]) ebenda, S. 4.
[6]) G.P. 25, S. 351.

neral French teil. Iswolski und Hardinge einigten sich prinzipiell über das mazedonische Reformprogramm. Iswolski betonte, Rußland müsse bei der militärischen Ueberlegenheit Deutschlands diesem gegenüber vorsichtig auftreten, und auch Hardinge bestritt feindliche Absichten gegenüber Deutschland. Aber — so erklärte der letztere — der deutsche Flottenbau schaffe tiefes Mißtrauen, und in sieben oder acht Jahren könne eine kritische Situation in Europa entstehen, bei der ein starkes Rußland Friedensrichter sein könne. Deshalb müßten unbedingt zwischen England und Rußland dieselben freundlichen Beziehungen aufrechterhalten werden wie zwischen England und Frankreich [1]).

Iswolskis Versicherung gegenüber Pourtalès, es seien keine Vereinbarungen gegen Deutschland getroffen worden [2]), entsprach der Wahrheit. Trotzdem bedeutete die Revaler Entrevue eine außerordentliche Belastung für die deutsche Politik. Die ganze Atmosphäre der Zusammenkunft sprach gegen Deutschland. England und Rußland waren durch ihren gemeinsamen Gegensatz zu der Politik des Zweibundes nach Reval geführt worden. Basierend auf der Gleichheit ihrer Interessen in Mazedonien und Persien und dem Wunsche, dort den österreichisch-deutschen bzw. deutschen Einfluß zurückzudrängen, war die englisch-russische Annäherung einen großen Schritt vorwärts gekommen. Deutschland stand seit Reval unter dem Druck der Befürchtung, die englisch-russische Verständigung werde über Mazedonien und Persien ausgreifen und sich auf andere politische Brennpunkte zu Deutschlands Ungunsten auswirken.

Die Revaler Entrevue und ihre Folgewirkungen lassen erkennen, wie stark der deutsch-englische Gegensatz auf die englisch-österreichischen und der österreichisch-russische Gegensatz auf die deutsch-russischen Beziehungen zurückwirkte. Die Umkehrung der bisherigen englischen Politik gegenüber Rußland und der Türkei beruhte auf dem Bestreben Londons, sich die Hände gegen die „German danger" frei zu machen. Dieser Frontwechsel schuf nicht nur einen eigenen österreichisch-englischen Gegensatz in Mazedonien, sondern führte zu einer Wiederaufreißung des durch den Mürzsteger Waffenstillstand überdeckten russisch-österreichischen Balkangegensatzes. Es ist wenig wahrscheinlich, daß Rußland bei seiner machtpolitischen Schwäche ohne die englische Deckung einen scharfen antitürkischen Kurs in der Reformfrage eingeschlagen und der Balkanentente mit Oesterreich-Ungarn ein so schnelles Ende bereitet hätte, zumal man auf österreichischer Seite ganz im Gegen-

[1]) B.D. 5, S. 237/45.
[2]) G.P. 25, S. 458.

satz zu der bisherigen traditionellen Politik Rußland in der Meerengenfrage nicht mehr mit der früheren schroff ablehnenden Haltung gegenüber trat. Die gemeinsame englisch-russische Frontstellung in der Reform- und Sandschakbahnfrage hatte Oesterreich-Ungarn gezeigt, mit welchem Widerstand die österreichische Balkanpolitik wegen des deutsch-englischen Gegensatzes zu rechnen hatte.

Der österreichisch-russische Gegensatz wirkte sich seinerseits wieder ungünstig auf die deutsch-russischen Beziehungen aus. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß sich im Nahen Osten ein eigener deutsch-russischer Gegensatz herausgebildet hatte, der das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland stärker beeinflußte als die österreichisch-russischen Auseinandersetzungen und der sogar auf die russisch-österreichischen Beziehungen verschlechternd rückwirkte. Pourtalès schrieb Bülow am 16. März, gewiß seien die russischen Ausfälle gegen Deutschland zum Teil darauf zurückzuführen, daß man Oesterreich-Ungarn allein eine aktive Balkanpolitik nicht zutraue. Aber auch ohne den Sanschakbahnzwischenfall wäre es zu einem „Ausbruch des Deutschenhasses" gekommen. Einmal sei der slavisch-nationalistische Gedanke von dem Gegensatz zu dem Germanentum nicht zu trennen, und andererseits sehe man neuerdings, daß sich im Nahen Osten die Interessengegensätze zwischen Rußland und Deutschland mehr und mehr zuspitzten. Die englische Diplomatie habe es geschickt verstanden, in der russischen öffentlichen Meinung der Ueberzeugung Eingang zu verschaffen, Rußland finde bei seinen Aspirationen im Nahen Osten England nicht mehr im Wege, vielmehr habe es in seinem Gegner von gestern einen Bundesgenossen gegen den „Germanischen Drang nach Osten" gewonnen [1]). Tatsächlich ließ die Festlegung deutscher Interessen im Nahen Osten Deutschland an der Wahrung des türkischen status quo interessiert sein und führte in Mazedonien, am Bosporus und in Persien zu einem deutsch-russischen Gegensatz. Marschall zog das Fazit aus der Entwicklung seit der Jahrhundertwende, als er das Bismarckische Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers als überlebt bezeichnete. Das deutsche Interesse an der Integrität der Türkei veranlaßte die deutsche Politik zu einem starken Widerstand gegen die Reformpläne, was auf die Auflösung der Mürzsteger Entente beschleunigend einwirkte. Es entstand sogar — in völliger Umkehr der Bismarckischen Politik — eine gewisse Parallelität zwischen den deutschen und österreichischen Balkaninteressen. Die Wahrung des ter-

[1]) G.P. 25, S. 353/54.

ritorialen status quo und die Bekämpfung eines Ueberwiegens des russischen oder englischen Einflusses lag jetzt zugleich in der Linie der deutschen und der österreichischen Politik. Ein starker Einfluß Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan erschien im deutschen Interesse und als Gegengewicht gegen die andere Machtgruppe erwünscht. Dieser Ansicht hatte schon im Januar 1907 Tschirschky (damals Staatssekretär des Auswärtigen Amts) bei dem ersten Auftauchen des österreichischen Sandschakbahnprojektes Ausdruck verliehen. Tschirschky erklärte, nicht gegen diesen Plan einwenden zu wollen, weil eine Stärkung des österreichischen Einflusses auf dem Balkan gegenüber Italien-Frankreich-England der deutschen Politik erwünscht sei [1]).

Die direkten Auswirkungen der Revaler Entrevue auf den Kurs der deutschen Politik sind von kaum zu überschätzender Bedeutung. Man sah deutscherseits die Lage als sehr bedroht an, was sich aus den impulsiven Randbemerkungen des Kaisers [2]), und — viel ausdrucksvoller — aus dem diplomatisch abgewogenen Erlaß Bülows vom 25. Juni an die preußischen Gesandtschaften in Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden ersehen läßt [3]). Bülow führte aus, es ließe sich nicht verkennen, daß trotz aller englischen und russischen Beschwichtigungserklärungen die deutsche „Bewegungsfreiheit unter Umständen beeinträchtigt werden könnte". Wenn Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit einer der Ententemächte in einem ernsteren Interessenkonflikt geraten würde, müsse man damit rechnen, daß „die bis dahin noch losen und vagen Ententen und Verständigungen sich zu konkreten Bündnissen verdichten würden, so daß wir zusammen mit Oesterreich-Ungarn uns einer starken Koalition gegenüber sehen könnten". Oesterreich-Ungarn sei durch die neue Konstellation in gleicher Weise wie Deutschland bedroht. Der Tenor des Bülowschen Erlasses verrät, daß man in Berlin zur Ansicht gekommen war, in Anbetracht der Zuspitzung der politischen Lage sei die Zeit einer mehr oder weniger voneinander unabhängigen deutschen und österreichischen Außenpolitik vorüber. Die beiden Kaiserreiche müßten jetzt wegen der ihnen gemeinsam drohenden Gefahren eine Blockpolitik treiben, um einen außenpolitischen Erfolg der gegnerischen Machtgruppe über einen der beiden Partner zu verhindern, der in seinen Auswirkungen doch den anderen mit aller Schärfe treffen mußte.

Im Jahre 1896 hatte Holstein anläßlich der Ablehnung eine Erweiterung der deutschen Bündnispflichten gegenüber Oester-

[1]) G.P. 25, S. 290.
[2]) ebenda, S. 450 und 454.
[3]) ebenda, S. 474/79.

reich-Ungarn geschrieben, es könnte zu einer Aenderung der deutschen Haltung in der Meerengenfrage kommen, wenn Rußland und Frankreich durch „bullying" (einschüchternde Bluffpolitik) Oesterreich-Ungarn unter Druck setzen wollten. Deutschland müßte den Erfolg einer solchen Politik mit Rücksicht auf die zu erwartenden Rückwirkungen im deutsch-französischen Verhältnis verhindern. Vor eine ähnliche Situation sah sich jetzt Bülow gestellt. Infolge des bedrohlichen Anwachsens der gegnerischen Machtgruppe durfte er einen außenpolitischen Mißerfolg der Donaumonarchie auf dem Balkan wegen der Auswirkung auf Deutschland nicht zulassen. Der Kanzler verzichtete aber darauf, die von ihm erstrebte Blockbildung auf dem Balkan durch ein gemeinsames deutsch-österreichisches Auftreten unter deutscher Führung zu erzielen. In seinem oben erwähnten Erlaß an die preußischen Gesandtschaften schrieb er, für die deutsche Haltung „im Orient und speziell auf der Balkanhalbinsel, wo wir nur wirtschaftlichen Interessen nachgehen, sind und bleiben in erster Linie maßgebend die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen des uns eng befreundeten und verbündeten Oesterreich-Ungarn" [1]). Der Kanzler erkannte damit der Donaumonarchie prinzipiell den Vorrang in der Balkanpolitik zu und stellte ihr die deutsche Unterstützung zur Verfügung. Der Erlaß Bülows an die preußischen Gesandtschaften wurde Aehrenthal zur Kenntnis gebracht [2]), wodurch Wien ebenso wie aus einem Privatschreiben Bülows vom 23. Juli die deutsche Anerkennung des Prävalierens der österreichischen Politik auf dem Balkan erfuhr.

Damit war die vollständige Abkehr von der Bismarckischen Balkanpolitik vollzogen. Achtzehn Jahre nach dem Rücktritt des Altreichskanzlers hatten seine Ideen über die deutsche Orientpolitik ihren Einfluß auf die deutsche Außenpolitik verloren. Oesterreich-Ungarn hatte seit Reval erhöhte Bedeutung für Deutschland gewonnen, da die Donaumonarchie gegenüber einer mächtigen Staatengruppe Deutschlands einziger Bundesgenosse war, dessen Abschwenken unbedingt verhindert werden mußte. Bismarck war es dank des russischen Drahtes und bei der alleinigen Gegnerschaft Frankreichs nur mit Mühe gelungen, die österreichische Politik der deutschen anzugleichen. Die Bismarckischen Druckmittel standen Bülow nicht mehr zur Verfügung, und seine Person garantierte nicht die persönliche Ueberlegenheit, die den Altreichskanzler gegenüber seinen österreichischen Gegenspielern ausgezeichnet

[1]) G.P. 25. S. 477.

[2]) Conrad, S. 95/96.

hatte. Bülow wagte es angesichts der im Verhältnis zu Deutschland relativ günstigen außenpolitischen Lage der Donaumonarchie garnicht, einen deutschen Führungsanspruch zu erheben, sondern sprach Oesterreich-Ungarn das Recht der Leitung der Balkanpolitik des Zweibundes zu. Ein starkes Auftreten des Bundesgenossen schien dem Kanzler im deutschen Interesse zu liegen, so daß er sich gegenüber Wien zu einer Politik des Optimismus verstand. Als Tschirschky ihm schrieb, in der österreichischen Politik herrsche von jeher ein im Gefühl der eigenen Schwäche wurzelndes Mißtrauen, bemerkte Bülow, Oesterreich sei viel stärker, als es selbst glaube. Aber bei dem durch zwei unglückliche Kriege hervorgerufenen und nun einmal vorhandenen österreichischen Kleinmut dürfe man den Oesterreichern die Weltlage und vor allem die eigene Lage nie pessimistisch schildern [1]). Damit hatte sich ein Gedanke durchgesetzt, der schon 1895 aufgetaucht war, als Deutschland vermeiden wollte, das Desinteressement an den Balkanfragen so scharf zum Ausdruck zu bringen, daß Wien entmutigt und „der ohnehin weitverbreitete Pessimismus" gesteigert werde [2]).

Der deutsche Entschluß, Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan die Vorhand zu überlassen, war zweifellos auch von dem Wunsche diktiert, sich angesichts der Zuspitzung der weltpolitischen Lage zu konzentrieren und sich von den Streitfragen auf dem Balkan zu distanzieren. In dem Erlaß an die preußische Gesandtschaften hob Bülow hervor, Deutschland ginge auf dem Balkan nur wirtschaftlichen Interessen nach und wolle den weiteren Ausbau der deutschen wirtschaftlichen Stellung wenigstens eine Zeitlang mehr der Privatinitiative überlassen „und die fördernde staatliche Hand dabei nach außen hin tunlichst im Hintergrund halten" [3]). Die deutschen Balkaninteressen schienen seit dem Bruch der Mürzsteger Entente mit den österreichischen großenteils parallel zu laufen, so daß sich auch von diesem Gesichtspunkte aus keine Schwierigkeiten ergaben. Bülow beabsichtigte wohl auch nicht, Oesterreich-Ungarn eine Blankovollmacht für seine Politik auf dem Balkan auszustellen. Er wollte lediglich seine Bereitschaft zu einer Unterstützung des allgemeinen Kurses der österreichischen Orientpolitik ausdrücken, während er unausgesprochen erwartete, daß sich Oesterreich-Ungarn vor wichtigeren Entscheidungen auf dem Balkan mit Deutschland ins Einvernehmen setzen und als Gegenleistung die deutsche Politik gegenüber England und Frankreich unterstützen werde.

[1]) P.G. 25. S. 482.
[2]) G.P. 10, S. 165.
[3]) G.P. 25. S. 477.

Diese Erwägungen täuschen nicht darüber hinweg, daß die deutsche Balkanpolitik in Abhängigkeit von Oesterreich-Ungarn gekommen war. Der Kanzler hielt sich außerstande, neben der Auseinandersetzung mit den Ententemächten die österreichische Balkanpolitik im deutschen Sinne zu beeinflussen.

Die Revaler Entrevue mit ihrer Bekräftigung der russisch-englischen Annäherung verfehlte auch in Oesterreich-Ungarn ihren Eindruck nicht. Die innenpolitische Stellung Aehrenthals war geschwächt. Einflußreiche Kreise waren unangenehm berührt, weil seine Politik in Gegensatz zu England geraten war. Aehrenthal zeigte sich über diese Widerstände und den Mißerfolg seiner russischen Politik erregt. Tschirschky empfahl, ihn mit aller Rücksicht zu behandeln, obwohl an der Vertragstreue Oesterreich-Ungarns im Ernstfalle kein Zweifel bestünde [1]).

Der Bericht Tschirschkys über die Aufnahme der Revaler Entrevue in Wien ließ in Deutschland Befürchtungen über eine Schwenkung Oesterreich-Ungarns nach der englischen Seite entstehen. Bülow schrieb am 29. Juni an Tschirschky, er solle Aehrenthal ruhig und vorsichtig behandeln, „sein Selbstgefühl schonen und vermeiden, was ihn erregen oder agacieren könnte. Auch darin stimme ich mit Euerer Exzellenz überein, daß wir jeglichen Schein zu vermeiden haben, als ob das Bündnis mit Deutschland die Möglichkeit in sich schließen könnte, Oesterreich-Ungarn etwa gegen seinen freien Willen in gefährliche Situationen hineinzuziehen. Vor allem aber wird es jetzt Ihre Aufgabe sein, aufzupassen, daß Baron Aehrenthal keine plötzliche Schwenkung nach der englischen Seite macht. Ich brauche Euerer Exzellenz nicht erst zu sagen, daß es gerade in dieser Richtung von unserer Seite großer Vorsicht und des größten Taktes bedarf, daß wir dabei keinen Argwohn und keine Aengstlichkeit durchblicken lassen und namentlich nicht hetzen dürfen“ [2]).

Die Befürchtungen Bülows waren nicht ganz unbegründet. Anläßlich eines Besuches König Eduards in Ischl vom 12./13. August drückte Aehrenthal Hardinge den Wunsch aus, der englisch-deutsche Gegensatz möge sich nicht auf die österreichisch-englischen Beziehungen auswirken. An dem Bündnis mit Deutschland wolle Oesterreich festhalten. Hardinge versuchte in sehr vorsichtiger Weise, Aehrenthal zu veranlassen, auf die deutsche Flottenpolitik als „Hemmschuh“ einzuwirken. Aehrenthal lehnte trotz einer gewissen Besserung der englisch-österreichischen Beziehungen auf dem Balkan seit der jungtürkischen Revolution die englische Sug-

[1]) G.P. 25, S. 472/73.
[2]) G.P. 25, S. 482.

gestion ab [1]). Der österreichische Außenminister verzichtete damit auf den Versuch, die außenpolitische Lage der Donaumonarchie durch eine Vermittlung zwischen Berlin und London zu erleichtern, die vielleicht ihren Lohn in einer wenigstens teilweisen Entlastung der österreichischen Politik von dem Gegensatz zu England gefunden hätte. Auch auf Oesterreich-Ungarn lastete der Druck von Reval, und Aehrenthal wollte den sicheren Rückhalt an Deutschland nicht durch eine in ihren Auswirkungen unübersehbare Vermittlungstätigkeit aufs Spiel setzen. Die Auffassung Hoyos', die Ablehnung der Suggestion Hardinges habe England den Glauben an die Bewegungsfreiheit Oesterreich-Ungarns genommen und dazu geführt, die Donaumonarchie „nur mehr als gebundenes Element in dem von Deutschland beherrschten mitteleuropäischen Block" zu behandeln [2]), erscheint nicht unberechtigt.

Einen Versuch, Oesterreich-Ungarn von dem Bündnis mit Deutschland abzuziehen, scheint König Eduard in Ischl nicht unternommen zu haben [3]).

Die Juli 1908 ausbrechende jungtürkische Revolution beendete den ersten Abschnitt der Aehrenthalschen Außenministerschaft, der gekennzeichnet ist durch die Reformfrage, das Sandschakbahnprojekt, den Bruch der Mürzsteger Entente und die mit dem Abkommen vom 31. August 1907 und der Revaler Entrevue in Erscheinung getretenen russisch-englischen Annäherung. Die Verschlechterung der deutschen außenpolitischen Lage führte zu einem völligen Aufgeben der Bismarckschen Orientpolitik. Hatte Deutschland in der Reformfrage wenigstens nach außen hin an dem Gedankengängen Bismarcks entsprechenden Grundsatz, jedem gemeinsamen russisch-österreichischen Vorgehen seine Zustimmung nicht versagen zu wollen, festgehalten (obwohl tatsächlich die deutsche Politik am Goldenen Horn ihren eigenen Weg ging), so gab es diesen Standpunkt über die Parteien jetzt auf. Nach der Revaler Entrevue lebte man auf deutscher Seite unter dem Druck, die Mächtegruppierung England-Rußland-Frankreich werde bei einer politischen Krise eine zweite Algecirasfront gegen Deutschland bilden. Diese Befürchtung und die Furcht vor einem Abschwenken des Bundesgenossen bestimmte Deutschland zu dem Entschluß, mit Oesterreich-Ungarn eine ausgesprochene Blockpolitik zu betreiben und die österreichische Balkanpolitik zu unterstützen. Die Politik der Verständigung war damit verlassen worden und es bestand die Wahrscheinlichkeit, daß die nächste Krise zwischen den beiden Bündnisgruppen zu einer machtpolitischen Auseinandersetzung führen werde.

[1]) B.D. 5, S. 829.
[2]) Hoyos, S. 29.
[3]) B.D. 5, S. 827/30; Musulin, S. 167; aber Conrad, S. 55 Anm.

2. Kapitel.

Die deutsch-österreichischen Beziehungen in der ersten Phase der bosnischen Krise.

Die Revaler Entrevue führte in ihren Auswirkungen nicht allein zu Umwälzungen im europäischen Bündnissystem und zu einer drohenden Zuspitzung des Gegensatzes der europäischen Mächtegruppen. Auf Grund der Revaler Besprechungen glaubte Iswolski die Meerengenfrage in Angriff nehmen zu können und entfesselte damit indirekt die bosnische Krise, die die Scheidung Europas in zwei feindliche Lager zu einer endgültigen machen sollte.

Vor dem Abschluß des russisch-englischen Abkommens vom August 1907 hatte London seine Bereitwilligkeit erklärt, die Meerengenfrage zu erörtern, wenn Rußland die Initiative ergreife [1]). Damit war England Iswolskis außenpolitischem Ziele, eine den russischen Wünschen entsprechende Regelung der Dardanellenfrage zu erreichen, einen bedeutsamen Schritt entgegengekommen. Bei der Revaler Entrevue kam das Meerengenproblem zur Sprache, und Iswolski kehrte „mit dem sehr bestimmten Eindruck einer Ermutigung und einer eventuellen Unterstützung seitens Großbritanniens" für seine Politik „das Problem der Meerengen zugunsten der besonderen Wünsche der russischen Regierung einer Revision zu unterziehen" [2]), nach Petersburg zurück. Der englische Bericht über die Revaler Besprechung in den British Documents [3]) enthält allerdings keinen Hinweis auf das Meerengenproblem. Hardinge selbst erklärte aber später, in Reval sei es in der Dardanellenfrage wahrscheinlich zu einem Mißverständnis gekommen; Iswolski habe die Oeffnung nur für Rußland, er selbst die Oeffnung für alle gemeint [4]). Aus dieser Erklärung Hardings wird ersichtlich, daß der offizielle englische Bericht über die Entrevue unvollständig ist und tatsächlich eine englisch-russische Besprechung über die Meerengenfrage stattfand. In der Tat wäre auch — wie Taube mit Recht bemerkt — die fernere Politik Iswolskis vom psychologischen Standpunkt aus unverständlich, wenn man nicht von der Annahme ausgeht, daß er an eine englische Rückendeckung seiner Dardanellenpolitik glaubte.

Die Schwäche Rußlands verbot Iswolski, nur auf England gestützt das Meerengenproblem anzuschneiden. Er mußte in Verbindung mit dem Zweibund treten. Es war naheliegend, daß er auf die Besprechung mit Aehrenthal zu Ende September 1907 zu-

[1]) B.D. 4, S. 281.
[2]) Taube, S. 169.
[3]) B.D. 5, S. 237/45.
[4]) Nicolson, S. 295/96, Anmerkung.

rückgriff, bei der — wie wir oben gesehen — eine gewisse lokkere Verbindung zwischen dem österreichischen und russischen Aktionsziel hergestellt war.

Nur wenige Wochen nach Reval nahm Iswolski den Faden der Besprechungen mit Oesterreich-Ungarn wieder auf. Am 2. Juli beantwortete er das Aide-Mémoire Aehrenthals vom 1. Mai. Er bekannte sich zu dem Prinzip der russisch-österreichischen Balkanentente von 1897 und erklärte, auch weiterhin der Ansicht zu sein, „que la question de la modification de l'état de choses établi par l'article 25 du traité de Berlin, c'est à dire l'annexion de la Bosnie, de l'Herzégowine et du sandjak de Novipazar, a un caractère éminement européen et n'est pas de nature à être réglée par une entente séparée entre la Russie et l'Autriche-Hongrie. Nous sommes prêts, d'autre part, a reconnaître que la même réserve s'applique à la question de Constantinople, du territoire adjacent et des détroits. Néanmoins, vu l'extrême importance qu'il y aurait pour les deux pays de voir les deux questions susmentionnées réglées conformément à leurs intérêts réciproques, le Gouvernement Imperial serait prêt à en accepter la discuission dans un esprit d'amicale réciprocité“ [1]).

Die Erklärung Iswolskis, sowohl die bosnische als die Meerengenfrage habe einen eminent europäischen Charakter, war „eine Art diplomatischer Trick“ [2]). Die Entente von 1897 wies nämlich nur dem Dardanellenproblem den „caractère éminemment européen“ zu [3]). Rußland hatte beim Abschluß des Dreikaiserbündnisses im Jahre 1881 das Recht Oesterreich-Ungarns auf Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkannt [4]). 1897 verhielt sich Petersburg gegenüber der Annexionsfrage schon reservierter. Murawjew erklärte, die Annexion Bosniens und der Herzegowina sei „une question plus étendue qui exigerait un examen spécial en temps et lieux“, während sich Wien die Annexion der beiden Provinzen und des Sandschaks vorbehielt [5]).

Aehrenthal war (wie eine Denkschrift vom 9. August erkennen läßt) über die russische Note vom 2. Juli sehr befriedigt, da er nicht mit Unrecht in ihr einen Wiederannäherungsversuch erblickte. Eine Diskussion der zukünftigen Balkanpolitik sei aber auf der von Petersburg gewählten Grundlage nicht möglich. Rußland wolle sich den Löwenanteil sichern. Die Annexionsfrage und

[1]) Oe.-U.A. S. 11.
[2]) Rothfels. S. 332 .
[3]) Pribram. S. 79.
[4]) ebenda, S. 14.
[5]) ebenda, S. 78/82.

das Meerengenproblem seien in ihrem Werte so ungleichmäßig, daß eine Gleichsetzung der beiden Probleme nicht in Frage komme, Oesterreich-Ungarn beabsichtige zudem auch garnicht, den Sandschak zu annektieren. Einem vertraulichen Gedankenaustausch mit Rußland über die Meerengenfrage stünde aber nichts im Wege [1]).

Die Suggestion Iswolskis, gegen eine Unterstützung der Annexion Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks eine österreichische Zustimmung zu den russischen Plänen hinsichtlich der „question de Constantinople, du territoire adjacent et des détroits" zu gewinnen, ging weit über den Rahmen der Besprechung vom September 1907 hinaus und war für Aehrenthal untragbar. Iswolski verlangte jetzt nichts geringeres als eine totale Unterstützung der russischen Meerengenpläne, während im September 1907 nur eine gewisse Gleichsetzung zwischen dem österreichischen Plane einer Annexion Bosniens und der Herzegowina und dem russischen Ziel, sich das Durchfahrtsrecht durch die Meerengen zu sichern, angedeutet war. Aehrenthal verhielt sich deshalb gegenüber den russischen Vorschlägen außerordentlich zurückhaltend.

Der Sieg der jungtürkischen Revolution zu Ende des Monats Juli veränderte schlagartig die ganze Lage auf dem Balkan. Der Reformaktion der Mächte und den Bahnbauplänen war ein Ende gesetzt. Die Machtübernahme durch die liberalen Gedankengängen huldigende Jungtürken rückte gleichzeitig die bosnische Frage aus dem Halbdunkel diplomatischer Besprechungen in das Licht öffentlicher Diskussion. Die unsichere staatsrechtliche Lage der durch Oesterreich-Ungarn besetzten Provinzen stand zur Debatte. Es bestand die doppelte Gefahr, daß das türkische Parlament einen Beschluß bezüglich der besetzten Gebiete fassen und sich dort eigenmächtig ein Parlament konstituieren werde [2]). Aehrenthal wollte allen Weiterungen, die zu einer Erschütterung der österreichischen Stellung in Bosnien und der Herzegowina führen konnten, vorbeugen, und entschloß sich zur Annexion. Am 7. August schrieb er dem österreichischen Ministerpräsidenten v. Beck, die veränderte Lage verlange die Annexion Bosniens und der Herzegowina sowie die Räumung des Sandschaks [3]). Am 19. August legte er dem Ministerrat den Annexionsplan vor [4]).

Der Entschluß Aehrenthals, die Annexion durchzuführen, bedingte eine Aenderung seiner zurückhaltenden Stellungnahme zu

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 25/34.
[2]) Oe.-U.A. 1, S. 81
[3]) Oe.-U.A. 1, S. 24.
[4]) Oe.-U.A. 1, S. 41/51.

den russischen Vorschlägen. Ein neues Aide-Mémoire Iswolskis vom 14. August bekannte sich erneut zu dem Prinzip des Desinteressement und der Nichtintervention im Nahen Orient „sauf accord préalable", drängte aber andererseits auf Beantwortung der im Aide-Mémoire vom 2. Juli aufgeworfenen Fragen [1]). Am 26. August erklärte Aehrenthal in einem Vortrage bei Kaiser Franz Josef, er wolle „mit Rücksicht auf die Entwicklung, die die Ereignisse in der Türkei nehmen", den bisherigen Entwurf einer Antwortnote an Rußland modifizieren, in die Verhandlungen mit Iswolski ein schnelleres Tempo bringen und auch die Punkte näher präzisieren, auf die es Oesterreich-Ungarn bei den Verhandlungen ankomme [2]).

Einen Tag nach dem Vortrage Aehrenthals bei Kaiser Franz Josef erging die österreichische Antwortnote auf das Aide-Mémoire vom 2. Juli. Aehrenthal verlieh seiner Befriedigung über das russische Bekenntnis zu den Prinzipien der Entente von 1897 Ausdruck und schlug vor, Rußland solle eine wohlwollende und freundschaftliche Haltung beobachten, falls Oesterreich-Ungarn sich zur Angliederung Bosniens und der Herzegowina genötigt sehe. Auf den Sandschak wolle die Donaumonarchie verzichten. Als Gegenleistung erklärte sich Aehrenthal gegebenenfalls zu einem vertraulichen und freundschaftlichen Meinungsaustausch über die Meerengenfrage bereit [3]). Damit gab der österreichische Außenminister erneut zu erkennen, daß er bei einer entgegenkommenden Haltung Rußlands in der bosnischen Frage zu Zugeständnissen in der Dardanellenfrage bereit war.

Die jungtürkische Revolution hatte Aehrenthal die Freiheit des Handelns genommen und die Grundlage, von der er aus das Annexionsproblem in Angriff nehmen wollte, entscheidend verändert. Ursprünglich hatte er die bosnische Frage erst aufrollen wollen, wenn „andere Meinungsdifferenzen über den Berliner Vertrag erfolgen" [4]). Am 14. Dezember 1907 hatte er zur Erklärung für seine zurückhaltende Stellungnahme gegenüber dem Vorstoß Iswolskis in der Meerengenfrage sich Marschall gegenüber auf eine Aeußerung Bismarcks berufen, der ihm gegenüber 1887 im Laufe einer Unterredung ausgeführt habe, Oesterreich-Ungarn tue gut daran, sich in der Dardanellenfrage passiv zu verhalten und abzuwarten, „ob und in welchem Sinne Rußland dieselbe in Anwendung

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 36.
[2]) ebenda, S. 52.
[3]) ebenda, S. 59/61.
[4]) Conrad, S. 519.

bringe“ [1]). Aehrenthal hoffte, das Meerengenproblem werde zu einem russisch-englischen und vielleicht auch zu einem russisch-französischen Gegensatz führen [2]). Er wollte eine Politik der Hinterhand treiben und selbst erst dann vorstoßen, wenn der Stein von anderer Seite ins Rollen gebracht war.

Diese Erwägungen bestimmten auch seine zunächst abwartende Stellungnahme zu den russischen Vorschlägen vom 2. Juli. Der österreichische Außenminister legte das Hauptgewicht auf die Wiederherstellung der russisch-österreichischen Entente und maß der bosnischen Frage geringere Bedeutung zu. Die jungtürkische Revolution entzog dieser Politik des Abwartens den Boden. Die Lösung des bosnischen Problems wurde mit einem Male dringend und Selbstzweck. Damit mußte auch die Idee Aehrenthals, die Annexion im Sinne der „Trias“ zu verwirklichen [3]) und Serbien zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien aufzuteilen [4]) zurücktreten.

Nach Absendung des österreichischen Aide-Mémoire's vom 27. August nahm die Entwicklung einen schnellen Gang an. Am 16. September trafen Aehrenthal und Iswolski in Buchlau zusammen und nahmen Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch. Nach der Aufzeichnung Aehrenthals erklärte Iswolski, Rußland wolle im Falle einer Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn „eine freundschaftliche und wohlwollende Haltung“ einnehmen. Der russische Außenminister anerkannte „die große Mäßigung und Zurückhaltung“, die in dem österreichischen Verzicht auf den Sandschak zum Ausdruck komme. Als Entgelt für die Haltung Rußlands in der bosnischen Frage stellte Aehrenthal eine wohlwollende und freundschaftliche Haltung Oesterreich-Ungarns zu dem Plan Iswolskis, „le libre passage à travers les Dardanellen de bateaux de guerre Russes isolées“ zu erlangen, in Aussicht. Die Unabhängigkeit und Sicherheit der türkischen Hauptstadt sollte durch das Durchfahrtsrecht vereinzelter russischer Kriegsschiffe nicht bedroht werden. Die wohlwollende Haltung Oesterreichs gegenüber dem russischen Plan machte Aehrenthal aber schon von der Vorausleistung einer freundschaftlichen Haltung Rußlands „im Momente der Annexion Bosniens und der Herzegowina“ abhängig. Iswolski wünschte gewisse Aenderungen des Berliner Vertrages zu Gunsten einiger Balkanstaaten. Aehren-

[1]) G.P. 22, S. 85.
[2]) G.P. 22, S. 81, siehe auch oben S. 29/30.
[3]) Conrad, S. 75.
[4]) ebd. S. 528; Oe.-U.A. 1, S. 31/32.

thal erklärte, die Grundzüge dieser Aenderungen müßten im Wege von Verhandlungen zwischen den Kabinetten festgelegt werden. Bei diesen Verhandlungen dürfe aber von Bosnien und der Herzegowina nicht mehr die Rede sein. „Eine Schlußkonferenz behufs Finalisierung der Abmachungen" erscheine allerdings auch ihm, Aehrenthal, unvermeidlich, und er schlage eine Botschafterkonferenz in Konstantinopel vor. Den Zeitpunkt der Annexionserklärung wollte Aehrenthal nach dem Ausfall der Berichte aus Serajewo und Plevlje bestimmen. „Es sei aber sehr leicht möglich, daß die Annexion in den ersten Oktobertagen, knapp vor Zusammentritt der Delegationen, ausgesprochen würde". Jedenfalls würde aber Iswolski rechtzeitig verständigt werden [1]).

Soweit der Bericht Aehrenthals über seine Unterredung mit dem russischen Außenminister. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß Aehrenthal subjektiv ehrlich berichtet hat; Zweifel an der objektiven Richtigkeit der Wiedergabe der Aussprache scheinen aber nicht unberechtigt. Berichte über mündliche Unterhandlungen sind immer mit Vorsicht aufzufassen; es entgeht dem Partner die Bedeutung eines Nebensatzes, Schweigen wird als Zustimmung aufgefaßt usw. (In diesem Zusammenhang sei auf den großen Unterschied in der Berichterstattung Aehrenthals und Schoens über ihr Zusammentreffen in Berchtesgaden [2]) und Aehrenthals und Tittonis über ihre Aussprache in Salzburg hingewiesen [3]). Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß Iswolski seine Zustimmung zur Annexion Bosniens und der Herzegowina gegen das Versprechen, n a c h erfolgter Annexion werde Oesterreich-Ungarn eine wohlwollende Haltung zu einer Oeffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe einnehmen, ausgedrückt hat. Er hätte damit ein starkes Druckmittel gegenüber der Donaumonarchie für eine unsichere Zukunftsperspektive aus der Hand gegeben. Allein aus innenpolitischen Gründen konnte der russische Außenminister nach der Erregung über das österreichische Vorgehen in der Sandschakbahnfrage nicht zugeben, daß Oesterreich-Ungarn ohne einen gleichzeitigen Gewinn Rußlands einen Prestigezuwachs auf dem Balkan erzielte. Da ein direkter Bericht Iswolskis über die Buchlauer Zusammenkunft nicht vorliegt, müssen die Aeußerungen Iswolskis Dritten gegenüber zur Ueberprüfung der Aehrenthalschen Darstellung herangezogen werden.

Diese ergeben ein anderes Bild über die Aussprache. Iswolski weilte am 25./26. September in Berchtesgaden bei Staatssekretär

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 86/92.
[2]) Oe.-U.A. 1, S. 79 und G.P. 26, S. 28.
[3]) Oe.-U.A. 1, S. 73/74 und S. 130.

v. Schoen und teilte ihm seine Annahme mit, „daß der österreichisch-ungarische Minister bereits den bevorstehenden Delegationen den Plan der Annexion Bosniens und der Herzegowina vorlegen möchte". Iswolski berührte die vermutlichen Rückwirkungen des Wiener Schrittes auf die Türkei, Rußland, Bulgarien, Serbien und Montenegro und erklärte, es ergebe sich dann „eine Fülle teils nützlicher, teils notwendiger Veränderungen, die nicht ohne eine gründliche Revision des Berliner Vertrages vollzogen werden könnten, daher vielleicht einen neuen Kongreß erwünscht erscheinen ließen. Er für seine Person würde nicht den Mut haben, all' diese großen Fragen in Bewegung zu setzen; wenn dies aber durch die Initiative Oesterreich-Ungarns geschehen sollte, so würde die russische Politik für eine gründliche Lösung aller auftauchenden Balkanprobleme eintreten, immer nur von dem aufrichtigen Bestreben beseelt, einen Ausgleich auf friedlichem Wege herbeizuführen". In der zweiten Hälfte des Oktober wolle er auf seiner Rückkehr von Paris und London in Berlin diese Fragen und das Durchfahrtsrecht russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen mit Bülow besprechen [1]). Am 29./30. September erklärte Iswolski dem italienischen Außenminister Tittoni, die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina müsse zusammen mit der Meerengenfrage, der Frage einer Entschädigung Montenegros und der Sandschakfrage geregelt werden [2]). Am 6. Oktober führte der russische Außenminister in Paris gegenüber dem österreichischen Botschafter Khevenhüller aus, er möchte die bosnische Frage als eine europäische Angelegenheit behandelt wissen. Rußland wolle seine Zustimmung zur Annexion nicht verweigern, knüpfe sie aber an gewisse Bedingungen [3]).

Diese Auslassungen Iswolskis lassen seinen Standpunkt klar erkennen. Er nahm an, Aehrenthal werde den Delegationen nicht eine Annexionserklärung, sondern einen Annexionsplan vorlegen. Damit würde der österreichische Außenminister das Odium auf sich nehmen, das Balkanproblem aufzurollen und gleichzeitig Iswolski Gelegenheit geben, sich mit seinen Wünschen einzuschalten. Die aufgeworfenen Fragen sollten dann auf einem Kongreß behandelt werden, auf dem Iswolski mit englisch-französisch-österreichischer Unterstützung eine Oeffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe durchsetzen zu können hoffte. Als Gegenleistung war er Oesterreich-Ungarn gegenüber zur Unter-

[1]) G.P. 26, S. 40/42.
[2]) Oe.-U.A. 1, S. 130.
[3]) ebenda, S. 141/42.

stützung des Annexionsplanes bereit. Die Balkanstaaten sollten durch kleinere Zugeständnisse abgefunden werden.

Der Dissensus in den Anschauungen Aehrenthals und Iswolskis liegt klar zu Tage. Der russische Außenminister wollte die Frage einer Oeffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe und die Annexionsfrage gleichgeschaltet wissen. Hiermit setzte er sich in scharfen Widerspruch zu der Auffassung Aehrenthals, der eine gleichzeitige Verwirklichung der beiderseitigen Pläne ablehnte und die österreichische Unterstützung in der Meerengenfrage von der russischen Vorleistung einer wohlwollenden Haltung gegenüber dem Annexionsprojekt abhängig machte. Iswolski sah in der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina im Gegensatz zu Aehrenthal nicht eine interne Angelegenheit Oesterreich-Ungarns und der Türkei, sondern eine europäische Frage. Es ist möglich, daß bei der Buchlauer Unterredung sich die Ansicht des gewandteren und energischeren Aehrenthal formell durchgesetzt und Iswolski seine eigene Auffassung nicht scharf genug formuliert hat, wofür Nicolson, der Iswolski sehr gut kannte, eine einleuchtende psychologische Erklärung fand: „It is quite possible, that Iswolski ... did not show that decided opposition which the circumstances demanded. He is often not firm in personal conversation — and is unwilling to say anything which might appear to be displeasing to his interlocutors, especially when he is their guest ... I have often found him anxious to flee away from serious verbal argument. He loves academical discussions ..." [1]). Tittoni war nach seiner Unterredung mit Iswolski klar, daß die Auffassungen Aehrenthals und Iswolskis voneinander abwichen. Er ließ deshalb Aehrenthal am 1. Oktober ersuchen, „de suspendre l'action en Bosnie et Herzegowine". Aehrenthal erwiderte, „qu'il ne pouvait plus suspendre l'action" [2]). Welche Verwirrung Aehrenthal durch seine unklaren Eröffnungen über den Annexionsplan anrichtete, beleuchtet am besten eine ironische Aeußerung Tittonis zu dem österreichischen Botschafter in Rom. Er, Tittoni, habe zwar nichts von dem zurückzunehmen, was er über die Vorgeschichte der Annexion gesagt habe: „mais quatre ministres des affaires étrangères (Schoen, Aehrenthal, Iswolski, Tittoni) se disputant entre eux sur ce qu'ils s'étaient dit ou pas dit dans leurs conciliabules privés, deviendraient la risée de l'Europe" [3]).

---

[1]) B.D. 5, S. 411.

[2]) G.P. 26, S. 55.

[3]) Oe.-U.A. 1, S. 262.

Wie oben ausgeführt, war die bosnische Annexion durch den Ausbruch der jungtürkischen Revolution für Aehrenthal zum Selbstzweck geworden. Das besagt nicht, daß Aehrenthal darauf verzichtet hätte, die Annexionsfrage mit dem Versuch einer Wiederherstellung der russisch-österreichischen Entente zu verknüpfen. Die Hoffnung auf eine Wiederherstellung des alten Einvernehmens mit Petersburg und der Wunsch einer größeren Selbständigkeit der österreichischen Politik und eines Heraushaltens aus dem Gegensatz Deutschlands zu den Westmächten führte zu einer Distanzierung von Deutschland, die schon vor der Annexion ihren Ausdruck fand.

Am 2. April erklärte Aehrenthal gegenüber Conrad, daß Rußland „voraussichtlich bald wieder in frühere Richtung (Entente mit uns) zurückkehren wird und daß es jetzt noch nicht an der Zeit wäre, mit Deutschland (Moltke) konkret militärisch zu verhandeln“ [1]). Als am 17. Juli Staatssekretär v. Schoen dem Wunsche Ausdruck verlieh, zu der Begegnung Aehrenthals mit Tittoni zugezogen zu werden, lehnte Aehrenthal ab und führte zur Erklärung in einem Schreiben an den Botschafter in Berlin aus, daß Oesterreich-Ungarn „zwar nach wie vor an dem bisherigen Gedanken eines innigen österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisses treu festhalte, es uns jedoch nicht opportun erscheint, diese Intimität zu sehr zur Schau zu tragen, zumal gerade in jüngster Zeit gegen die Ziele unserer Politik so grundlose Verdächtigungen ausgestreut werden“ [2]). Anläßlich der Ischler Entrevue erklärte Aehrenthal zu Hardinge, es sei falsch, die österreichische Politik auf Beeinflussung durch Deutschland zurückzuführen. Oesterreich-Ungarn handle „vollständig frei und unbeeinflußt“. Deutschland habe vom Sandschakprojekt nicht viel früher Kenntnis erhalten als die anderen Kabinette. „Wir haben aber unsere spezifisch österreichisch-ungarischen Interessen, die wir auf eigene Faust zu wahren entschlossen sind“. An dem Bündnis mit Deutschland halte Wien unverbrüchlich fest, den Revalitäten zwischen Deutschland und England stehe es fern [3]).

Die Distanzierung von Deutschland fiel Aehrenthal umso leichter, als er sich trotz seiner kühlen Haltung gegenüber dem Bundesgenossen dessen Unterstützung sicher sah. Bülow hatte ihm am 23. Juli in einem Privatbrief geschrieben, der leitende Gedanke der deutschen Orientpolitik „werde wie bisher, so auch in Zukunft

[1]) Conrad, S. 574.
[2]) Oe.-U.A. 1, S. 18.
[3]) Oe.-U.A. 1, S. 38.

darin gipfeln, den Wünschen und Interessen des österreichisch-ungarischen Freundes und Bundesgenossen gerecht zu werden“ [1]). Diese für den außenpolitischen Leiter einer unabhängigen Großmacht erstaunliche Erklärung zeigte Aehrenthal deutlich, daß Deutschland infolge der Zuspitzung der weltpolitischen Lage und aus Furcht, seinen letzten Bundesgenossen zu verlieren, zu einer weitgehenden Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik bereit war. Die außenpolitische Isolierung Deutschlands und die seit der Wiederannäherung an Rußland stärker und unabhängiger gewordene Stellung Oesterreich-Ungarns veranlaßte Aehrenthal, Berlin bei den Verhandlungen über die Annexionsfrage zu übergehen und die bosnische Aktion in voller Selbständigkeit und in Distanzierung von Deutschland durchzuführen. Auf dem Ministerrat vom 19. August erklärte der österreichische Außenminister mit Bezugnahme auf die deutsche Haltung zur Annexionsfrage, „daß man Deutschlands wohl unbedingt sicher sein kann, da diese Macht jetzt auf Oesterreich-Ungarn allein angewiesen sei, zumal nach dem Refus, welchen Kaiser Wilhelm dem König von England in Cronberg auf dessen Anwurf, den bereits gesetzlich festgelegten deutschen Flottenbau zu restringieren, erteilt habe“. Die Vorbereitung der Annexion, so erklärte Aehrenthal weiter, müsse „jedenfalls eine sehr gründliche sein“. Er hielt es „jedoch für ausreichend, wenn man mit Rußland zu einem accord gelange und sich der Zustimmung dieser Macht versichere, denn dann sei die Annexion durchführbar“. Er würde es aber „nicht für opportun halten, auch mit den übrigen Mächten in Betreff der Annexion in Verhandlungen zu treten“ [2]).

Entsprechend dieser Taktik unterließ Aehrenthal jede Unterrichtung Deutschlands über den Annexionsplan. Erzherzog Franz wurde von ihm nicht in die geheimen Verhandlungen mit Rußland eingeweiht, um eine Aussprache des Erzherzogs mit Kaiser Wilhelm über diese Frage anläßlich einer Reise in das Elsaß zu verhindern [3]). Erst am 29. August meldete der deutsche Geschäftsträger in Wien, Graf Brockdorf-Rantzau, daß in diplomatischen Kreisen Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegowina an Oesterreich-Ungarn umliefen. Obwohl zu diesem Zeitpunkt der Entschluß Aehrenthals, die beiden Provinzen zu annektieren, schon feststand, wurde dem deutschen Geschäftsträger „von kompetenter Stelle im Auswärtigen Ministe-

[1]) Oe.U.A. 1, S. 15.
[2]) ebenda, S. 43 u. 47.
[3]) ebenda, S. 51.

rium“ mitgeteilt, daß man in den maßgebenden Kreisen tatsächlich nicht daran denke, „jetzt der Frage der Annexion näher zu treten“ [1]) Noch am 1. September erklärte Aehrenthal dem deutschen Geschäftsträger, die österreichische Regierung „beabsichtige jetzt nicht, an die Lösung der Frage heranzutreten“. Brockdorff-Rantzau bezweifelte aber, ob ein Hinhalten der Annexionsfrage auf die Dauer möglich sei. Aehrenthal selbst sei wohl kaum einer Annexion abgeneigt; den gegenwärtigen Augenblick halte er „aber jedenfalls für durchaus inopportun“ [2]).

Erst am 5. September gab Aehrenthal bei einem Zusammentreffen mit Staatssekretär von Schoen dem deutschen Bundesgenossen einigen Einblick in seine Pläne. Die Begleitumstände der Begegnung lassen die Absicht Aehrenthals, die Beziehungen zu Deutschland locker zu gestalten und es in der Annexionsfrage vor eine vollendete Tatsache zu stellen, klar hervortreten. Am 28. August schrieb er an den Kabinettsdirektor von Schießl, er werde Schoen in Berchtesgaden besuchen und ihm bei dieser Gelegenheit „eine allgemein gehaltene Confidence für Berlin anvertrauen, natürlich nur über unsere Verhandlungen mit Rußland, nicht über Bosnien“ [3]). Die Begegnung selbst gestaltete Aehrenthal so kurz wie möglich. Er teilte Schoen mit, er werde um 10 Uhr allein in Berchtesgaden eintreffen, von wo er bereits um 1 Uhr abzufahren gezwungen sei, da er abends wieder in Wien sein müsse [4]). Bei der Zusammenkunft erklärte der österreichische Außenminister, er sei mit Iswolski einig in dem Bestreben, den status quo so lange wie irgend möglich aufrecht zu erhalten. „Allerdings werde Oesterreich-Ungarn nicht umhin können, mit der Zeit einer endgültigen Regelung des Verhältnisses von Bosnien und der Herzegowina näherzutreten, und diese Lösung werde und könne keine andere sein als die der Annexion“. Auf den Sandschak werde die Donaumonarchie unter gewissen Voraussetzungen verzichten. „Wenn das Petersburger Kabinett sich mit diesen Zukunftsplänen einverstanden erklären sollte, was er (Aehrenthal) annehme, aber nicht bestimmt wisse, so sei er bereit, über die Frage der Oeffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe mit sich reden zu lassen“ [5]).

Ueber seine Haltung zu den Ausführungen Iswolskis berichtet Schoen, er habe es vermieden, eine bestimmte Stellungnahme kund-

[1]) G.P. 26, S. 20/21.
[2]) G.P. 26, S. 21/22.
[3]) Oe.-U.A. 1, S. 61.
[4]) ebenda, S. 65.
[5]) G.P. 26, S. 27.

zugeben, und sich darauf beschränkt, zu sagen, „daß Oesterreich-Ungarn uns stets bereit finden werde, seinen Bedürfnissen, Interessen und Wünschen im nahen Orient in loyaler und weitgehend freundschaftlicher Weise Rechnung zu tragen“ [1]). Im Ministerrate vom 10. September behauptete Aehrenthal, Schoen habe „ein gewisses Erstaunen darüber gezeigt, daß Oesterreich-Ungarn in seinen Aspirationen auf türkisches Gebiet so maßvoll und bescheiden sei“. Die Monarchie werde für den Fall der Annexion „bestimmt auf die Unterstützung Deutschlands rechnen können“ [2]). Der Bericht Aehrenthals weicht nicht unerheblich von der Berichterstattung Schoens ab. Aehrenthal scheint die Stellungnahme Schoens zu dem Plane der Annexion etwas positiver gedeutet zu haben, um den österreich-ungarischen Ministerrat leichter zur Zustimmung zum Annexionsprojekt zu gewinnen.

Die Aufnahme der Aehrenthalschen Ausführungen durch Schoen läßt erkennen, wie sehr Deutschland sich auf dem Balkan zurückhalten und Oesterreich die Vorhand lassen wollte. In Berlin glaubte man, die Erklärungen Aehrenthals seien mehr akademischer Natur und — wie er sich gegenüber Schoen ausgedrückt hatte — Zukunftspläne, die man dilatorisch behandeln könne. Die deutsche Stellungnahme zur bosnischen Frage wurde nicht präzisiert, und in der deutschen Aktensammlung findet sich vom 5. bis zum 26. September kein Schriftstück, das sich mit der bosnischen Frage beschäftigt.

Um so größer muß die Ueberraschung gewesen sein, als Aehrenthal am 26. September in einem Privatschreiben an Bülow Mitteilung von der unmittelbar bevorstehenden Annexionserklärung machte [3]). Rußland sei mit der Annexionserklärung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn einverstanden. Als Gegenleistung werde Wien die russischen Wünsche bezüglich des Durchfahrtsrechts durch die Dardanellen unterstützen. Kaiser Franz Josef wolle vor Durchführung der Annexion an Kaiser Wilhelm schreiben. Der österreichisch-ungarische Botschafter sei mit der Uebermittlung des kaiserlichen Schreibens beauftragt, und er (Aehrenthal) erbäte für ihn eine Audienz bei Kaiser Wilhelm am 5. oder 6. Oktober.

Aehrenthal entwarf in seinem sorgfältig abgewogenen Briefe ein düsteres Bild der außenpolitischen Lage Deutschlands, um jeglichen Versuch Bülows, zur Annexionsfrage eine kritische Stellung

[1]) G.P. 26, S. 28.
[2]) Oe.-U.A. 1, S. 79.
[3]) G.P. 26, S. 35/39.

einzunehmen, zu unterbinden. Iswolski stehe in mancher Hinsicht „stark unter französischem und englischem Einflusse". Clemenceau habe Iswolski erklärt, daß er den Krieg zwischen Deutschland und England „für unvermeidlich halte". Wegen der Gefahr des Uebergreifens eines deutsch-englischen Krieges auf französischem Boden lehne Clemenceau jedes weiteres Engagement mit England ab. Er, Aehrenthal, würde sich nicht wundern, „wenn in Marienbad und Karlsbad gewisse militärische Angelegenheiten zur Sprache gekommen wären etwa in der Weise, daß Rußland Frankreich die Zusicherung erteilt, daß es gegen die französischerseits zu übernehmende glatte Durchführung der für den Herbst projektierten Anlehensoperationen eine Verstärkung der Garnisonen in Polen eintreten läßt". Aus der Tatsache, daß in der nächsten Zeit größere russische Anleihen aufgelegt würden, könne man schließen, „daß sowohl in St. Petersburg als in Paris der starke Wunsch, jede Trübung zu vermeiden, die Oberhand behalten wird".

Am Schlusse seines Schreibens verlieh Aehrenthal seiner Erwartung, von Deutschland in der Annexionsfrage unterstützt zu werden, Ausdruck. „Wir rechnen mit vollem Vertrauen auf Deutschlands Unterstützung, wie auch letzteres von uns Beweise erhalten hat, daß wir in ernster Stunde fest zu unseren Freunden stehen".

Der Brief Aehrenthals ließ Bülow nicht länger darüber in Zweifel, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina unmittelbar bevorstand. In einem Schreiben an Stemrich, den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, umriß er die deutsche Stellungnahme zu der Annexionsfrage [1]).

„Die von Oesterreich geplante Annexion von Bosnien und der Herzegowina könnte natürlich das Signal für die Vereinigung von Kreta mit Griechenland wie für die Unabhängigkeitserklärung von Bulgarien bilden. Nachdem sich aber Aehrenthal des russischen Einverständnisses versichert hat, und wie die gegenwärtige Lage in Europa ist, können wir dem österreichischen Wunsche nicht entgegen treten. Unsere Lage würde dann eine wirklich bedenkliche werden, wenn Oesterreich das Vertrauen zu uns verlöre und von uns abschwenkte. Solange wir beide zusammenstehen, bilden wir, ähnlich wie während 50 Jahren der alte deutsche Bund, einen Block, an den sich niemand so leicht heranwagen wird. Gerade in großen orientalischen Fragen können wir uns nicht wohl in Widerspruch zu Oesterreich setzen, das auf der Balkanhalbinsel nähere und größere Interessen hat als wir. Eine ablehnende oder auch nur zögernde und nörgelnde Haltung in der Frage der Annexion

[1]) P.G. 26, S. 45/49.

von Bosnien und der Herzegowina würde uns Oesterreich nicht verzeihen. Im Besitz dieser beiden Provinzen sieht der alte Kaiser Franz Josef und sieht das offizielle Oesterreich mit ihm einen Ersatz für den Verlust von Italien und Deutschland. Wir müssen also die Aehrenthalsche Mitteilung ohne affektiertes Empressement, aber mit ruhiger und klarer Zustimmung aufnehmen und diese unsere Zustimmung als den Ausfluß unserer unbedingten Zuverlässigkeit gegenüber Oesterreich erscheinen lassen . . .

„Aus dem Aehrenthalschen Briefe geht weiter hervor, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland wieder viel besser geworden sind. Der Sandschakbahnzwischenfall scheint überwunden. Gewiß bestehen latente und tiefe Gegensätze zwischen beiden Reihen. Aber de part et d'autre ist man offenbar gewillt, durch eine leidenschaftslose Politik solche Gegensätze sich nicht verschärfen zu lassen".

Das Schreiben Bülows verrät deutlich das Unbehagen, das der Kanzler über den Annexionsplan Aehrenthals empfand. Aber bei der außenpolitischen Isolierung Deutschlands und der russisch-österreichischen Annäherung hielt er eine Billigung des österreichischen Vorgehens für unbedingt erforderlich, und tröstete sich damit, daß sich an den deutsch-österreichischen Block niemand heranwagen werde. Von einer kritischen Stellungnahme befürchtete er ein Abschwenken Oesterreich-Ungarns von Deutschland und damit die völlige Isolierung des Reiches. Um dieser Gefahr vorzubeugen, entschloß sich Bülow zu einer vorbehaltlosen Deckung des Aehrenthalschen Vorgehens. Starken Eindruck machten auf Bülow die Ausführungen des österreichischen Außenministers über die außenpolitische Lage Deutschlands. Er schrieb an Stemrich, es klinge sehr ernst, was Aehrenthal über das deutsche Verhältnis zu England gesagt habe. Die Situation schiebe sich immer mehr in der Richtung zusammen, daß die Beziehungen zwischen allen Mächten sich glätten. Nur zwischen Deutschland und England werde durch die Flottenfrage der Gegensatz schärfer, neben England aber stehe Frankreich und neben Frankreich Rußland [1]).

Mit dieser Stellungnahme Bülows gab Deutschland die Führerrolle im Zweibunde auf. Unter dem Druck der außenpolitischen Lage glaubte der Kanzler sich der österreichischen Balkanpolitik unterordnen und das Leitseil Wiens annehmen zu müssen. Das Verhältnis der beiden Bundesgenossen zueinander hatte sich völlig umgekehrt. Bülow fühlte sich so vollständig auf Oesterreich-Ungarn angewiesen, daß er z. B. seinem Wunsch, die Türkei bei

[1]) G.P. 26, S. 47/48.

der Annexionserklärung glimpflich zu behandeln, nur in ganz vorsichtiger Weise Ausdruck verlieh. In der deutschen Antwort an Kaiser Franz Josef könne man „vielleicht den Gedanken einfließen lassen, daß es der Umsicht und Geschicklichkeit des Baron Aehrenthal gewiß gelingen würde, die Annexion in einer Weise durchzuführen, die das türkische Selbstgefühl nicht zu sehr verletzte und namentlich nicht von den Balkanstaaten als eine Ermutigung zu feindlichem Vorgehen gegen das türkische Reich ausgeführt würde. Das muß aber eventuell vorsichtig gesagt und nur mit Gründen konservativer Friedenspolitik motiviert werden“ [1]).

Selbst wenn man nicht verkennt, daß Bülow nach dem Schreiben Aehrenthals und nach dem Bericht Schoens über seine Unterredung mit Iswolski an eine russisch-österreichische Verständigung glauben mußte und deshalb aus einer gewissen subjektiven Zwangslage heraus handelte, bleibt es doch erstaunlich, wie vorbehaltlos Bülow sich der österreichischen Politik unterordnete und wie gelassen er das Vorgehen Aehrenthals hinnahm. Er ließ es widerstandslos hingehen, daß Aehrenthal in einer Frage von europäischer Bedeutung ohne Fühlungnahme mit Berlin sein diplomatisches Spiel einleitete, kurz vor dem ins Auge gefaßten Zeitpunkt seinen Bundesgenossen vor eine vollendete Tatsache stellte und dann wie selbstverständlich die deutsche Unterstützung in Rechnung stellte. Völlig unverständlich bleibt aber die weitere Haltung Bülows. Obwohl ihm nach einem Telegramm Tschirschkys vom 29. September klar sein mußte, daß die Annexionserklärung „in allernächster Zeit“ bevorstand [2]), ließ er die Dinge treiben und brach weder seinen eigenen Urlaub in Norderney ab, noch ließ er Staatssekretär Schoen aus Berchtesgaden nach Berlin zurückrufen. Er überließ es dem Ermessen des Stellvertretenden Staatssekretärs Stemrich, wann und wie er den Brief Aehrenthals beantworten solle. Wenn Stemrich der Augenblick gekommen scheine, solle er ihm einen Entwurf vorlegen [3]). Auch als Bülow nach einem Bericht Tschirschkys vom 2. Oktober über eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Wien am 3. Oktober anerkennen mußte, daß die Haltung Rußlands und Italiens zur Annexion unsicher zu sein scheine [4]), verharrte er weiter in Passivität. Er lehnte es am 4. Oktober ab, den italienischen Botschafter mit einem Auftrage Tittonis in Norderney zu empfangen, und ließ ihn ersuchen, seinen Auftrag durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes auszurichten, obwohl er nach dem Telegramm Tschirschkys annehmen

[1]) G.P. 26, S. 46.
[2]) ebenda S. 43.
[3]) ebenda, S. 48.
[4]) ebenda, S. 50, Anm.

mußte, daß ihm Eröffnungen über die russische und italienische Haltung zu dem Annexionsplan gemacht werden würden. Trotz der Sturmzeichen bekannte sich der Kanzler am 3. Oktober gegenüber Oesterreich-Ungarn zur „Bündnistreue ohne Umschweife, Verklausulierungen und Rekriminationen", zu einer Politik der „loyanté sans phrases". „Je schwieriger die Lage ist, in welche der K. u. K. Minister sich begibt — und je unsicherer die Haltung von Rußland und Italien zu sein scheint —, um so mehr muß Aehrenthal (und die hinter ihm stehende Dynastie) den Eindruck erhalten, daß wir treu bleiben"[1]).

Inzwischen nahm die Aktion Aehrenthals ihren Fortgang. Am 30. September teilte der österreichische Außenminister Iswolski mit, am 7. Oktober werde die Annexionserklärung erfolgen[2]). Dieser Brief erreichte Iswolski aber erst nach dem Bekanntwerden der Annexion. Am 29. September gingen die Schreiben an die österreichisch-ungarischen Botschafter bei den europäischen Großmächten ab, in denen die Angliederung Bosniens und der Herzegowina ausgesprochen wurde, und die am 5. oder 6. Oktober den betreffenden Staatshäuptern überreicht werden sollten. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris, v. Khevenhüller, überreichte zur unangenehmen Ueberraschung Aehrenthals das Schreiben Kaiser Franz Josefs schon am 3. Oktober dem Präsidenten der Republik[3]). Paris bewahrte keine Diskretion, und die Kunde der beabsichtigten Angliederung Bosniens und der Herzegowina verbreitete sich schnell in den europäischen Hauptstädten. Wurden hierdurch schon die diplomatischen Kreise Aehrenthals gestört, so erfolgte eine zweite Störung, als am 5. Oktober Bulgarien sich einschließlich Ostrumeliens für unabhängig erklärte.

Wie schon weiter oben ausgeführt[4]), schwebte Aehrenthal als Fernziel seiner Politik die Vernichtung Serbiens und dessen Aufteilung zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien vor Augen. Obwohl mit der jungtürkischen Revolution dieser Gedanke — der ursprünglich im Rahmen der trialistischen Idee verwirklicht werden sollte — zurückgetreten war, hatte Aehrenthal ihn nicht aufgegeben. So bezeichnete der österreichische Außenminister am 5. September bei der Berchtesgadener Zusammenkunft mit Schoen als weiteres Ziel seiner Balkanpolitik „die vollständige Aufhebung des serbischen revolutionären Nestes", wobei er auf die deutsche

[1]) G.P. 26, S. 50, Anm.
[2]) Oe.-U.A. 1, S. 115.
[3]) ebenda S. 125.
[4]) vgl. S. 50 u. S. 29/30.

Unterstützung hoffe. Schoen vermied jede Stellungnahme „zu diesem kühnen Plane“ [1]). Der Gegensatz zu Serbien bestimmte Aehrenthal zur Pflege eines guten Verhältnisses mit Bulgarien. Er machte anläßlich eines Besuches des Fürsten Ferdinand in Budapest am 23./24. September diesen Eröffnungen, die eine Ermutigung zur Unabhängigkeitserklärung Bulgariens bedeuteten [2]).

Die österreichisch-bulgarische Intimität sollte sich bei dem Orientbahnzwischenfall für deutsche Interessen ungünstig auswirken. Am 20. September ließ die bulgarische Regierung den durch Bulgarien führenden Teil der Orientbahn, deren Gesellschaftskapital zur Hälfte in deutschen Händen lag, durch Truppen besetzen. Bülow bemerkte zu dem Bericht über die Bahnbesetzung, Deutschland müsse auch in dieser Frage „tunlichst Hand in Hand mit Oesterreich gehen, dabei aber alles vermeiden, was so aussähe, als ob wir die Oesterreicher gegen Bulgarien (oder gar gegen Rußland) vorschieben wollten. Wir dürfen auch nicht zu philotürkisch auftreten. Baron Aehrenthal ist für die junge Türkei nicht sehr enthusiastisch gestimmt. Er ist ... sehr bestrebt, mit den Bulgaren gut zu stehen, an deren Zukunft er glaubt. Wir müssen so operieren, daß die Oesterreicher glauben, wir erweisen ihnen einen Gefallen und einen Dienst, wenn wir in Sofia Vorstellungen erhöben“ [3]).

Selbst bei dem verhältnismäßig belanglosen Zwischenfall der Orientbahnbesetzung enthielt sich Berlin jeglichen selbständigen Eingreifens und überließ die Angelegenheit der Initiative Wiens. Aehrenthal war aber wegen seiner bulgarenfreundlichen Politik einem energischen Auftreten gegenüber Bulgarien abgeneigt, das sich weigerte, den status quo ante wiederherzustellen. Die Abhängigkeit der deutschen Balkanpolitik von Oesterreich-Ungarn fand immer stärkeren Ausdruck. Am 3. Oktober regte der englische Botschafter anläßlich der Mobilmachung und bevorstehenden Unabhängigkeitserklärung eine ernste Warnung an die bulgarische Regierung an, während der russische Geschäftsträger die bulgarische Eisenbahnfrage den Unterzeichnern des Berliner Vertrages zu unterbreiten empfahl. Bülow bemerkte dazu: „Wir dürfen unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinen diplomatischen Schritt tun, ohne uns mit unseren beiden Verbündeten uns insbesondere mit Wien verständigt bzw. dort angefragt zu haben. Sonst fallen wir zwischen den verschiedenen Stühlen durch“ [4]).

[1]) G.P. 26, S. 28/29.
[2]) Oe.-U.A. 1, S. 97.
[3]) G.P. 26, S. 72
[4]) G.P. 26, S. 85.

Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, die Aehrenthal als „so zu sagen dem natürlichen Lauf der Dinge“ [1]) entsprechend bezeichnete, zwang den österreichischen Außenminister, die Annexion Bosniens und der Herzegowina statt am 7. Oktober schon am 5. Oktober zu proklamieren. Der Zusammenfall der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung mit der österreichischen Annexionserklärung brachte Aehrenthal in den nicht unbegründeten Verdacht, es handle sich um ein abgekartetes Spiel zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien.

Kaiser Wilhelm erhielt als letztes Staatsoberhaupt der europäischen Großmächte Kenntnis von der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Der in Romenten sich aufhaltende Monarch bekam erst am 6. Oktober die seit dem 26. September eingelaufenen Aktenstücke über die bosnische Frage mit dem Privatschreiben Kaiser Franz Josefs zugestellt. Wilhelm II. zeigte sich zwar über den modus procedendi erregt, hielt es aber für selbstverständlich, „nichts gegen die Annexion zu tun“ [2]). Bülow setzte sich dem Kaiser gegenüber für eine Unterstützung der Annexion ein und telegrafierte am 6. Oktober an den Rat im kaiserlichen Gefolge v. Jenisch, „daß, wenn wir in dieser Frage Oesterreich im Stiche lassen, von ihm abrücken oder auch nur durch unfreundliche Kritik seines Vorgehens die dort maßgebenden Kreise verstimmen, unser Bündnis mit Oesterreich-Ungarn einen Riß erhalten wird, von dem es sich nicht wieder erholen dürfte. Der Rückschlag, den das auf unsere allgemeine Lage haben müßte, liegt auf der Hand“ [3]). Dementsprechend wurde der österreichische Botschafter v. Szögyeny bei seiner Audienz in Rominten am 7. Oktober von Kaiser Wilhelm „mit ganz außerordentlicher Herzlichkeit“ [4]) empfangen. Der Kaiser bemängelte zwar die späte Benachrichtigung über die bevorstehende Annexion und das Zusammenfallen der Annexionserklärung, erklärte aber in der bündigsten Weise, die Notwendigkeit der österreichischen Aktion in jeder Beziehung vollkommen zu würdigen und in unerschütterlicher Bundestreue der österreichischen Seite stehen zu wollen. Sollte eine Konferenz einberufen werden, so dürfe die Tatsache der Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht zur Debatte stehen. Zur Dardanellenfrage bemerkte der Kaiser, „daß er auch in dieser Frage, an der Deutschland nicht direkt interessiert sei, dem k. u. k. Kabinett den Vorrang über-

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 134.
[2]) G.P. 26, S. 53 .
[3]) ebenda, S. 103, Anm.
[4]) Oe.-U.A. 1, S. 148 .

lassen würde, sowie in allen Balkanfragen Hand in Hand mit uns (Oesterreich-Ungarn) vorzugehen wünsche“ [1]). Ueber die Erklärung einer Unterstützung der Donaumonarchie in der Annexionsfrage hinaus legte sich also der Kaiser auf die Ablehnung der Behandlung der Annexionsfrage auf einer zukünftigen Konferenz fest und erklärte sich bereit, Wien in der vom gesamteuropäischen Standpunkt aus außergewöhnlich wichtigen Dardanellenfrage den Vorrang zu lassen.

Das Echo der bosnischen Annexionserklärung war tiefgehend. Die Türkei legte scharfen Protest ein, während in Serbien und Montenegro die Erregung über das österreichische Vorgehen bedrohlichen Umfang gewann. Schon am 6. Oktober wurden die serbischen Reservisten des ersten Aufgebotes einberufen [2]). Frankreich und Italien nahmen wenigstens keine direkt feindliche Haltung gegen Wien ein, verhielten sich eher neutral [3]). Einen sehr schlechten Empfang fand die Annexionserklärung in England. Hardinge erklärte am 6. Oktober dem deutschen Botschafter in London, Graf Metternich, die englische Regierung werde weder die bosnische Annexion noch die Unabhängigkeit Bulgariens ohne vorhergehende Zustimmung der Unterzeichner des Berliner Vertrages und insbesondere der Türkei anerkennen. Er verurteilte die Politik Aehrenthals sehr scharf, der „nur Unfug treibe“. Das österreichische Vorgehen lasse Zweifel an den Sympathien Oesterreichs für das neue Regime in der Türkei aufkommen [4]). In der englischen Oeffentlichkeit brach ein Sturm der Empörung aus. Mehr oder weniger ehrliche Entrüstung über den Vertragsbruch Wiens verband sich mit Sympathie für die „liberalen“ Jungtürken und der Befürchtung, die Weiterungen der Annexionserklärung könnten zu einer Schwächung der englischen Stellung auf dem Balkan führen und zu einer Aufrollung der Meerengenfrage durch Rußland führen. Graf Mensdorff, der österreichische Botschafter in London, berichtete nach Wien, er sei auf d e n Ausbruch der Entrüstung in der englischen Oeffentlichkeit nicht gefaßt gewesen. „England ist wieder einmal von einem der hier sporadisch auftauchenden Indignationsanfälle erfaßt, und diesmal richtet sich derselbe gegen uns (Oesterreich-Ungarn). Dieser Bewegung liegt natürlich das Gefühl zu Grunde, daß die Kreise der englischen Politik gestört wurden, die Beziehungen zu Rußland möglicherweise geschädigt und der Erfolg der

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 155/57.
[2]) ebenda, S. 137 u. 147.
[3]) ebenda, S. 153/54.
[4]) G.P. 26, S. 106/07.

jetzt hier vergötterten Jungtürken in Frage gestellt werden könnte. Das alles wird nun in eine moralische Entrüstung gekleidet, welche die ganze öffentliche Meinung erfaßt hat“ [1]).

Verschlechterte schon die englische Haltung zur Annexionserklärung die Stellung Oesterreich-Ungarns, so wuchs die annexionsgegnerische Front zu bedrohlicher Stärke an, als sich der dissensus der Anschauungen Aehrenthals und Iswolskis herausstellte. Iswolski traf auf seiner Reise von Italien am 4. Oktober in Paris ein und erfuhr aus den Zeitungen die Tatsache der bevorstehenden Annexion, die nach einer Bemerkung Berchtolds auf ihn scheinbar ebenso wirkte „wie der erste japanische Kanonenschuß auf die vertrauensselige Besatzung von Port Arthur“ [2]). Der Brief Aehrenthals vom 30. September wurde ihm erst hier zugestellt. Schon am 5. Oktober erfuhr Khevenhüller von Tardieu, Iswolski stimme durchaus nicht der Annexion zu. Rußland wolle in dieser Frage mit Frankreich und England gehen und die Idee einer Revision des Berliner Vertrages lancieren [3]). Am 6. Oktober erschien Iswolski auf der österreichischen Botschaft und erklärte, er wolle die Annexionserklärung als eine europäische Frage behandelt wissen. Seine Zustimmung zur Annexion wolle er nicht verweigern, knüpfe sie aber an gewisse Bedingungen. Er werde die Einberufung eines Kongresses mit dem Programm der Revision des Berliner Vertrages beantragen. Die Mehrheit der Großmächte habe er schon für seinen Vorschlag gewonnen [4]). Er brauche die Konferenz, um die Meerengenfrage im russischen Sinne lösen zu können [5]).

Aehrenthal stellte sich dem Gedanken der Einberufung eines Kongresses unfreundlich gegenüber. Als Tschirschky ihn am 7. Oktober frug, was er über die Idee eines Kongresses denke, antwortete Aehrenthal, „es sei das beste, davon so wenig wie möglich zu reden, damit nicht etwa die eine oder andere Macht ernstlich auf den Gedanken verfalle, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen“ [6]). Am 18. Oktober telegrafierte der österreichische Außenminister an Szögyeny, er stünde auf demselben Standpunkt wie Kaiser Wilhelm; er könne es nicht anerkennen, „daß die Annexion auf dem Kongreß zum Gegenstand der Diskussion gemacht werde“. Die Voraussetzung einer Teilnahme Wiens am Kongreß

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 185.
[2]) ebenda, S. 251.
[3]) ebenda, S. 135.
[4]) ebenda, S. 141/42.
[5]) ebenda, S. 240.
[6]) G.P. 26, S. 133.

sei ein vorheriges Einvernehmen mit der Türkei über die österreichische Souveränität in Bosnien [1]). Am 11. Oktober fand sich Aehrenthal zu einer Abschwächung seines Standpunktes bereit und erklärte, nach Erzielung einer Verständigung mit Konstantinopel diese Vereinbarung der Konferenz zur Kenntnisnahme vorlegen zu wollen [2]). Iswolski ging diese Erklärung Aehrenthals nicht weit genug; er bestand noch einmal auf einer europäischen Lösung der Annexionsfrage [3]).

Damit war die letzte Möglichkeit einer Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland gescheitert und die kurze Periode eines scheinbaren Einverständnisses zwischen Wien und Petersburg in der bosnischen Frage beendet. Die russisch-österreichische Entente hatte endgültig ihr Ende gefunden.

Iswolski befand sich in einer schwierigen Lage. Er konnte nicht ableugnen, mit Aehrenthal in halbem Einvernehmen gestanden zu haben. Die Erregung der heimischen Presse zeigte ihm, daß er politisch ein toter Mann war, wenn er ohne Zugeständnisse an Rußland nach Hause zurückkehrte. Er mußte einen alleinigen Prestigegewinn Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan zu verhindern und den Erfolg Aehrenthals durch Kompensation für Rußland zu neutralisieren suchen.

So wurde die Haltung Deutschlands immer mehr zum Angelpunkt der Krise. Oesterreich-Ungarn konnte sich gegenüber dem offenen Widerstande Englands, Rußlands, Serbiens und der Türkei nur behaupten, wenn es der deutschen Unterstützung sicher war. Aber auch Rußland mußte eine zumindestens neutrale Stellungnahme Deutschlands zu den russischen Wünschen zu gewinnen suchen, da bei seiner eigenen Schwäche und der Uninteressiertheit Frankreichs ein Machtkampf gegen den Zweibund nur zweifelhafte Aussichten bot. Iswolski schlug daher Metternich am 10. Oktober als russischen Vorschlag zur Lösung der Krise unter Festhaltung an dem europäischen Charakter der Annexion die Einberufung einer Konferenz mit einem kleinen Programm vor und bat um die deutsche Vermittlung zwischen ihm und Aehrenthal [4]). Die deutsche Stellungnahme wurde jetzt von ausschlaggebender Bedeutung.

Damit war die erste Phase der bosnischen Krise abgeschlossen. Die Divergenz der Ansichten Aehrenthals und Iswolskis hatte sich herausgestellt; die österreichisch-russische Entente war endgül-

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 180.
[2]) ebenda, S. 192.
[3]) ebenda, S. 200.
[4]) G.P. 26, S. 148/49.

tig zerbrochen. Deutschland war von dem Druck der russisch-österreichischen Entente und dem vermeintlichen Zwang zur Unterstützung Wiens befreit. Oesterreich-Ungarn geriet zu mehreren Staaten in einen scharfen Gegensatz und sah sich auf die Unterstützung Deutschlands angewiesen. Die Bitte Iswolskis um deutsche Vermittlung legte die Entscheidung in deutsche Hand. Für Deutschland war der Augenblick gekommen, das Wiener Leitseil abzuwerfen und selbst wieder die Führung des Zweibundes in die Hand zu nehmen.

In der ersten Phase der bosnischen Krise war Deutschland so weitgehend in Abhängigkeit von Wien geraten, daß es die Selbständigkeit seiner Politik praktisch preisgab. In den September- und Oktobertagen des Jahres 1908 erreichte die Außenpolitik des Zweiten Reiches ihren Tiefstand. Die nach der Revaler Entrevue beschlossene Zurückhaltung Deutschlands auf dem Balkan und Unterstützung des allgemeinen Kurses der Wiener Balkanpolitik war in Ueberschätzung der Stärke der Stellung Oesterreich-Ungarns in eine kritiklose Befolgung der österreichischen Balkanpolitik ausgeschlagen, In Leitsätzen für die deutsche Presse erklärte Bülow am 7. Oktober, „in Balkanfragen sind wir Triarier". Er berief sich auf die „alte Bismarcksche Tradition" und wies daraufhin, Deutschland habe kein Interesse daran, sich in den Vordergrund zu schieben[1]). Im Unterschied zur Bülowschen Kanzlerschaft war Deutschland unter Bismarck in den Balkanfragen Triarier in eigener Sache, während es jetzt zum Triarier im österreichischen Interesse geworden war. Bismarck hatte ein offenes Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan deshalb vermeiden können, weil er die Balkanpolitik aus dem Hintergrund beherrschte. Die Fäden der Balkanpolitik waren aber Bülow schon lange aus der Hand geglitten. Kein deutscher Kanzler beherrschte mehr aus dem Hintergrund das Kräftespiel im Nahen Orient, und Bülows Bestreben, die deutsche Politik auf dem Balkan zurückzuhalten, scheiterte an der Zuspitzung der machtpolitischen Gegensätze, an seiner Sorglosigkeit und Nachlässigkeit gegenüber der Aehrenthalschen Politik und an der Oberflächlichkeit seiner außenpolitischen Führung.

Schon in den ersten Tagen der bosnischen Krise hatte sich die Gefahr gezeigt, daß der — gerade wieder einmal akute — deutsch-englische Gegensatz stark den Gang der Krise beeinflussen werde. Die Stellungnahme Englands zur Annexion ist nur aus dem Gegensatz zu Deutschland verständlich. Es konnte England gleich-

[1]) G.P. 26. S. 137.

gültig sein, ob die tatsächliche Beherrschung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn nominell und juristisch ihre Anerkennung fand. Die Entrüstung über den österreichischen „Vertragsbruch„ entsprach dem englischen cant und dem Bedürfnis, den englischen materiellen Interessen ein moralisches Mäntelchen umzuhängen. Gegenüber französischen Vertragsbrüchen in Marokko hatte sich England sehr weitherzig verhalten. Die Sympathien für die „liberalen" Jungtürken und die Befürchtung, Rußland werde im Anschluß an den Vorstoß Aehrenthals die Dardanellenfrage aufrollen, erklären die Haltung Englands nur zum Teil. Bei seinem machtpolitischen Gegensatz zu Deutschland mußte England jeder Machtzuwachs Deutschlands oder des Zweibundes unwillkommen sein. Wenn es Oesterreich-Ungarn mit deutscher Unterstützung gelang, die Annexion gegen Rußland und Serbien durchzusetzen, so bedeutete das nicht allein einen Sieg des Zweibundes und einen Prestigezuwachs Deutschlands, sondern auch eine Niederlage des englischen Bündnissystems. Dieser Gefahr wollte England begegnen und widersetzte sich daher mit aller Energie dem österreichischen Vorgehen. Iswolski hatte nicht ganz Unrecht, wenn er am 12. Oktober Mensdorff erklärte, „que l'attitude de l'Angleterre était beaucoup plus intransigeante que celle du gouvernement russe" [1]). Englang wollte Oesterreich-Ungarn treffen und meinte Deutschland. Die Donaumonarchie sah sich wegen des deutsch-englischen Gegensatzes in einer scharfen Auseinandersetzung mit England, von dem es durch keinen eigenen Interessenkonflikt getrennt war. Es wuchs die Gefahr heran, daß die bosnische Annexionserklärung bei den starken Spannungsmomenten in Europa zu einem Machtkampf zwischen Bündnisgruppen führen werde.

[1]) Oe.-U.A. 1. S. 199.

3. Kapitel.

Die deutsch-österreichischen Beziehungen in der zweiten Phase der bosnischen Krise.

Die deutsche Antwort auf das Ersuchen Iswolskis, Berlin solle die Vermittlerrolle zwischen ihm und Aehrenthal übernehmen, mußte stärksten Einfluß auf die Entwicklung der Annexionskrise nehmen. Nahm Bülow die Vermittlung an, so entschloß er sich damit für den Versuch, die Krise auf dem Wege der Verständigung beizulegen. Eine Ablehnung des Ersuchens Iswolskis bedeutete den Entschluß, die Lösung der Annexionskrise auf dem Wege einer machtpolitischen Auseinandersetzung mit der gegnerischen Mächtegruppe zu suchen.

Die Stimmung gegenüber der bosnischen Annexionserklärung war auf deutscher Seite keineswegs einhellig. Kaiser Wilhelm bezeichnete am 12. Oktober in einer scharfen Kritik das Vorgehen Aehrenthals als „Fähnrichsstreich" und empfahl ein Zusammengehen mit England [1]). Die beiden bedeutendsten deutschen Botschafter, Marschall in Konstantinopel und Metternich in London, verurteilten die Aehrenthalsche Politik. Marschall hatte am 4. Oktober die Aktion Aehrenthals „als eine beispiellose Rücksichtslosigkeit" gegen Deutschland bezeichnet [2]) und am 5. Oktober verlangt, die deutsche Zustimmung zur Annexion müsse kategorisch verweigert werden [3]). Metternich empfahl am 11. Oktober die Annahme der Vermittlerrolle. „Dadurch behalten wir den Faden in der Hand, verhüten Bruch und werden uns auch Sir E. Grey nähern, der noch sehr mißtrauisch von uns abseits steht. Bei aller Bundestreue, scheint es mir, brauchen wir doch nicht zu jedem Freiherr von Aehrenthalschen Schwank lediglich Ja und Amen zu sagen, können ihm vielmehr in seinem eigenen Interesse raten, auf die Konferenz zu gehen, auch wenn Bosnien und die Herzegowina dort behandelt wird, allerdings unter vorher abzumachenden, Oesterreich genehmen Kautelen" [4]).

Die Geneigtheit Bülows, zwischen Petersburg und Wien zu vermitteln, war sehr gering. Am 13. Oktober antwortete er Met-

---

[1]) G.P. 26, S. 154.
[2]) G.P. 26, S. 99.
[3]) G.P. 26, S. 87.
[4]) G.P. 26, S. 154/55.

ternich, Oesterreich-Ungarn halte es mit seiner Würde nicht vereinbar, wenn die bosnische Frage auf der Konferenz erörtert werde. Deutschland müsse seinem Verbündeten in dieser Auffassung zur Seite stehen. Nach deutscher Auffassung sei vorhergehende völlige Einigung Vorbedingung der Konferenz. Dann fuhr Bülow fort: „Zu Ihrer rein persönlichen Information: Ich frage mich, ob eine Konferenz wirklich unseren Interessen entsprechen würde. Wir und Oesterreich-Ungarn würden voraussichtlich von Rußland, England, Frankreich und Italien beständig überstimmt werden. An Kriegsgefahr im Orient glaube ich nicht. Rußland ist nicht in der Lage, gegen die sehr tüchtige österreichisch-ungarische Armee aufzutreten, Kriegsgeschrei Serbiens und Montenegros nicht ernst zu nehmen. Vielleicht ist es nützlicher, daß die Welt sich einige Zeit wieder intensiv mit orientalischen Fragen beschäftigt, als wenn Marokko oder gar der deutsch-englische Gegensatz im Vordergrund stehen". Es sei des Kaisers, Tirpitz' und sein aufrichtiger Wunsch, den deutsch-englischen Gegensatz zu mildern. Deutschland wolle wie England den Bestand des türkischen Reiches aufrecht erhalten. London könne die deutsche Unterstützung Oesterreich-Ungarns um so weniger verkennen, als es selbst Frankreich in der „viel zweifelhafteren Marokkofrage" unterstützt habe. Bülow erbat sich Metternichs Ansicht darüber, ob England für deutsches Entgegenkommen in der Konferenzidee sich zu Gegenleistungen in der Bagdadbahnfrage bereitfinden werde [1]).

Die Auslassungen des Kanzlers läßt die Motive seiner Haltung sichtbar werden. Auf die Anregung Iswolskis, Berlin möge zwischen Wien und Petersburg vermitteln, ging Bülow überhaupt nicht ein. Der Einberufung einer Konferenz stand er nicht allein wegen der kühlen Haltung Oesterreich-Ungarns ablehnend gegenüber. Er befürchtete, der Zweibund werde auf der Konferenz von den andern Mächten überstimmt werden. Ein zweites Algeciras wollte Bülow aber unbedingt vermeiden. Die Zurückweisung des Konferenzgedankens glaubte er umso eher verantworten zu können, als bei der augenblicklichen Schwäche der gegnerischen Machtgruppe die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung nicht bestand.

Während Bülow Rußland gegenüber jedes Entgegenkommen ablehnte, scheint er infolge der gemeinsamen deutsch-englischen Interesses an der Erhaltung der Türkei eine gewisse Annäherung zwischen London und Berlin erhofft zu haben [2]). Ob er bereit war, bei einem Gegensatze Englands zu den russischen Dardanellen-

[1]) G.P. 26, S. 155/56.

[2]) Siehe hierüber auch G.P. 26, S. 109, 122 u. 166/67.

wünschen den englischen Standpunkt zu unterstützen, sei dahingestellt. Der Vorschlag eines Tauschgeschäftes Konferenzidee — Bagdadbahn scheint nicht sehr ernst gemeint gewesen zu sein, verdient aber als Symptom Beachtung.

In ähnlich ablehnendem Sinne wie gegenüber Metternich äußerte sich Bülow am gleichen 13. Oktober zu Botschafter Szögyeny über die Konferenzidee. In Deutschland bestehe keine Neigung oder Veranlassung, „das Vorgehen unseres Verbündeten einer Kritik zu unterziehen, wohl aber der feste Wille, in Erfüllung unserer Bündnispflichten an seiner Seite zu stehen und zu bleiben. Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten, werde unser Verbündeter auf uns rechnen können". An dem Eintritt ernster Komplikationen glaube er aber nicht. Gegen die Zustimmung zu der Einberufung eines Kongresses spreche neben dem österreichischen Standpunkt auch die Gefahr, daß der Zweibund von den andern Mächten niedergestimmt werde [1]).

So stand von vornherein die Absicht Iswolskis, bei seinem Besuche in Berlin Deutschland für ein ihm genehmes Konferenzprogramm zu gewinnen, unter einem schlechten Vorzeichen. Von dem Ausgang seiner Unterredung mit Bülow hing umso mehr ab, als seine Hoffnung, in London die englische Unterstützung für die Oeffnung der Meerengen zu gewinnen, gescheitert war. Schon am 6. Oktober hatte der englische Botschafter in Paris erklärt, es erscheine der englischen Regierung „most undesirable", eine Konferenz vorzuschlagen, wenn nicht eine vorhergehende Verständigung über die Programmpunkte und ihre Regelung erzielt worden sei. Der Botschafter ließ durchblicken, daß eine Behandlung der Meerengenfrage auf der Konferenz England unerwünscht sei [2]). Iswolski übte auf Grey und Hardinge den stärksten Druck aus, um sie zu einem Nachgeben in der Dardanellenfrage zu veranlassen. Er richtete einen „very earnest personal appeal" an die englischen Staatsmänner: wenn er ohne Erfolg nach Hause zurückkehre, würden er und Stolypin gestürzt und durch Reaktionäre ersetzt werden. Damit entstünde eine ernsthafte Gefahr für die englisch-russische Entente. Trotzdem lehnte das englische Kabinett die Vorschläge Iswolskis in der Meerengenfrage ab. Der russische Außenminister nahm die Ablehnung „with great dejection" auf. „He went away thoroughly miserable" [3]). Nach diesem Mißerfolg mußte Iswolski umso größeres Gewicht auf den Zusammentritt der

[1]) G.P. 26, S. 160/62.
[2]) B.d. 5, S. 410.
[3]) ebenda, S. 434/35.

Konferenz und damit auf eine zustimmende Haltung Deutschlands legen. Am 12. Oktober erklärte er Metternich, er wolle mit Oesterreich in Frieden leben. Es liege ihm fern, in London ein gegen Wien oder gar gegen Deutschland gerichtetes Komplott zustande zu bringen. Er hoffe auf deutsche Mitarbeit bei der Lösung der schwebenden Fragen [1]). Dem deutschen Botschafter in Paris, Fürst Radolin, sagte er am 17. Oktober, er müsse weitere persönliche Unterhaltungen mit Aehrenthal ablehnen, die fernerhin über Berlin gehen müßten. Sein Londoner Besuch habe keinesfalls darauf hingezielt, eine gegen Deutschland gerichtete Gruppierung zu schaffen. Es sei sein dringender Wunsch, mit Deutschland auf dem freundschaftlichsten Fuß zu stehen. „Er gehe jetzt nach Berlin und hege die feste Zuversicht, daß Fürst Bülow als der „einzige wahre Arbiter der Situation", von dem allein eine friedliche und für alle Teile befriedigende Lösung abhänge, das Gewicht der Gerechtigkeit und der Unparteilichkeit in die Waagschale legen werde". Er schloß seine Ausführungen mit der Drohung, „es würde von unabsehbaren Folgen sein, wenn Deutschland sich Oesterreich zuliebe von der Teilnahme an der Konferenz enthalten wolle". Deutschland könnte doch kein Interesse daran haben, Rußland zu demütigen [2]).

Die Frage, Konferenz oder keine Konferenz?, beherrschte nur den Vordergrund des diplomatischen Spiels. In Wirklichkeit drehte es sich um die Frage, ob Oesterreich-Ungarn und damit bei der Zuspitzung der weltpolitischen Gegensätze auch Deutschland vor das Forum einer internationalen Konferenz gezwungen werden konnte. Am 12. Oktober charakterisierte der deutsche Geschäftsträger die Petersburger Stimmung dahin, man hoffe, mit Hilfe Englands ein tüchtiges Strafgericht gegen Aehrenthal abzuhalten. Deutschland solle nach russischer Auffassung wenn möglich den Haftbefehl vollstrecken [3]). Das russische Prestige verlange die sofortige Einberufung einer Konferenz „Schlag auf Schlag nach dem Vorgehen des Freiherrn von Aehrenthal" [4]). Am 15. Oktober erklärte Iswolski in den „Times", „Oesterreich-Ungarn müsse sich dem Urteil Europas vor einer Konferenz unterwerfen" [5]), nachdem er am 5. Oktober gegenüber dem französischen Außenminister Pichon geäußert hatte, Oesterreich würde auf der Konferenz „the

---

[1]) G.P. 26, S. 157.
[2]) ebenda, S. 180/81.
[3]) ebenda, S. 172.
[4]) ebenda, S. 170.
[5]) ebenda, S. 173.

party accused of a breach of treaty engagement" sein [1]). Auch Hardinge konnte sich nicht dem Eindruck entziehen, daß Iswolski im Grunde genommen der Welt zeigen wolle, daß er nicht völlig von Aehrenthal hinters Licht geführt worden sei. Er trage selbst große Schuld an dem Gang der Ereignisse auf dem Balkan. Trotzdem hielt Hardinge an dem Bundesgenossen fest. England war schon so eng mit Rußland verbunden, daß es durch eine russische Niederlage in Mitleidenschaft gezogen werden mußte. Hardinge erklärte deshalb, „we must do our best to support him (Iswolski), such as he is" [2]). Auf denselben Standpunkt einer Unterstützung Rußlands aus bundespolitischen Rücksichten stellte sich Grey am 27. Oktober. Das „Geschrei" Serbiens und Montenegros nach territorialer Entschädigung errege bei ihm keine große Sympathie. „But I do not want to cold-shoulder Iswolsky on the Servian question, if the Russians are keen about it, and I will do my best to support him" [3]).

In Deutschland verkannte man nicht, daß das Festhalten Iswolskis an dem Bündnis mit England trotz der englischen Absage an die russischen Wünsche in der Meerengenfrage das deutlichste Bekenntnis zu der dem Zweibund gegenüberstehenden Machtgruppe war. Metternich berichtete, Iswolski sei ganz in englischem Fahrwasser. Er werde Bülow zwar die schönsten Redensarten machen, tatsächlich aber mit England gehen [4]). Man bezeigte in Deutschland gar keine Neigung, die von Iswolski nach wochenlangen Verhandlungen mit Paris und London getroffenen Abmachungen anzunehmen und ihm dadurch zu einem Erfolg zu verhelfen. „Der Kerl (Iswolski) muß ordentlich geduckt werden" [5]) schrieb Kaiser Wilhelm, während Bülow erklärte, es bestünde für Deutschland keine Veranlassung, „Herrn Iswolski aus dem Sumpfe zu befreien, in den er sich selbst hineingeritten hat" [6]). Am treffendsten gibt vielleicht eine Schlußbemerkung des Kaisers zu einem Berichte des deutschen Geschäftsträgers in Petersburg die deutsche Stimmung wieder. „Iswolski ist ... durch Aehrenthal mehrfach gründlich gepritscht worden und kommt sich gänzlich blamiert vor. Er fährt seit Monaten in ganz Europa — exclusive Deutschland — umher, um sein face den Russen gegenüber zu retten, und mit

[1]) B.D. 5. S. 392.
[2]) ebenda. S. 434.
[3]) ebenda, S. 470.
[4]) G.P. 26, S. 195.
[5]) ebenda, S. 200.
[6]) ebenda S. 201.

irgend einem Erfolge nach Hause zu kommen. Das soll nun die Konferenz sein. Und wie gewöhnlich sollen wir ganz gutmütig den von ihm mit London und Paris — ohne uns zu fragen — getroffenen Abmachungen über die Welt einfach zustimmen. Das tue ich ganz bestimmt nicht. Iswolski hat sich persönlich, in seiner Politik, in seiner Presse in den letzten eineinhalb Jahren dergestalt unerhört gegen mich und mein Land benommen, daß er mal feste geduckt werden und eins auf den Kasten bekommen muß. Ich bin gegen die Konferenz, weil ... dieselbe schließlich doch in einem Zusammenschluß der andern Mächte gegen uns endigt. Für Oesterreich ist es auch besser, nicht hinzugehen, um nicht den Schein zu erwecken, daß über dasselbe zu Gericht gesessen werden soll" [1]). Der Vortragende Rat Zimmermann wies in einer Aufzeichnung für die Unterredung mit Iswolski darauf hin, Deutschland habe Rußland gegenüber während des Krieges mit Japan und während der Revolution eine sehr freundschaftliche Haltung eingenommen. Zum Dank habe Rußland in der Marokkofrage Frankreich unterstützt und sich unter Iswolskis Außenministerschaft ganz in das englisch-französische Fahrwasser begeben. Auch in der bosnischen Krise habe Iswolski es nicht für angezeigt gehalten, „zunächst mit dem Bundesgenossen und Freunde der beiden hauptbeteiligten Mächte Fühlung zu nehmen. .. Hiernach dürfte es kaum angezeigt erscheinen, daß wir mit Empressement seiner Zumutung begegnen, unseren Freunden, Oesterreich-Ungarn und der Türkei, ein Programm annehmbar zu machen, das deren Interessen direkt widerspricht" [2]).

Unter diesen Umständen endete der Berliner Besuch Iswolskis am 24./26. Oktober mit einem Mißerfolg. Der Kaiser sprach überhaupt nicht mit ihm über politische Fragen, und Bülow lehnte es ab, im Sinne der Iswolskischen Anregung „auf Oesterreich-Ungarn zu drücken, daß es die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina vor die Konferenz bringe und in territoriale Kompensationen für Serbien und Montenegro einwillige" [3]).

Mit dieser Weigerung Bülows war der Konferenzgedanke praktisch gescheitert. Die bosnische Krise war zu einem klaren Machtkampf zwischen der Entente und dem Zweibund ausgewachsen.

Der Ablehnung des Ersuchens Iswolskis, auf Wien einen Druck auszuüben, wird man die Berechtigung nicht versagen können. Die

[1]) G.P. 26, S. 172.
[2]) ebenda, S. 196/97.
[3]) ebenda, S. 209.

Annexionskrise war zu einer Prestigefrage zwischen den beiden gegnerischen Bündnissystemen geworden, und ein Nachgeben Deutschlands oder Oesterreich-Ungarns wäre zu einer Niederlage des Zweibundes gestempelt worden. Hätte sich der Zweibund auf einer Konferenz gestellt, so wäre es nach menschlichem Ermessen zu einer Wiederholung der Algeciraskonstellation gekommen. Bei der Zuspitzung der weltpolitischen Lage durfte sich Deutschland aber nicht der Gefahr einer großen diplomatischen Niederlage aussetzen. Zudem ließ die russische Reaktion auf die deutsche Unterstützung während des japanischen Krieges und der Revolution und die anglophile Tendenz Iswolskis die Hoffnung auf einen Kurswechsel der russischen Politik als Rückwirkung einer Unterstützung ihres Standpunktes in der Konferenzfrage nicht sehr wahrscheinlich werden.

Der Schwerpunkt der Annexionskrise war von Wien nach Berlin gewandert. Deutschland hatte im Kampf gegen den von der Entente gewünschten modus der Beilegung der bosnischen Krise die Führung übernommen. Oesterreich-Ungarn sah sich allein auf die deutsche Unterstützung angewiesen. Nicht nur standen Rußland und England in tiefem Gegensatz zur Wiener Politik, auch Italien murrte. Frankreich verhielt sich zwar nicht unfreundlich und wollte — wie Pichon erklärte — „le groupement des puissances" vermeiden [1]). Aber in aktiver Hinsicht konnte Oesterreich-Ungarn nur auf Deutschland zählen. Umso überraschender berührt es, daß man in Berlin glaubte, trotz der Schwäche der österreichischen Stellung um das Vertrauen Wiens werben und jeden Schritt der österreichischen Politik billigen zu müssen. Deutschland machte kaum einen Versuch, die Politik Aehrenthals stärker zu beeinflussen, eine Haltung, die sich aus dem Wunsche Bülows nach einem geschlossenen Auftreten des Zweibundes erklärt. Aber statt dieses geschlossenen Auftretens durch deutsche Führung und Beeinflussung Oesterreich-Ungarns zu erzielen, bekannte sich der Kanzler zu einer Unterstützung der Aehrenthalschen Politik. Diese Einstellung hatte natürlich zur Folge, daß Deutschland nicht die klare Führung der Politik des Zweibundes in der Krise zufiel, sondern es sich immer in einer gewissen Abhängigkeit von Oesterreich-Ungarn befand. Der tiefere Grund für die Nichtausnutzung der günstigen Lage Deutschlands gegenüber Oesterreich-Ungarns dürfte darin zu suchen sein, daß Bülow sich persönlich nicht zutraute, den deutschen Führungsanspruch gegenüber Aehrenthal durchzusetzen.

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 241.

Eine besonders auffällige Treueerklärung gab Kaiser Wilhelm am 21. Oktober gegenüber Szögyeny ab. Er erinnerte den Botschafter an eine Unterhaltung im November 1895, bei der er erklärt habe, „Kaiser Franz Josef sei kaiserlicher Feldmarschall und demzufolge habe er nur zu befehlen, die ganze preußische Armee werde seinem Kommando folgen. Er stehe heute auf demselben Standpunkt; er sei zwar überzeugt, daß es zu keiner kriegerischen Komplikation kommen werde, doch lege er großes Gewicht darauf, gerade im jetzigen Augenblick neuerdings zu betonen, daß, wenn es dennoch gegen die Erwartung zu einem Kriege kommen sollte, er mit wahrer Passion seinen Bündnisverpflichtungen, wie er dieselben auffasse, nachkommen würde. Dies sei übrigens die Auffassung der ganzen öffentlichen Meinung in Deutschland, welche zwar in hohem Grade friedlich gesinnt wäre, aber wenn notwendig, auch vor einem Kriege nicht zurückschrecken würde“ [1]).

Die Rücksichtnahme Bülows auf Oesterreich-Ungarn nahm gelegentlich grotesken Ausdruck an. Als Friedjung am 28. Oktober in der „Vossischen Zeitung“ schrieb, die Erbitterung Englands gegen Oesterreich sei nur die Folge von Cronberg, erklärte Bülow, diese „Insinuation“ sei „perfide und unbequem. Wir dürfen aber jetzt unter keinen Umständen in eine Pressefehde mit Wien eintreten! Es wäre der größte Fehler, den wir jetzt machen könnten. Wir würden dadurch Oesterreich demoralisieren und womöglich abstoßen, die Entente der Westmächte mit Rußland und Italien aber noch fester schmieden“. Auf alle der Regierung zugänglichen Blätter solle eingewirkt werden, daß sie „jede solche Polemik und womöglich auch die akademischen Betrachtungen über Wert und Unwert unserer Allianz mit Oesterreich unterlassen“ [2]).

Am weitesten ging Bülow in seiner Unterstützung der österreichischen Politik, als er Aehrenthal gegenüber Serbien freie Hand versprach. Schon am 16. Oktober hatte Kaiser Wilhelm zu dem Legationssekretär Graf Hoyos geäußert, die Serben sollten sich ruhig verhalten, um nicht Gefahr zu laufen, von Oesterreich-Ungarn und Bulgarien über den Haufen geworfen zu werden. „Sie können ja Serbien den Bulgaren ganz überlassen, dann sind Sie wenigstens den lästigen Nachbar ein für allemal los“ [3]). Viel größeres Gewicht als dieser Gesprächsäußerung Kaiser Wilhelms fiel der Stellungnahme Bülows in seinem Privatbrief an Aehrenthal vom 30. Oktober zu. „Durch Herrn von Schoen weiß ich“, schrieb der Kanz-

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 278.
[2]) G.P. 26, S. 222.
[3]) Oe.-U.A. 1, S. 226.

ler, „daß Ihnen nach und nach Zweifel darüber aufgestiegen sind, ob die jetzigen unappetitlichen Zustände in Serbien auf die Dauer haltbar sein werden. Ich habe überhaupt Vertrauen zu Ihrem Urteil, in diesem speziellen Falle sage ich mir noch außerdem, daß Sie die serbischen und die damit zusammenhängenden Verhältnisse genauer beurteilen können wie ich aus der Ferne. Ich werde daher die Entscheidung, zu der Sie schließlich gelangen werden, als die durch die Verhältnisse gebotene ansehen“ [1]). Die Erklärung des Kanzlers wiegt um so schwerer, als er wissen mußte, daß eine mächtige Gruppe in Wien auf einen Präventivkrieg mit Serbien hinarbeitete. Die Begründung für die Einstellung Bülows zu der serbischen Frage finden wir in zwei Bemerkungen des Kanzlers vom 24. und 27. Oktober. Deutschland habe sich, so erklärte er in einem Erlaß an Tschirschky vom 24. Oktober, in die serbische Frage „schon aus dem Grunde in keiner Weise einzumischen, weil es sich dabei um ein Internum der habsburgischen Monarchie handelt“. Drei Tage später bemerkte Bülow in einem Immediatschreiben, Deutschland dürfe „die in Rede stehenden österreichischen Absichten weder lähmen noch besonders ermutigen, da uns beides Mißtrauen und Verdächtigungen aussetzen könnte. Wir tun auch gut, kein besonderes Interesse für sie zu zeigen, vielmehr ruhig abzuwarten, bis die Früchte reifen. Inzwischen müssen wir Oesterreich-Ungarn durch eine ruhig freundliche und feste Haltung immer mehr Vertrauen zu uns einflössen“ [2]). Die Behauptung Bülows, bei der serbischen Frage handle es sich „um ein Internum der habsburgischen Monarchie“, war vollkommen abwegig, wie der Ausbruch des Weltkrieges zur Genüge bewiesen hat. Der Grund für die Ausstellung der Blankovollmacht gegenüber Serbien dürfte in der oben charakterisierten Schwäche Bülows gegenüber der österreichischen Politik und in seiner Einstellung, im Interesse eines geschlossenen Auftretens des Zweibundes die Aehrenthalsche Politik zu unterstützen, zu suchen sein. Die Ueberlegung, bei einer Zuspitzung des österreichisch-serbischen Konfliktes werde Rußland „von seiner angemaßten Höhe heruntersteigen und seinem Vasallen Serbien zu Ruhe verweisen“ [3]), dürfte Bülow die Zustimmung zu dem Vorhaben Aehrenthals ebenso erleichtert haben, wie die Gewißheit, daß Rußland wegen seiner Schwäche einer Komplikation der Gegensätze ausweichen werde.

Während Bülow in Nichtausnutzung der Schwäche der österreichischen Stellung weiter an dem Standpunkt festhielt, „wir tun

[1]) G.P. 26 S. 227.
[2]) G.P. 26, S. 28, Anm.
[3]) Schoen, S. 77.

auf dem Balkan nur, was Oesterreich recht ist und erwünscht", wandte sich der Schwerpunkt der Krise der Gestaltung des deutsch-russischen Verhältnisses zu. Bülow instruierte am 27. Oktober in einer Anweisung nach Petersburg die deutsche Botschaft dahin, bei Klagen Iswolskis über die deutsche Haltung zu entgegnen, Deutschland habe Oesterreich nicht preisgeben können, nachdem Rußland sich seit Reval demonstrativ an England angeschlossen hatte. „Dadurch war die europäische Lage so verschoben, daß wir für russische Wünsche spröder werden mußten, wie wir es sonst gewesen wären ... Die russische Politik wirft sich England ostentativ in die Arme, das an allen russischen Krisen und Niederlagen gen seit fünf Jahren die Hauptschuld trägt; sie vernachlässigt Deutschland, das unter Gefährdung seiner eigenen Sicherheit und trotz dem Geschrei aller europäischen Radikalen Rußlands treu zur Seite stand. En étonnant le monds par son ingratitude vis-à-vis de l'Allemagne, hat Rußland nur seine eigene Stellung geschwächt" [1]).

Auf der Grundlage dieser Instruktion setzten die Versuche des Petersburger Botschafters Pourtalès ein, Rußland von der Entente mit England abzuziehen. Dieser Gedanke wurde für Deutschland immer mehr zum Kernpunkt der ganzen Krise. Ständig kehrten in den Unterredungen Pourtalès' mit Iswolski folgende Argumente wieder: „wir hätten den Wunsch, mit Rußland auf bestem Fuße zu stehen, und hätten diesen Wunsch stets treu behandelt. Wenn jetzt eine nicht zu leugnende Entfremdung zwischen uns eingetreten sei, so trügen wir daran keine Schuld. Die Wege Rußlands und Deutschlands hätten sich einander nach dem japanischen Kriege und nach der Revolution sehr genähert, wären aber seitdem leider wieder weit auseinandergegangen". Die Schuld daran trage die Annäherung Rußlands an England. Man hätte gerade in den rußlandfreundlichen Kreisen Deutschlands „eine andere Vergeltung von Seiten Rußlands für unsere Haltung während des unglücklichen Krieges und der Revolution erwartet. Liege Herrn Iswolski wirklich an einem guten Verhältnis mit Deutschland, so müsse er eine gute Strecke Weges in seiner Politik wieder zurückgehen, bis es ihm gelinge, das Vertrauen, das er in Deutschland verloren habe, wieder zu gewinnen" [2]). Pourtalès nahm auch keinen Abstand, es in vertraulichen Gesprächen „als besonders bedauerlich zu bezeichnen, daß Herr Iswolski, indem er uns nötigte, zu einem mit seinen englischen und französischen Freunden vereinbarte, für unseren Verbündeten unannehmbaren Konferenzprogramm Stellung zu nehmen,

[1]) G.P. 26, S. 217.
[2]) G.P. 26, S. 323/24.

uns die Möglichkeit entzogen hat, zwischen dem russischen und dem österreichisch-ungarischen Standpunkt zu vermitteln“ [1]).

Auf deutscher Seite wollte man durch eine entschiedene Haltung in der Konferenzfrage Iswolski zur Besinnung bringen und ihm klarmachen, daß er ohne Aenderung seiner Stellungnahme gegenüber Deutschland nicht mit einem Entgegenkommen Berlins rechnen könne. Der deutsche Gedanke ging unausgesprochen darauf hinaus, Iswolski zu einer Lockerung der Entente mit England zu bewegen und ihm als Gegenleistung die guten Dienste Deutschlands zur Beilegung der Krise anzubieten.

Iswolski hielt aber an der Entente mit England fest. Auch ein deutsches Entgegenkommen in der Meerengenfrage konnte ihn in seiner ablehnenden Haltung nicht irre machen. Schon bei Iswolskis Besuch in Berlin zu Ende Oktober hatte Bülow zu ihm geäußert, Deutschland wolle die russische Meerengenpolitik nicht bekämpfen, könne sie aber bei der bestehenden Gruppierung der Mächte keinesfalls aktiv durch Druck auf andere Mächte fördern [2]). Auf Initiative Kaiser Wilhelms erklärte Kapitän von Hintze am 19. Dezember dem Zaren, Deutschland würde gerne die russischen Wünsche bezüglich der Meerengen unterstützen [3]). Der Zar antwortete dem Kaiser am 28. Dezember, es sei jetzt nicht der Augenblick, die Meerengenfrage in Angriff zu nehmen [4]).

Je geringer die Hoffnung auf ein Entgegenkommen Iswolskis wurde, desto unnachgiebiger wurde die Haltung Deutschlands in der Konferenzfrage. Rußland sollte vor die Gefahr einer großen diplomatischen Niederlage gestellt und dadurch zum Einlenken bewogen werden. Besonders der Gesandte v. Kiderlen-Wächter vertrat den Gedanken eines rücksichtslosen Durchstehens der Krise als Machtkampf gegen das gegnerische Bündnissystem. Kiderlen war am 7. November dem Auswärtigen Amt zugeteilt worden und gewann rasch maßgebenden Einfluß, da Bülow durch den Daily Telegraph-Zwischenfall und seine Nachwehen stärkstens in Anspruch genommen war. Es ist von nun an nicht immer leicht, die Grundlinien der deutschen Politik zu erkennen, da die verschiedensten Richtungen nebeneinanderliefen. Während Kiderlen sich zu den oben geschilderten Gedanken bekannte, nahm Schoen einen weniger schroffen Standpunkt ein. Schoen vertrat mehr den Gedanken einer Demonstration des deutsch-österreichischen Zusammenhaltes nach außen hin und fürchtete immer noch in völliger

[1]) G.P. 26, S. 299.
[2]) ebenda, S. 227.
[3]) ebenda, S. 380.
[4]) ebenda, S. 387.

Verkennung der Lage, Oesterreich-Ungarn könnte sich von Deutschland trennen. Als am 30. November der deutsche Botschafter in Rom der Befürchtung Ausdruck verlieh, das gegenwärtige italienische Kabinett werde zurücktreten und die neue Regierung eine andere Orientierung der Balkanpolitik einleiten, bemerkt Schoen: „Um so fester müssen wir zu Aehrenthal stehen. Sollte er den Eindruck gewinnen, daß wir wankend werden, so würde dies ihn ziemlich sicher veranlassen, mit fliegenden Fahnen in das russische Lager überzugehen, und damit würde die Koalition Rußland—Frankreich—England wesentlich gestärkt werden“ [1]). Bülow seinerseits vertrat eine Anschauung, die sich etwa zwischen der von Kiderlen und Schoen hielt.

Die Versteifung der deutschen Haltung fand im Schriftverkehr des Auswärtigen Amts kennzeichnenden Ausdruck. Als die englische Regierung eine Demarche der Großmächte in Wien wegen serbischer Beschwerden über österreichische Grenzverletzungen usw. anregte, erklärte Kiderlen am 22. November, „wir machen unter gar keinen Umständen die englische Demarche mit“ [2]), die daraufhin unterblieb. Gegen Ende November wurde die Stellung Aehrenthals wegen des erfolgreichen türkischen Boykotts gegen österreichische Waren und der unbefriedigenden außenpolitischen Lage schwierig. Bülow wünschte aber keinen Außenministerwechsel in Oesterreich-Ungarn, da die Entente es als Schwäche ausgelegt hätte, und bemerkte am 22. November: „Ein Rücktritt von Aehrenthal in diesem Augenblick und als Folge der von ihm eingeschlagenen Orientpolitik wäre für uns direktschädlich. Wir müssen Aehrenthal nach Kräften halten“ [3]). Tschirschky ergriff in Wien bei Unterredungen mit Aehrenthal „jede Gelegenheit, um ihn den Rücken zu stärken“ [4]). Um ein verfrühtes „Weichwerden“ Aehrenthals zu verhindern, ließ das Auswärtige Amt gewisse Aeußerungen nicht nach Wien gelangen. Als Pourtalès am 11. Dezember berichtete, Iswolski habe ihm erklärt, mit Aehrenthal sei eine Verständigung unmöglich, bemerkte der Kanzler: „Letzteres würde ich nicht an Aehrenthal gelangen lassen, damit er nicht, um das Gegenteil zu beweisen, gegenüber Rußland zu weich

---

[1]) G.P. 26, S. 454.

[2]) G.P. 26, S. 276/77.

[3]) G.P. 26, S. 446.

[4]) G.P. 26, S. 451.

wird“ [1]). In ähnlichem Sinn schrieb Kiderlen am 8. Dezember, es wäre seines Erachtens nur dann nützlich, „nach Wien die Mendelssohnsche Mitteilung von Rußlands Friedfertigkeit aus Anleiherücksichten zu geben, wenn wir gleichzeitig den Baron Aehrenthal erneut und eingehend auf die ihm von Seiten der Türkei und der dortigen englischen Machenschaften drohenden Gefahren hinweisen“ [2]).

Die deutsche Auffassung über die Hintergründe der Haltung Deutschlands in der bosnischen Krise tritt besonders kennzeichnend in drei Auslassungen Bülows, Kiderlens und Pourtalès' zu Tage. Letzterer schrieb am 9. Dezember an den Kanzler, es handle sich bei der bosnischen Krise „eventuell um nichts geringeres als um die Großmachtstellung Deutschlands in Europa. Wird Oesterreich-Ungarn und mit ihm Deutschland durch die Gruppe, die England zu bilden bestrebt ist, zum Knien gebracht, dann ist das Ziel der Delcassé'schen Politik erreicht. Dann wird Deutschland-Oesterreich bei jeder auftauchenden europäischen Frage überstimmt und gelangt in ein inferiores Verhältnis in Europa, aus welchem schließlich keine Rettung mehr als ein Krieg bleibt“. Siege dagegen der österreichisch-deutsche Standpunkt oder werde durch eine Vermittlung unter Mitwirkung Deutschlands ein Weg gefunden, der es Oesterreich-Ungarn ermögliche, ohne Aufgabe seines prinzipiellen Standpunktes Rußland einen Schritt entgegenzukommen, dann eröffne sich die Möglichkeit, daß Mächte wie Rußland und die Türkei zur Besinnung kämen und sich in eigenem Interesse der stärkeren Gruppe anschlössen. „Das feste Eintreten Oesterreich-Ungarns (sicher verschrieben für „für Oesterreich-Ungarn“) hat daher nicht, wie einige politische Kannegießer in Deutschland, den Zeitungen nach, zu besorgen scheinen, das in Gefahr-Bringen der Knochen des berühmten pommerschen Grenadiers für Bosnien und die Herzegowina, sondern eventuell für ganz andere Interessen im Auge“ [3]).

Bülow selbst führte am 12. Dezember in einem Erlaß an Tschirschky aus, da „das nach innen und außen geschwächte, geldbedürftige Rußland unter der sich gegen uns und unsere Verbündeten bildenden Gruppe jedenfalls die beste diplomatische Angriffsfläche bietet, dürfte Festigkeit ihm gegenüber die richtige Politik sein“. Rußland müsse zu der Ueberzeugung gelangen, daß es durch seine ausschließliche Anlehnung an England und seine unfreund-

[1]) G.P. 26, S. 320.
[2]) ebenda, S. 458.
[3]) ebenda, S. 322/23.

liche Haltung gegenüber dem Zweibund nicht aus den Schwierigkeiten herauskommen, sondern immer tiefer in sie hineingerate. „Wenn den Russen diese Erkenntnis aufgeht, so wird daraus für künftige gute Beziehungen zu Rußland mehr Nutzen erwachsen, als wenn wir jetzt Herrn Iswolski durch Nachgiebigkeit aus seiner schwierigen Situation herauslassen". Eine kriegerische Aktion von russischer Seite sei nicht zu befürchten [1]).

Kiderlens Einstellung wird aus einem von ihm verfaßten Briefe Bülows vom 14. Dezember an den deutschen Botschafter in Rom ersichtlich. Deutschland habe Oesterreich-Ungarn unterstützen müssen, als es nach der Annexionserklärung von der gegnerischen Bündnisgruppe angegriffen wurde. „Taten wir es nicht, so mußte Oesterreich zurückweichen. Wir hätten uns dann aber gleich darauf derselben Gruppe, die Oesterreich gedemütigt hatte, allein gegenüber befunden. Wir wären dann demselben Schicksal verfallen, das wir vorher unserem Bundesgenossen bereitet hätten". Aehrenthals Sturz und seine Ersetzung durch eine andere Persönlichkeit bedeute in der jetzigen Lage ein Zurückweichen Oesterreichs von der Politik der letzten Monate. „Das wäre eine Demütigung Oesterreichs vor der uns feindlichen Gruppierung. Ein Rückzug Oesterreichs von der Politik, in der wir es bisher unterstützt haben, wäre unser Rückzug, seine Demütigung unsere Demütigung". Damit Oesterreich durchhalte, müsse Deutschland ihm den Rücken stärken. Die italienische Gefahr dürfe Wien nicht in zu grellen Farben geschildert werden [2]).

Seit November machte sich im Schriftverkehr zwischen Berlin und Wien eine ruhigere Haltung Deutschlands gegenüber seinem Bundesgenossen bemerkbar. Wie weit das auf den Einfluß Kiderlens (der Aehrenthal gegenüber eine selbständigere Haltung als Bülow und Schoen einnahm [3])), zurückging, sei dahingestellt. Das Andauern der Spannung zwischen Oesterreich und der Türkei war Deutschland sehr ungelegen, weil dadurch die österreichische Politik in neue Gegensätze verstrickt und die deutsche Stellung am Goldenen Horn in Mitleidenschaft gezogen wurde. Diese Gründe veranlaßten Deutschland im November, seinen Einfluß in Konstantinopel und Wien in vermittelndem Sinne geltend zu machen. Kiderlen erklärte am 15. November Szögyeny, die österreichisch-türkischen Verhandlungen würden bedeutend erleichtert werden, wenn Aehrenthal den Türken wirtschaftliche Zugeständnisse in Aussicht

[1]) G.P. 26. S. 516/17.
[2]) G.P. 26. S. 337.
[3]) G.P. 26. S. 458/59.

stelle [1]). Tschirschky gab am 30. November dem österreichischen Außenminister zu verstehen, daß eine ostentative Abreise des österreichischen Botschafters in Konstantinopel nicht opportun sei [2]). Am 12. Dezember empfahl Bülow Aehrenthal, sich gegenüber der Türkei in Geldfragen „kulant" zu zeigen [3]). Aehrenthal versicherte, daß er „in der Geldfrage nicht knausern werde" [4]). Das deutsche Drängen auf Verständigung mit der Türkei trug wirksam dazu bei, daß am 10. Januar eine prinzipielle Verständigung zwischen Wien und Konstantinopel über eine österreichische Entschädigungszahlung von zweieinhalb Millionen türkische Pfund geschlossen und damit die Spannung zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei beigelegt wurde. Selbst Iswolski und Grey erkannten an, daß die österreichisch-türkische Einigung großenteils der mäßigenden Einflußnahme Deutschlands in Wien zu verdanken war [5]).

Oesterreich-Ungarn legte in der Annexionskrise großen Wert darauf, wenigstens mit einer Macht der Tripelentente Fühlung zu behalten und die Fäden zu der gegnerischen Machtgruppe nicht ganz abreißen zu lassen. Da Frankreich sich in der Krise sehr zurückhielt, schien sich die Möglichkeit der Herstellung eines österreichisch-französischen Einvernehmens anzubahnen. Pichon erklärte am 17. Oktober dem österreichischen Botschafter, „sachez bien que y'ai le désir de vous être agréable et que je ne m'associerai à aucune politique qui pourrait vous paraître nuisible" [6]). Die Beziehungen zwischen Wien und Paris entwickelten sich in sehr freundschaftlicher Weise [7]). Anfang November ergab sich für Aehrenthal eine Möglichkeit, das gute Einvernehmen mit Frankreich zu verfestigen. Anläßlich des Casablanca-Zwischenfalles hatten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erneut zugespitzt. Botschafter Khevenhüller bat, bei dem in Bälde erwarteten Besuch Kaiser Wilhelms in Wien diesen darauf aufmerksam zu machen, daß die Forderung der Auslieferung der deutschen desertierten Fremdenlegionäre und Entschuldigung für die Mißhandlungen zweier deutscher Konsulatsbeamter imstände wäre, den Frieden zu gefährden [8]). In der Tat sprach Kaiser Franz Josef

[1]) Oe.-U.A. 1, S. 453 .
[2]) G.P. 26, S. 453.
[3]) G.P. 26. S. 517.
[4]) G.P. 26, S. 519.
[5]) B.D. 5, S. 599 und 607.
[6]) Oe.-U.A. 1, S. 241.
[7]) Oe.-U.A. 1, S. 273/75, S. 280, S. 292.
[8]) Oe.-U.A. 1, S. 382.

bei seiner Unterredung mit dem deutschen Kaiser am 6. November „in sehr dringlicher Weise die inständige Bitte" aus, Berlin „möge sein Möglichstes tun, um in der Casablanca-Affaire zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen" [1]). Bald nach der Kaiserzusammenkunft wurde der Casablanca-Zwischenfall beigelegt und Khevenhüller konnte den französischen Dank für die österreichische Vermittlung entgegennehmen [2]). Aehrenthal begrüßte die Beilegung des marokkanischen Zwischenfalls wegen ihrer günstigen Rückwirkung auf die österreichisch-französischen Beziehungen außerordentlich. Er schrieb Khevenhüller am 19. November, die Herstellung vertrauensvollerer Beziehungen zu Frankreich erfülle ihn mit hoher Befriedigung. Damit sei er einem ihm vorschwebenden Ziele der österreichischen Politik nähergekommen [3]). Aehrenthal glaubte, nun die guten Dienste Frankreichs in Anspruch nehmen zu können und streckte Ende November einen Fühler vor, ob Frankreich wegen des türkischen Boykotts gegen österreichische Waren intervenieren wolle [4]). Am 29. November erteilte der französische Botschafter in Wien auf diese Fühlungnahme eine Absage, die Aehrenthal zu der Aeußerung veranlaßte, er habe angesichts des österreichischen guten Dienstes in der Casablanca-Frage ein größeres Entgegenkommen Frankreichs erwartet [5]). Die abweisende Haltung der französischen Regierung ging Aehrenthal sehr nahe, da er sich „von der wärmeren Stimmung, die in Paris Oesterreich-Ungarn gegenüber zu herrschen schien, und die er nach Möglichkeit gepflegt hat, viel versprochen hatte" [6]).

Der Versuch Aehrenthals, mit einem Staate der gegnerischen Machtgruppe in nähere Verbindung zu treten, um den Gegensatz zwischen der Tripelentente und Oesterreich-Ungarn nicht zu groß werden zu lassen und einer allzu starken Festlegung auf Deutschland vorzubeugen, war an der Verfestigung des Gegensatzes der europäischen Mächtegruppen gescheitert.

Auch im Jahre 1909 hielt Deutschland an seiner unversöhnlichen Haltung fest und zeigte keine Neigung, Rußland entgegenzukommen. Als der Zar in seinem Neujahrsschreiben an Kaiser Wilhelm diesen im Interesse des europäischen Friedens um Einwirkung auf Wien im Sinne einer friedlichen Haltung gegenüber Ser-

[1]) G.P. 26; S. 242
[2]) Oe.-U.A. 1 S. 419.
[3]) ebenda, S. 478.
[4]) ebenda, S. 500.
[5]) Oe.-U.A. 1, S. 527/28.
[6]) G.P. 26, S. 451.

bien bat [1]), lehnte Kaiser Wilhelm dies ab und wies zur Begründung der deutschen Haltung in der bosnischen Krise auf die Bundespflicht gegenüber Oesterreich-Ungarn, auf die russisch-englische Annäherung und die russische Behandlung des Konferenzprogrammes hin [2]).

Trotz dieser erneuten Absage Deutschlands setzte Iswolski seine Bemühungen, Berlin zu einer versöhnlicheren Haltung zu bestimmen, fort. Am 15. Januar führte er gegenüber Pourtalès aus, die orientalische Frage könne überhaupt nicht anders als durch einen Konflikt gelöst werden. Diesen Konflikt auf weite Zeit hinausgerückt zu haben, sei das Verdienst der Mürzsteger Entente gewesen. Aehrenthal habe diese Entente zerstört und damit die Gefahr eines Konflikts näher gerückt. Vielleicht werde dieser Konflikt erst in fünf oder zehn Jahren ausbrechen, aber er sei unvermeidlich, und die Schuld daran, die einzige Möglichkeit seiner Vertagung auf unbestimmte Zeit gestört zu haben, treffe allein Aehrenthal. „Auch die deutsch-russischen Beziehungen mußten notwendigerweise durch die Aehrenthalsche Politik leiden. Die Folge dieser Politik war, daß wir uns in der mazedonischen Reformfrage England nähern mußten, nachdem uns Oesterreich gerade in dieser Frage, um seine eigenen Vorteile wahrzunehmen, im Stich gelassen hatte". Deutschland würde der Sache des Friedens einen großen Dienst erweisen, wenn es Oesterreich-Ungarn den Rat gebe, seine feindselige Haltung gegen Rußland zu ändern [3]). Ende Januar erklärte Iswolski dem deutschen Botschafter, Rußland habe in der letzten Zeit wegen der österreichischen Politik stärkere Anlehnung an England suchen müssen. Zwischen Rußland und Deutschland liege nichts vor, was die Pflege der besten Beziehungen verhindere. „Wenn aber Oesterreich-Ungarn in seiner jetzigen Politik fortfahre, und Deutschland auch weitere, ohne sein Mit- und Vorwissen unternommenen Schritte des Wiener Kabinetts gutheiße und unterstütze, so müsse dies notwendig auch auf die russisch-deutschen Beziehungen zurückwirken" [4]).

Deutschland beharrte aber auf seiner unnachgiebigen Haltung. Als Ende Januar die Idee einer deutsch-französischen Vermittlungsaktion lanciert wurde, bemerkte Kiderlen am 23. Januar: „Meines unmaßgeblichen Erachtens würde jede Intervention in Wien und selbst die Anfrage, ob unsere Intervention erwünscht sei, zu

[1]) G.P. 26, S. 388.
[2]) G.P. 26, S. 389/90.
[3]) G.P. 26, S. 398.
[4]) G.P. 26, S. 405.

vermeiden sein. Wir haben keinen Grund, auf unsere Bundesgenossen einzuwirken und Herrn Iswolski aus seiner unbequemen Lage herauszuhelfen“[1]). Auch Bülow verhielt sich ablehnend. Der Kanzler schrieb am 6. Februar an Tschirschky, Deutschland dürfe sich auf einen Vermittlungsversuch zwischen Wien und Petersburg gemeinsam mit Frankreich nicht einlassen, da er in Wien Mißtrauen erregen und Deutschland nicht nur vor Oesterreich-Ungarn, sondern auch vor der ganzen Welt als laue Freunde erscheinen lasse; dies würde als eine politische Niederlage Deutschlands dargestellt und ausgebeutet werden. Frankreich werde bei einer Weigerung Deutschlands in Petersburg zur Mäßigung raten müssen, was zu einer russisch-französischen Entfremdung und dauernden Sprengung des längst brüchigen Einkreisungskrieges führen würde[2]). Tatsächlich richtete Frankreich am 26. Februar angesichts der starken Spannung eine Mahnung an Rußland, es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen[3]). Das französische Verhalten erregte peinliches Aufsehen in Petersburg[4]). Die allzu weitgehende Hoffnung Bülows, das mahnende Einschreiten Frankreichs werde zur Sprengung des Einkreisungsringes führen, ging aber natürlich nicht in Erfüllung. Die Entente zwischen Frankreich und Rußland war so fest verwurzelt, daß sie solche Zwischenfälle leicht überstehen konnte. Auch die englische Anregung, wegen der österreichisch-serbischen Spannung einer deutsch-englisch-französischen Vermittlungsaktion in Wien vorzunehmen, beschied Berlin am 21. Februar abschlägig[5]). London hatte sich zu diesem Vorstoß entschlossen, weil Iswolski der englischen Politik im Anschluß an den englischen Königsbesuch in Berlin am 8./11. Februar eine laue Unterstützung Rußlands vorgeworfen[6]) und am 15. Februar zu Nicolson bemerkt hatte, Rußland müsse sich die Frage eines vollständigen Kurswechsels seiner Außenpolitik vorlegen, wenn es einem österreichischen Einmarsch in Serbien passiv zuzusehen gezwungen sei[7]). Andererseits hatte Bülow bei seiner Unterredung mit Hardinge am 10. Februar diesem seine Mißbilligung des Aehrenthalschen modus procedendi bei der Annexionserklärung nicht verhehlt, und Hardinge war mit dem Eindruck von Berlin geschieden, Deutschland würde sich einen Ver-

---

[1]) G.P. 26, S. 592.
[2]) ebenda, S. 596/97.
[3]) Siebert, S. 43/44.
[4]) Siebert, S. 45.
[5]) G.P. 26, S. 607/9.
[6]) B.D. 5, S. 596.
[7]) ebenda, S. 601.

mittlungsschritt in Wien nicht versagen [1]). Wie sehr gerade auch von England die Vermittlungsfrage vom Standpunkt der Prestige und der Erhaltung des englischen Bündnissystems betrachtet wurde, geht aus der Stellungnahme Londons zu dem deutschen Vorschlag, Deutschland, England, Frankreich und Rußland sollten in Belgrad den serbischen Verzicht auf territoriale Entschädigungen anregen, hervor. Grey erklärte am 25. Februar dem französischen Botschafter in London, neben anderen Gründen könne England nur dann Serbien diesen Rat gaben, wenn Rußland seine Zustimmung ausdrücke. Sonst würden Serbien und Rußland England vorwerfen, Serbien im Stich gelassen zu haben; auch wären ohne russische Beteiligung Vorstellungen in Belgrad nicht wirkungsvoll. Nach seiner, Grey's, Ansicht könne Serbien einen Krieg nur durch Verzicht auf seine territorialen Forderungen vermeiden. Aber er könne diesen Rat nur mit der Zustimmung Rußlands geben; sonst würde er beschuldigt werden, sie hinter ihrem Rücken im Stich gelassen zu haben [2]).

Gegen Ende Februar spitzten sich die österreichisch-serbischen Beziehungen so stark zu, daß die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung in größte Nähe gerückt war. Entsprechend der Stellungnahme Bülows vom 30. Oktober hatte Deutschland an dem Entschluß, Aehrenthal in der serbischen Frage freie Hand zu lassen und sein Vorgehen zu decken, festgehalten. Am 30. November ließ Bülow Aehrenthal mitteilen, es sei wenig wahrscheinlich, daß „eine Provokation Serbiens gegen Oesterreich und seine darauf folgende Bestrafung" Rußlands zur Kriegserklärung veranlassen werde. Um aber die russische Stellung bei einem serbisch-österreichischen Kriege zu erleichtern, sollte Aehrenthal Bulgarien für diesen Fall auf seiner Seite haben und erklären, Oesterreich-Ungarn wolle unter keinen Umständen sich serbischen Boden aneignen [3]). Aehrenthal fand sich am 3. Dezember dazu bereit, bei einem Kriegsfalle mit Serbien auf die Erwerbung serbischen Bodens zu verzichten [4]) und trat am 5. Dezember mit Bulgarien in Verhandlungen ein [5]). Auch Conrad gegenüber gab er am 17. Januar seinen alten Plan einer Inkorporierung und Zerschlagung Serbiens auf. Oesterreich-Ungarn könne Serbien nicht verdauen. Das Ziel seiner Politik sei die allseitige Sicherung der Annexion Bosniens und der

---

[1]) B.D. 5, S. 608/09.
[2]) B.D. 5, S. 627.
[3]) G.P. 26, S. 513.
[4]) G.P. 26, S. 515.
[5]) Oe.-U.A. 1, S. 552

Herzegowina; das weitere könnten seine Nachfolger tun [1]). Neben Bülow versicherte auch der deutsche Generalstabschef Oesterreich-Ungarn der deutschen Unterstützung für den Eintritt von Komplikationen. Moltke schrieb am 21. Januar an Conrad, es sei vorauszusehen, daß der Augenblick kommen könne, „wo die Langmut des Kaiserreiches den serbischen Provokationen gegenüber ein Ende haben werde. Dann wird der Monarchie kaum etwas anderes übrig bleiben, als in Serbien einzumarschieren". Erst der Einmarsch Oesterreichs in Serbien könnte ein eventuelles aktives Einschreiten Rußlands auslösen. „Mit diesem würde der casus foederis für Deutschland gegeben sein". In der Verflechtung Europas durch Bündnisse liege aber vielleicht die Gewähr, daß keine der europäischen Großmächte und auch Rußland nicht wegen Serbiens die Kriegsfackel entzünden werde, „die das Dach Europas in Brand setzen kann" [2]). Bis zur Beilegung der Krise blieben Moltke und Conrad in einem fortgesetzten Schriftwechsel und Meinungsaustausch, in dem besonders Conrad sich sehr eingehend über den Aufmarsch gegen Rußland ausließ.

Als die formelle Einigung zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei über die Entschädigungsfrage vor dem Abschluß stand, entschloß sich Aehrenthal, die österreichisch-serbischen Beziehungen zur Klärung zu bringen. In einem Privatbrief an Bülow vom 20. Februar führte er aus, ein Krieg mit Serbien habe für Oesterreich-Ungarn derzeit kein Objekt, das Verhältnis zu Serbien sei aber auf die Dauer unhaltbar, und er beabsichtige, im Laufe des März eine Klärung zu schaffen. „Serbien müsse seine bisherigen Prätentionen aufgeben und uns überdies in bestimmtester Form die Versicherung erteilen, daß es gegen die Monarchie keine aggressiven Absichten hege und daher seine ... Rüstungen sofort einstellen werde". Als Gegenleistung wolle er Serbien in wirtschaftlichen Fragen entgegenkommen. Er, Aehrenthal, erwarte dann eine Einflußnahme der Mächte in Belgrad, um Serbien zum Einlenken zu bewegen. Verschließe sich aber Serbien den österreichischen Vorschlägen, „dann wäre allerdings der Moment für die Stellung eines Ultimatums gekommen, welches dann unser Verhältnis in die letzte und entscheidende Phase bringen würde". Rußland könne sich in keine kriegerische Affaire einlassen, „in welcher es mit den Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu rechnen hätte". Im entscheidenden Augenblick werde alles darauf ankommen, in welcher Weise Deutschland seinen Einfluß in Petersburg

[1]) Conrad, S. 138.

[2]) ebenda, S. 380/82.

zur Geltung bringen werde. Er sei überzeugt, daß die deutsche Haltung „den so loyalen und bündigen Erklärungen" Kaiser Wilhelms, Bülows und Moltkes entsprechen werde. „Eine diesbezügliche Eröffnung im richtigen psychologischen Momente dürfte wohl genügen, die Erteilung solcher Ratschläge von Petersburg nach Belgrad zu bewirken, daß ein Kampf zwischen uns und Serbien überflüssig werden wird" [1]).

Der Brief Aehrenthals enthüllte die ganze Gefahr, in die Deutschland durch die Billigung der österreichischen Politik gegenüber Serbien geraten war. Aehrenthal verlangte mit dürren Worten, Deutschland solle durch scharfen Druck auf Rußland Petersburg zum Eingreifen in Belgrad zwingen, wenn Wien seine ultimativen Forderungen an Serbien richte. Damit hatte Aehrenthal von vornherein die Hauptlast seines etwaigen Vorgehens gegen Serbien geschickt auf Deutschland abgewälzt.

Bülow nahm in einer Denkschrift an den Kaiser vom 22. Februar zu dem Aehrenthalschen Briefe zustimmend Stellung. Der Kanzler schrieb, es entspräche der deutschen Politik, Oesterreich-Ungarn auch bei der weiteren Entwicklung der serbischen Frage mit Ruhe und Festigkeit zur Seite zu stehen. „Sollte sich Oesterreich-Ungarn schließlich zur äußersten Konsequenz, zu einem bewaffneten Vorgehen gegen Serbien gezwungen sehen, so bleibt ein russisches Eingreifen trotz aller slavischen Hetzereien nach menschlicher Berechnung wenig wahrscheinlich. Einem kriegerischen Vorgehen Rußlands stehen der Zustand seiner Armee und seiner Finanzen und vor allem die Interessen seiner Dynastie entgegen". Nach dem Scheitern der Vermittlungsaktion werde entweder Iswolski „sich freiwillig zum energischen Abwiegeln in Belgrad verstehen müssen, oder es wird ihm von Frankreich dazu in peremptorischer Form geraten werden" [2]).

Gegenüber der akuten Gefahr eines österreichisch-serbischen Krieges bekannte sich Bülow zu seiner alten Einstellung, Oesterreich-Ungarn „mit Ruhe und Festigkeit zur Seite zu stehen". Er verließ sich darauf, daß ein serbisch-österreichischer Zusammenstoß bei der inneren Schwäche Rußlands und der Desinteressiertheit Frankreichs lokalisiert bleiben werde. Die Zustimmung Berlins zu den von Aehrenthal geplanten Vorgehen gegen Serbien war die logische Folgerung aus den Vollmachts- und Unterstützungserklärungen, die Bülow in den vorhergehenden Monaten Aehrenthal gegenüber „den unappetitlichen Zuständen in Serbien" gegeben hatte.

[1]) G.P. 26, S. 610/15.
[2]) ebenda, S. 619.

Die deutsche Zustimmung zu einem österreichischen Einmarsch in Serbien hätte sich unter Umständen dann rechtfertigen lassen, wenn ein überlegener staatsmännischer Wille auf deutscher Seite einen Angriff auf Serbien bewußt im Sinn einer Zuspitzung des Gegensatzes zur Tripelentente gefördert hätte. Dieser Gedanke spielte vielleicht bei Kiderlen, aber nicht bei Bülow eine Rolle. Entscheidend für die deutsche Haltung war die Abhängigkeit von der Aehrenthalschen Balkanpolitik. Deutschland war jetzt wirklich zum „Triarier" Oesterreich-Ungarns geworden, dem die Aufgabe zufiel, Oesterreich gegen Rußland den Rücken zu decken.

Aehrenthal selbst faßte die Möglichkeit eines Krieges mit Serbien nur ungern ins Auge. Als Ende Februar die seit zwei Monaten praktisch ruhenden Beziehungen zwischen Wien und Petersburg wieder aufgenommen wurden, versuchte er, Rußland zur Anerkennung der Annexion und gleichzeitig zum Druck auf Serbien zu bewegen. Als Iswolski auswich, drohte Berchtold am 11. März, Aehrenthal werde die im Sommer ausgetauschten Schriftstücke über die Annexionsfrage Belgrad und gegebenenfalls auch London und Paris zur Kenntnis bringen. Diese Drohung versetzte Iswolski in außerordentliche Erregung. Berchtold riet daraufhin Aehrenthal von der Veröffentlichung der Schriftstücke ab, da „dieser Ausgang tiefgehenden Riß zwischen den Kaiserreichen bedeuten würde" [1]).

In Berlin war man über die Drohung Aehrenthals unangenehm überrascht, da die Veröffentlichung der Schriftstücke eine zweischneidige Waffe war. Als Szögyeny am 12. März Kiderlen von der beabsichtigten Verwertung der Schriftstücke in Kenntnis setzte und um seine Ansicht bat, erwiderte Kiderlen, er müsse das Urteil darüber Aehrenthal überlassen; er persönlich würde dafür halten, „diesen Trumpf möglichst lange nicht aus der Hand zu geben" [2]). Die versöhnliche Stellungnahme Kiderlens ist umso überraschender, als er noch am 3. März angesichts der Absicht Aehrenthals, den Meinungsaustausch mit Iswolski dem Ministerpräsidenten Stolypin mitzuteilen, um diesen über die Haltung seines Außenministers aufzuklären, erklärt hatte, Iswolski „müsse an den Pranger gestellt werden". Er hatte es für angezeigt erklärt, nicht nur Stolypin, sondern in der Folge auch Paris, London und Rom „von der ganz unqualifizierbaren Haltung" Iswolskis vertraulich in Kenntnis zu setzen [3]).

Auch Pourtalès, der am 11. März nach Berlin mitgeteilt hatte, die Stimmung in Rußland sei friedlich, und Iswolski gebe sein Spiel

[1]) Oe.-U.A. 2, S. 86/87.
[2]) G.P. 26. S. 653.
[3]) Oe.-U.A. 2, S. 19.

verloren [1]), verfehlte seine Mißstimmung nicht. Die überraschende und in der Form sehr harte Forderung Aehrenthals erscheine umso weniger verständlich, „als eine gewisse einlenkende und ausgesprochene Friedensstimmung in letzten Tagen hier deutlich zutage trat“ [2]).

Aehrenthal führte die Drohung einer Veröffentlichung der Schriftstücke nicht aus. Nach dem Scheitern seines Vorstoßes wandte er sich wieder an Deutschland. Am 12. März bemerkte er zu Tschirschky, er frage sich und erbitte hierüber Bülows Rat, ob den Mächten und insbesondere Rußland nicht empfohlen werden könne, in einer gleichlautenden Note die Mitteilung über den Abschluß der türkisch-österreichischen Verständigung in dem Sinne zu beantworten, daß sie den Artikel 25 des Berliner Vertrages für aufgehoben erklärten. Damit wäre ein positiver Schritt zur weiteren Klärung der Lage getan [3]).

Der Bericht Tschirschkys über seine Unterredung mit Aehrenthal kreuzte sich mit einem russischen Vermittlungsgesuch. Der russische Botschafter ersuchte am 13. März Bülow, auf ein Unterlassen der von Aehrenthal in Aussicht gestellten Veröffentlichung geheimer Schriftstücke hinzuwirken [4]). Bülow zeigte sich dem Gedanken einer deutschen Vermittlungsaktion nicht abgeneigt.

Vor Einleitung der Vermittlungsaktion fanden Erörterungen statt, bei denen anscheinend Schoen als schärfster Befürworter eines Verständigungsschrittes auftrat und sich auch durchzusetzen wußte. Schoen schildert in seinen Erinnerungen die Situation vor der Vermittlungsaktion dahin, es sei ein Zeitpunkt eingetreten, wo mit einer langen Dauer und einer Vertiefung der Krise zu rechnen war. Bülow wäre nicht abgeneigt gewesen, die Dinge sich zuspitzen und es auf eine Kraftprobe zwischen dem Zweibund und der noch nicht gefestigten Tripelentente ankommen zu lassen. Der Kanzler sei der Ueberzeugung gewesen, keine Macht werde es auf einen Krieg ankommen lassen, und Rußland werde im kritischen Moment „von seiner angemaßten Höhe heruntersteigen und auch seinen Vasallen Serbien zur Ruhe weisen“. Er, Schoen, sei der gleichen Zuversicht gewesen; er habe den Bogen aber nicht überspannen wollen. Es hätten Zwischenfälle eintreten können, welche zu einem europäischen Kriege führen konnten. Zwänge man Rußland durch Druck zum Nachgeben, so schließe man dadurch die Tri-

[1]) Ge.-P. 26. S. 654.
[2]) ebenda, S. 669.
[3]) ebenda, S. 667.
[4]) ebenda. S. 669.

pelentente nur noch fester zusammen. Nachdem Deutschland „überzeugend gezeigt hatte, daß wir unerschütterlich treu zu unserem Bundesgenossen stehen und bereit waren, nötigenfalls bis zum Äußersten zu gehen, hätten wir den Sieg schon halb erfochten. Nun empfehle es sich, die Lösung der Krise durch vermittelnde Tätigkeit ins Auge zu fassen". Kaiser Wilhelm, Bülow und Moltke ließen sich für die Ansicht Schoens gewinnen [1]). Es ist auffallend, daß Schoen eine Zustimmung Kiderlens — der anscheinend auch nicht der von Schoen erwähnten entscheidenden Beratung bei Kaiser Wilhelm beiwohnte — nicht erwähnt. Bei Berücksichtigung der späteren Haltung Kiderlens ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß Kiderlen dem Vermittlungsgedanken Schoens ablehnend gegenüberstand.

Der Erfolg der Ansicht Schoens bedeutete die Preisgabe der bisherigen Grundtendenzen der deutschen Politik in der bosnischen Krise. Die Erwartung, Rußland werde aus Enttäuschung über die Machtlosigkeit der Tripelentente seine Beziehungen zu England und Frankreich lockern, war nicht in Erfüllung gegangen. Ein weiteres Festhalten an der starren und unnachgiebigen Haltung gegenüber Rußland drohte zu einer Verfestigung des gegnerischen Bündnissystems zu führen. Der Anlaß zu der Aufgabe des bisherigen deutschen Standpunktes in der Krise und das Bekenntnis zu dem bis dahin von Bülow vollständig abgelehnten Vermittlungsgedanken scheint darin zu suchen sein, daß Ende Februar/Anfang März das Scheitern der Hoffnung Bülows, französische Vorstellungen in Petersburg würden zur Sprengung des Einkreisungsringes führen, in Erscheinung trat.

So fand das Vermittlungsersuchen Iswolskis am 13. März in Berlin gute Aufnahme. Bülow erklärte dem russischen Botschafter, Deutschland wäre „zu freundschaftlicher Vermittlung bereit, falls Rußland Serbien tatsächlich und ernstlich zur Ruhe bringen wolle. Falls wir dafür keine bündige Zusicherung hätten, müßten wir unseren Bundesgenossen überlassen, in der ihnen geeignet erscheinenden Weise vorzugehen". Sollte aber Iswolski gewillt sein, Serbien zur Ruhe zu bringen, so erklärte sich Bülow zu einem Gedankenaustausch über den modus des russischen Eingreifens in Belgrad bereit. Als gangbaren Weg der Verständigung schlug der Kanzler in Verfolg der österreichischen Anregung Iswolski vor, die Mächte sollten nach dem Abschluß der türkisch-österreichischen Verständigung durch Noten in Wien ihre Zustimmung zur Annexion erklären. Deutschland sei bereit,

[1]) Schoen. S. 77/78.

in Wien zu sondieren, ob man sich dort bereit finden würde, den Mächten die Verständigung mit der Türkei zu notifizieren und sie dabei „um die formelle Sanktion der Abänderung des Artikels 25 des Berliner Vertrages anzugehen". Damit war dem russischen Standpunkt, die Annexion müsse von den Mächten sanktioniert werden, Rechnung getragen. Auch die andern Staaten sollten durch Deutschland oder Rußland oder durch beide zusammen für ein gleiches Vorgehen gewonnen werden. Bei der Abänderung eines Punktes des Berliner Vertrages durch ein gemeinsames Vorgehen aller Mächte würde sich Rußland durch Anschluß an dieses Vorgehen nicht vergeben. Es würde dann in der Lage sein, „eine freiere Sprache in Belgrad zu führen". Iswolski würde aber keine Unklarheit darüber gelassen, daß man deutscherseits, „wenn er von unserem Entgegenkommen keinen Gebrauch machen zu sollen glaubte und sich weiter entgegen seinen eigenen früher aufgestellten Bedingungen gegen eine gemeinschaftliche Sanktion der vollzogenen Tatsache sträube, zu unserem Bedauern den Dingen ihren Lauf lassen müßte" [1]).

Der Bericht über die Unterredung Bülows mit dem russischen Botschafter ging in Form einer Instruktion an Pourtalès. Das von Kiderlen im Konzept verfaßte Schriftstück enthält schon im Kern die später zu großer Bedeutung gekommene Drohung, Deutschland werde den Dingen ihren Lauf lassen, wenn Rußland nicht nachgebe. Petersburg wurde vor die Alternative gestellt, entweder nachzugeben oder durch sein Festbleiben einen serbisch-österreichischen Krieg zu verschulden. Der entgegenkommende Ton des Schriftstückes verdeckte immerhin etwas den Ernst der Drohung.

Der deutsche Vermittlungsschritt, den Pourtalès am 15. März in Petersburg ausführte, wurde von Iswolski nicht ungünstig aufgenommen [2]). Der russische Außenminister war über die Aenderung der deutschen Haltung befriedigt [3]). Das Fehlen jeder Andeutung eines drohenden Untertones läßt vermuten, daß Pourtalès die in seiner Instruktion stehende Warnung an Iswolski entweder überhaupt nicht oder nur in sehr freundschaftlicher Form zum Ausdruck brachte. Iswolski verlieh seiner Befürchtung Ausdruck, Oesterreich würde noch intransigenter gegen Serbien auftreten, wenn es erst die Sanktion der Annexion erlangt habe. Auch scheine

---

[1]) G.P. 26, S. 669/70.
[2]) G.P. 26, S. 673/74.
[3]) Siebert, S. 73/74.

ihm der deutsche Vorschlag eine Beseitigung der Konferenz zu bedeuten [1]).

Am 20. März ließ Iswolski Pourtalès die russische Antwortnote zukommen, die er vorher England und Frankreich zur Stellungnahme hatte mitteilen lassen. Trotz entgegenkommenden Tones wich die Note in sachlicher Hinsicht den deutschen Wünschen aus. Iswolski bestand auf dem Zusammentritt einer Konferenz [2]).

Deutschland befand sich jetzt in einer schwierigen Lage. In der Woche vom 13.—20. März hatte sich die Lage sehr zugespitzt. Die serbisch-österreichischen Beziehungen schienen unmittelbar vor einer Katastrophe zu stehen. Am 15. März teilte der österreichische Botschafter Bülow die bevorstehende Verstärkung der österreichischen Truppen in Bosnien und der Herzegowina mit [3]). Am 16. März ließ Aehrenthal anfragen, ob Deutschland bereit sei, gegebenenfalls den Schutz der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Serbien und Montenegro zu übernehmen [4]). Gleichzeitig entschloß sich England zu stärkerem Hervortreten und zur Inangriffnahme einer Vermittlungsaktion zwischen Wien und Belgrad, deren Gelingen Deutschland unbedingt zuvorkommen mußte. Zudem begann Aehrenthal „weich zu werden". Als Tittoni den Vorschlag machte, die Konferenz auf den Charakter eines bureau d'enregistrement zu beschränken, ließ Aehrenthal Szögyeny in Berlin erklären, es erscheine ihm „die Idee einer Konferenz viel annehmbarer als bisher" [5]).

In diesen entscheidenden Tagen riß Kiderlen die Führung im Auswärtigen Amt an sich, was ihm um so leichter gelang, als Bülow durch innenpolitische Schwierigkeiten in Anspruch genommen war. Er drängte die versöhnungswillige Richtung Schoens beiseite und kehrte zu der alten starren Haltung zurück, ein Entschluß, der ihm dadurch erleichtert wurde, daß sich das voraussichtliche Scheitern der deutschen Vermittlungsaktion an der unnachgiebigen Stellungnahme Iswolskis bald herausstellte. Im Auswärtigen Amt arbeiteten nun die verschiedensten Strömungen nebeneinander. Der englische Botschafter beklagte sich mit Recht am 13. März darüber, daß die drei oder vier deutschen Außenminister zu den aufgeworfenen Fragen verschiedene Stellung nähmen [6]). Am 16. März mußte

---

[1]) G.P. 26, S. 672.
[2]) ebenda, S. 691/92.
[3]) ebenda. S. 662/63.
[4]) Oe.-U.A. 2. S. 138. Anm.
[5]) G.P. 26. S. 754.
[6]) B.D. 5, S. 678.

der Botschafter nach London bemerken, es sei schwierig, sich über die deutsche Politik augenblicklich eine bestimmte Ansicht zu bilden [1]). Bülow scheint seine Zustimmung zu der Vermittlungsidee Schoens nur halben Herzens gegeben zu haben, sonst hätte er Kiderlen nicht eine Rückkehr zu der alten Haltung gestattet. Die Abhängigkeit des Kanzlers von den Wünschen der österreichischen Politik trat wieder stark hervor. Als Pansa, der italienische Botschafter in Berlin, am 15. März Bülow von dem Tittonischen Konferenzvorschlag in Kenntnis setzte, gab Bülow eine ausweichende Erklärung ab. Pansa bat darauf Szögyeny zu der Unterhaltung, der dem Kanzler die zustimmende Haltung Aehrenthals zu dem italienischen Vorschlag mitteilte. Darauf erklärte Bülow sofort, auch er fände den Vorschlag annehmbar [2]). Am selben Tage erklärte der Kaiser „unter voller Zustimmung des Reichskanzlers" Szögyeny, Deutschland werde Oesterreich im Falle eines Krieges ganz zur Seite stehen. „Ja, wir wollen in deutscher Treue unserer Bundespflicht umsomehr mit aller uns zu Gebote stehenden Macht entsprechen, als es in dem vorliegenden Falle mit Beziehung auf Deutschland heißen muß: „Tua res agitur!". Deutschland werde im entscheidenden Augenblicke nicht zögern, mit Oesterreich „seine Bataillone marschieren zu lassen" [3]). Schoen seinerseits äußerte sich am 16. März zu dem französosischen und italienischen Botschafter, er begrüße die Anregung Tittonis „mit Sympathie. Eine Verständigung der Mächte über das also beschränkte Programm dürfte unschwer zu erreichen sein" [4]). Kiderlen aber teilte Aehrenthal am 15. März mit, er würde eine Konferenz „auch mit dem beschränkten Programm des Herrn Tittoni für nicht opportun halten" [5]). Am 18. März ließ Kiderlen eine von ihm im Konzept verfaßte Anweisung nach Wien gehen, die die deutsche Bereitwilligkeit, bei einem etwaigen Konflikt mit Serbien zu Oesterreich zu halten, erneut zum Ausdruck brachte. „Der Entscheidung seiner Majestät des Kaisers Franz Josef und seiner Regierung über den Zeitpunkt, in dem Oesterreich-Ungarns Geduld gegen Serbien ein Ende haben müsse, sehen wir mit vollem Vertrauen entgegen" [6]). Diese Anweisung Kiderlens war nicht wie die bisherigen Versicherungen Bülows zu der serbischen Frage von dem Gefühl der Abhängigkeit von der

---

[1]) B.D. 5, S. 693.
[2]) ebenda, S. 692.
[3]) Oe.-U.A. 2. S. 114.
[4]) G.P. 26, S. 758.
[5]) ebenda, S. 755.
[6]) ebenda, S. 687.

österreichischen Balkanpolitik diktiert, sondern lag in der Linie seiner Politik, die Krise durch einen Machtschlag zu beendigen und den serbischen Brandherd auszutreten.

So hatte sich die Lage zugespitzt, als die russische Absage an den deutschen Vermittlungsvorschlag in Berlin eintraf. Wie Randbemerkungen Greys, Hardinges, Mallets, Parkers und Maxwells beweisen, stand man in England dem von Bülow vorgeschlagenen modus nicht unsympathisch gegenüber, machte aber die englische Stellungnahme von der russischen Haltung abhängig [1]). England fand sich ein andermal bei einem kritischen Punkt der Krise aus Bundesrücksichten zur Unterstützung Rußlands trotz eigener Bedenken bereit. Der österreichische Botschafter in London berichtete am 19. März nach Wien, er habe den Eindruck, Grey persönlich würde einen Notenaustausch eben so gerne haben wie eine Konferenz, wolle aber nichts tun oder sagen, „was ihn in dieser Frage in einen Gegensatz zu Herrn Iswolski bringen könnte". Trotzdem Iswolski ein geringes persönliches Vertrauen in London genieße, werde er „durch dick und dünn gehalten und unterstützt werden". Die Rücksicht auf Rußland sei eine der wichtigsten Triebfedern der englischen Politik, wobei ernste asiatische Fragen eine große Rolle spielten. Nebstdem aber sei „die in geradezu kindischer Weise zunehmende Angst vor dem übermächtigen Deutschland" auch ein Grund, der England zur Anlehnung an Rußland bestimme [2]). Die prinzipiell ablehnende Stellung Iswolskis zu dem deutschen modus läßt sich aus seiner Besprechung mit Nicolson am 20. März erkennen [3]). Damit wurde Deutschland vor die Alternative gestellt, ob es weiter kämpfen oder sich vor der starren Haltung Iswolskis zurückziehen wolle. Im letzteren Falle wäre die Bahn für eine erfolgreiche englische Vermittlung frei geworden; Wien hätte sich zu einem Nachgeben in der Konferenzfrage bereitgefunden und die von Deutschland so stark bekämpfte Konferenz wäre doch zustande gekommen. Durch die Unnachgiebigkeit Iswolskis und die englische Unterstützung seines Standpunktes sah sich Deutschland wieder wie Mitte Oktober vor die Frage gestellt, ob es durch ein Nachgeben gegenüber der russisch-englischen Front Rußland-England einen diplomatischen Erfolg ermöglichen und damit eine Schwächung seiner außenpolitischen Stellung zugeben sollte. Kiderlen wollte nicht nachgeben und wußte seinen Standpunkt durchzusetzen. Sein Gedanke ging dahin, die Krise durch

[1]) B.D. 5, S. 694 u. 717.
[2]) Oe.-U.A. 2, S. 144/45
[3]) B.D. 5, S. 712.

einen Schlag gegen Rußland zu beendigen. Kurz nach Erhalt der russischen Ablehnung sagte er zu Szögyeny, „der Reichskanzler habe bisher noch keinen definitiven Beschluß wegen deren Beantwortung gefaßt, doch glaube er, Fürst Bülow werde einwilligen, daß Graf Pourtalès Auftrag erhalte, Herrn Iswolski an die Wand zu drücken und eine klare und präzise Antwort zu fordern“ [1]). Am 21. März ging die von Kiderlen im Konzept verfaßte Antwort auf die russische Absage nach Petersburg ab. Deutschland erklärte sich bereit, Oesterreich-Ungarn den Vorschlag zu machen, die Mächte unter Bezugnahme auf das ihnen bereits mitgeteilte österreichisch-türkische Abkommen zu ersuchen, der Außenkraftsetzung des Artikels 25 des Berliner Vertrages zuzustimmen. Deutschland müsse aber „bestimmt wissen, daß Rußland auf die österreichische Note zustimmend antworten und sein formelles Einverständnis mit der Aufhebung des Artikels 25 ohne jeden Vorbehalt erklärt. Eure pp. (Pourtalès) wollen dabei Herrn Iswolski in bestimmter Form sagen, daß wir eine präzise Antwort — ja oder nein — erwarten; jede ausweichende, verklausulierte oder unklare Antwort würden wir als eine A b l e h n u n g betrachten müssen. Wir würden uns dann zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen; die Verantwortung für alle weiteren Ereignisse würde dann ausschließlich Herrn Iswolski zufallen, nachdem wir einen letzten aufrichtigen Versuch gemacht, Herrn Iswolski behilflich zu sein, die Situation zu klären in einer für ihn annehmbaren Weise“. Angesichts der zunehmend herausfordernden Haltung Serbiens drängen die Dinge zur Entscheidung, und Deutschland sehe daher „einer umgehenden k l a r e n Antwort“ entgegen [2]).

Die deutsche Note vom 21. März war keine Vermittlungsaktion. Sie bedeutete, wie Iswolski richtig zu Nicolson sagte, nicht in dem Sinne ein Ultimatum, daß Rußland mit Krieg bedroht wurde; sie bedeutete ein diplomatisches Ultimatum [3]). Rußland wurde vor die Alternative gestellt, entweder sich den deutschen Wünschen, die sachlich bedeutend weiter als am 14. März gingen, zu fügen oder durch seinen Widerstand gegen die deutschen Forderungen den Ausbruch eines serbisch-österreichischen Krieges zu verschulden, den es unter allen Umständen verhindern mußte. Aus Kiderlens Aeußerungen geht hervor, daß er selbst seine Note nicht als Vermittlungsschritt ansah. Er äußerte sich zu Take Jonescu, „je savais que les Russes n'étaient pas prêts pour la guerre, qu'ils ne

[1]) Oe.-U.A. 2, S. 155.
[2]) G.P. 26, S. 693/95.
[3]) B.D. 5, S. 728.

la feraient en aucun cas, et j'ai voulu tirer tout le profit de cette connaissance. J'ai voulu montrer que le temps de la tutelle russe sur l'Allemagne, de cette tutelle qui datait de 1815, était passé pour toujours. Jamais les Schoen et Cie. n'auraient osé ce que j'ai entrepris sous ma seule responsabilité" [1]). Holstein bemerkte zu Kiderlen, er bewundere seine Frechheit, „Iswolski diese Demütigung zugefügt zu haben" [2]).

Am 22. März richtete Pourtalès seinen Auftrag aus, und schon einen Tag später erklärte Iswolski seine vorbehaltlose Zustimmung [3]). Rußlands Widerstand war völlig gebrochen. In England verurteilte man das bedingungslose Nachgeben Iswolskis [4]).

Obwohl der Scheitelpunkt der bosnischen Krise mit dem Nachgeben Rußlands überschritten war, erfolgte die Beilegung der Annexionskrise doch auf einem andern als dem von Deutschland gewünschten Wege. Kiderlen hatte nicht verhindern können, daß Aehrenthal kurz vor dem Ziele nachzugeben begann.

Am 21. März führte Aehrenthal Tschirschky gegenüber aus, er möchte im Falle einer russischen Ablehnung des deutschen Vorschlages Bülow zur Erwägung stellen, ob sich nicht dann eine sofortige gemeinsame Annahme des Tittonischen Konferenzvorschlages empfehle [5]). Am selben Tage erklärte sich Aehrenthal gegenüber Rom prinzipiell mit dem Tittonivorschlag einverstanden; doch müsse er zunächst das Ergebnis des deutschen Schrittes in Petersburg abwarten [6]). Einen Tag später, am 22. März, einigten sich Aehrenthal und der englische Botschafter in Wien auf den Wortlaut einer Note an Serbien und zwar unter der Voraussetzung, daß die Mächte Oesterreich-Ungarn mitteilen würden, sie würden auf der K o n f e r e n z ihre Zustimmung zu dem türkisch-österreichischen Protokoll geben [7]). Damit hatte Wien den Konferenzgedanken angenommen.

In Berlin war man peinlich davon überrascht, daß Aehrenthal sich ohne Verständigung Deutschlands zu einer Annahme des Konferenzgedankens verstanden hatte, während noch die deutsche Aktion in Petersburg fiel. Am 24. März erhob Tschirschky deshalb Vorstellungen in Wien. Aehrenthal erklärte, er habe den Kon-

---

[1]) G.P. 26, S. 693, Anm.
[2]) Jäckh, S. 29.
[3]) G.P. 26, S. 702/03.
[4]) B.D. 5, S. 736 u. 772.
[5]) G.P. 26, S. 763.
[6]) Oe.-U.A. 2, S. 157.
[7]) Oe.-U.A. 2, S. 162 .

ferenzgedanken nie prinzipiell abgelehnt; doch wolle er die Verhandlungen mit England abbrechen, wenn London nicht auf seine Wünsche einginge [1]). Wenige Stunden später traf die Nachricht von Rußlands Nachgeben in Wien ein, was Aehrenthal veranlaßte, Bülow seine „dankbare Befriedigung" auszudrücken [2]), den Tittoniplan fallen zu lassen [3]) und den Abbruch der englisch-österreichischen Verhandlungen zuzulassen [4]). Mit dem von Bülow vorgeschlagenen weiteren modus procedendi, Deutschland wolle bei den anderen Mächten anfragen, ob sie sich ebenso wie Rußland bereit erklären würden, auf österreichisch-ungarisches Ersuchen durch Noten ihre Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 75 auszusprechen, erklärte sich Aehrenthal einverstanden [4]).

England und Frankreich versagten sich aber dem deutschen modus procedendi, weil sie eine vorherige Beilegung des serbisch-österreichischen Gegensatzes wünschten [5]). Noch vor Bekanntwerden der englischen Haltung entschloß sich Aehrenthal trotz seiner Zusage an Deutschland am 25. März zur Wiederaufnahme der englisch-österreichischen Besprechungen [6]), während Berlin sich noch um die Zustimmung der Mächte zu dem deutschen Vorschlag bemühte. Es kam ziemlich rasch zu einer englisch-österreichischen Einigung. London und Wien verständigten sich über den Text einer von Serbien an Oesterreich-Ungarn zu richtenden Note [7]), die den serbisch-österreichischen Gegensatz beenden sollte. Diese Note sollte von dem Gesandten der Großmächte Serbien zur Annahme empfohlen werden. Nach deren Vermittlungsschritt in Belgrad werde England auf Ersuchen Aehrenthals Oesterreich-Ungarn die vorbehaltlose Zustimmung zur Abschaffung des Artikels 75 des Berliner Vertrages geben [8]). Wenn Serbien dem Rat der Mächte nicht folge, würde England es sich selbst überlassen [9]). Auf Wunsch des englischen Botschafters hatte sich Aehrenthal bereit gefunden, die englische Zustimmung zur Aufhebung des Artikels direkt und nicht durch Deutschlands Zustimmung zu verlangen, was in London einen günstigen Eindruck machte. Man wünschte in England den Eindruck zu vermeiden, „gewissermaßen einer Pression des

---

[1]) Oe.-U.A. 2, S. 175/76.
[2]) ebenda, S. 186.
[3]) ebenda, S. 187.
[4]) G.P. 26. S. 706.
[5]) Oe.-U.A. 2, S. 193.
[6]) ebenda, S. 194/95.
[7]) ebenda, S. 225.
[8]) ebenda, S. 212/13.
[9]) ebenda, S. 210.

Fürsten Bülow nachzugeben“ [1]). Am 29. März wurde in Wien die Mobilisierung der gegen Serbien und Montenegro bestimmten Truppen beschlossen [2]). Aehrenthal war also entschlossen, in Serbien einzumarschieren, wenn Belgrad die Note ablehnte. Serbien nahm aber am 30. März die Note an. Deutschland war bei der Aktion in Belgrad vollständig übergangen worden. England wünschte keine deutsche Beteiligung [3]), und Aehrenthal erklärte sich außerstande, „einen die Beteiligung Deutschlands ... betreffenden Wunsch zu äußern“ [4]). Der deutsche Gesandte nahm aber auf Wunsch der Belgrader Gesandten ohne Instruktion an der Demarche teil. Aehrenthal bemerkte daraufhin, er sei „sehr glücklich ..., daß sich auch unser treuer Freund und Bundesgenosse an der Vermittlungsaktion in Belgrad beteiligt hat“ [4]). Die europäischen Mächte erklärten im Laufe des Monats April in Wien ihr Einverständnis mit der Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages, womit die bosnische Krise ihr Ende erreichte.

So endete Dank der festen und geschickten Haltung Englands und der österreichischen Nachgiebigkeit die bosnische Krise mit einem andern modus procedendi als Deutschland gewünscht hatte. Trotzdem ist die Beendigung der bosnischen Krise in erster Linie dem Eingreifen Deutschlands in Petersburg zu verdanken, das dem Widerstand Iswolskis und dem Konferenzgedanken ein Ende setzte und England der Rücksichtnahme auf die Haltung Rußlands enthob. Es ist deshalb nicht richtig, wenn Hoyos die deutsche Intervention in Rußland als unnötig ablehnt [5]). Die Beweggründe Englands bei der Ablehnung des von Deutschland gewünschten modus procedendi sind klar: es wollte die serbisch-österreichische Kriegsgefahr beseitigen und vor allem verhindern, daß Deutschland nach seiner Niederwerfung des russischen Widerstandes auch über die Einwände Englands und Frankreichs hinwegginge und die Beendigung der Krise zu einem völligen Siege über die Tripelentente gestalte. Englands Widerstand gegen den deutschen modus procedendi wurde ihm dadurch erleichtert, daß Aehrenthal auf das Durchstehen der Annexionskrise als Machtkampf gegen die Tripelentente verzichtete und sich von dem deutschen Standpunkt löste. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Aehrenthal die österreichisch-englischen Verhandlungen dadurch erleichtert wurden, daß ihm bei seinem überaus entwickelten österreichischen Selbständigkeitsgefühl eine auf deutsche Initiative zurück-

[1]) Oe.-U.A. 2, S. 202 u. S. 218.
[2]) Conrad. S. 162.
[3]) B.D. 5, S. 763/64.
[4]) Oe.-U.A. 2, S. 221.
[5]) Hoyos. S. 24/25.

gehende Zustimmung der Mächte zu der österreichischen Annexion wenig willkommen war. So sah sich Deutschland plötzlich ausgeschaltet. Es wurde bei den Verhandlungen zwischen England und Oesterreich-Ungarn vollständig übergangen und fand außer Rußland keine Macht und auch Oesterreich-Ungarn nicht bereit, sich für seine Teilnahme an der die bosnische Krise beendigenden Demarche in Belgrad einzusetzen.

Rückblick auf die bosnische Krise.

Die bosnische Krise hatte zweifelsohne mit einem großen äußerlichen Erfolg des Zweibundes geendet. Gegen die offene Gegnerschaft Englands, Rußlands und Serbiens, das laue Widerstreben Frankreichs und das kaum verhehlte Uebelwollen Italiens hatten Berlin und Wien sich in vollem Umfange durchgesetzt. Der Zweibund hatte sich der Entente als machtpolitisch überlegen erwiesen. Den Hauptteil am Erfolge konnte sich Deutschland zumessen; denn ohne sein machtvolles Durchstehen der Krise und seine Unterstützung hätte Oesterreich-Ungarn niemals den Kampf gegen die annexionsgegnerische Gruppe bestehen können.

Der Erfolg des Zweibundes war allerdings nur ein Pyrrhussieg. Die für Deutschland entscheidende Frage, ob es durch ein Zeigen des machtpolitischen Uebergewichtes des Zweibundes gelingen werde, die Tripelentente zu sprengen oder zu lockern, war gescheitert. Der Ausgang der bosnischen Krise ließ in den Ententemächten den Wunsch entstehen, sich enger zusammenzuschließen, um einen ähnlichen Erfolg des Zweibundes für die Zukunft zu verhindern. Die deutsch-russischen Beziehungen verschlechterten sich ebenso wie die österreichisch-russischen außerordentlich. „Mais l'avenir est long“ [1]), drohte Iswolski. Die dünnen Fäden, die noch einige der Zweibund- und Ententemächte miteinander verbunden hatten, waren zerissen. Die österreichisch-russische Entente gehörte der Vergangenheit an. Erst vom Jahre 1909 an verfestigten sich die beiden Bündnissysteme derart, daß man von zwei feindlichen Lagern in Europa sprechen kann.

Trotz des schließlichen Mißerfolges wird man anerkennen müssen, daß der Versuch, Rußland durch machtpolitischen Druck von der Entente abzusprengen, gemacht werden mußte. Die russische Politik hatte in den letzten Jahren vor der bosnischen Krise eine den deutschen Interessen so stark widersprechende Richtung eingeschlagen, daß Deutschland gar kein Interesse hatte, in den russisch-österreichischen Konflikt vermittelnd einzugreifen, bevor Rußland gewisse Garantien für seine zukünftige Haltung gegeben hatte. Da Iswolski trotz häufiger Andeutungen darauf nicht einging, und ein Erfolg der englisch-russischen Front über Osterreich-Ungarn auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen hätte, blieb Deutschland nur der

[1]) G.P. 26. S. 675.

Weg, an Oesterreichs Seite gegen die Tripelentente zu stehen und den Versuch zu unternehmen, Rußland durch Druck zu einer Abkehr von seiner anglophilen Politik zu vermögen. Faschoda hatte nicht die englisch-französische Entente, Tschuschima nicht die englisch-russische Annäherung verhindert. Warum sollte sich nicht Rußland durch den deutschen Widerstand davon überzeugen lassen, daß es durch sein Zusammengehen mit England unübersteigbare Widerstände auslöste, und sich im eigenen Interesse zur Aenderung seiner Einstellung gegenüber Deutschland entschließen? Nicolson hatte nach dem Zurückweichen Rußlands vor der deutschen Drohung die schlimmsten Befürchtungen für das Schicksal der Tripelentente. Er schrieb am 23. März an Grey, Iswolski sei über Frankreichs Haltung in der Krise nicht befriedigt. Englands Unterstützung erkenne er gerne an; aber er wisse auch, daß sie nur diplomatischer Natur sei. Der englische Botschafter fürchtete, Rußland werde sich die Frage vorlegen, ob seine Bündnisgruppierung ihm wirklich Vorteil bringe, und ob es nicht klüger sei, auf die Berliner Ratschläge zu hören und den Kurs der russischen Politik zu ändern [1]). In einem Privatbrief an Grey vom 24. März führte Nicolson aus, das französisch-russische Bündnis habe die Probe nicht bestanden; die russisch-englische Entente sei nicht wirksam genug. Der Zweibund werde seine Vorherrschaft in Europa aufrichten, und England werde isoliert werden. Es werde ihn nicht überraschen, wenn Rußland und Frankreich in naher Zukunft zu dem Zweibund hinneigen würden. Er fürchte, die englisch-russische Entente werde dahinsiechen und vielleicht absterben [2]). Die Befürchtungen Nicolsons zeigen, daß der Glaube, Deutschland könne durch machtpolitischen Druck Rußlands von der Tripelentente absprengen, von englischer Seite geteilt wurde. Wenn die deutsche Hoffnung auf eine Auflockerung des gegnerischen Bündnissystems nicht in Erfüllung ging, so lag der Grund darin, daß die russische Politik in diesem Stadium realpolitischen Erwägungen nicht zugänglich war. Die Zurückweichung des russischen Dardanellenvorstoßes durch England im Oktober 1908 mußte Iswolski die Fragwürdigkeit der englisch-russischen Entente vor Augen führen, wie er anderseits auch nicht ableugnen konnte, daß es an ihm sei, durch Entgegenkommen gegenüber Deutschland Berlin zu einer Vermittlungsaktion zwischen Wien und Petersburg zu veranlassen. Diesen Erwägungen verschloß sich Iswolski. Die Annexionskrise hatte den Balkangegensatz zwischen Rußland und Oesterreich-Un-

---

[1]) B.D. 5, S. 727.

[2]) ebenda, S. 736

garn so tief aufgerissen, daß die russische Politik in der Krise nur ein Ziel im Auge hatte: Oesterreich-Ungarn seinen bosnischen Vorstoß zu vergelten. Dazu konnte Deutschland umso weniger seine Hand leihen, als Iswolski die englische Unterstützung fand, und somit der Gegensatz der europäischen Bündnissysteme in die Krise hineinwuchs. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß Iswolski in seiner zweideutigen Lage bei seinen Versprechungen gegenüber Serbien und der nicht abzuleugnenden Tatsache, daß er Bosnien und die Herzegowina prinzipiell Oesterreich-Ungarn überlassen hatte, eine Beilegung der Krise durch ein Kompromiß weniger willkommen war, als ihre Beendigung durch einen ultimativähnlichen Vorstoß Deutschlands, der den Mißerfolg seiner Politik in den September- und Oktobertagen des Jahres 1908 verdeckte und ihm ermöglichte, Rußland und sich vor der slavischen Welt und seinem Verbündeten als Märtyrer aufzuspielen.

Jede Verständigungspolitik verliert dann ihren Sinn, wenn einer der beiden Partner nicht bereit ist, eine Grundlage anzuerkennen, von der sich ein Angreifen der Verständigung ermöglichen läßt. Der deutsche Entschluß, die Annexionskrise mit machtpolitischen Mitteln durchzukämpfen, war deshalb richtig. Es war selbst bei der Gefahr einer Verfestigung der gegnerischen Machtgruppe besser, die Krise durch die Drohung Kiderlens zu beenden, sich dadurch bei der Tripelentente gefürchtet zu machen und ein paar Jahre Ruhe in Europa zu erkämpfen als durch ein Nachgeben gegenüber der englisch-russischen Front das eigene Prestige zu untergraben, das Gefüge des Zweibundes zu erschüttern, die Tripelentente zu ermutigen und sich dann einige Zeit später unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen in einem neuen Gegensatz zu der gegnerischen Bündnisgruppe zu sehen.

Ein wesentliches Moment der Unruhe in der deutschen Politik während der Annexionskrise bildete die Sprunghaftigkeit des Kaisers und sein unangebrachtes Säbelrasseln, während die Persönlichkeit des Staatssekretärs v. Schoen („Knabe Pulcher“ nennt ihn Kiderlen) zu unbedeutend war, um — neben der mißglückten Vermittlungsaktion vom 13./14. März — stärker den Gang der Ereignisse zu beeinflussen. Die Politik des Fürsten Bülow hinterläßt einen sehr ungünstigen Eindruck. Man kann sich dem Verdacht nicht verschließen, daß er im Grunde genommen nicht wußte, was er wollte, und die Hohlheit seiner Politik hinter klingenden Phrasen verbarg. Das Hin und Her der Bülowschen Politik ist erstaunlich. Zu Anfang der Krise suchte er in ein besseres Verhältnis mit England zu kommen. Dann versuchte er Rußland von der Tripelentente abzuziehen. Bei dem englischen Königsbesuch in

Berlin im Februar beklagte er sich über Aehrenthals Politik und schien einem Vermittlungsschritt in Wien nicht abgeneigt. Als England darauf eine Vermittlungsaktion vorschlug, lehnte Bülow ab. Mitte März gab er seine Zustimmung zu dem Schoenschen Vermittlungsgedanken, was ihn nicht hinderte, wenige Tage später den Vorstoß Kiderlens zu billigen.

Am schärfsten trat die Unzulänglichkeit der Politik Bülows im Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn zutage. Dank Bülows Sorglosigkeit sah sich Deutschland zu Anfang der Annexionskrise in einer Lage, in der Befolgung und Unterstützung der österreichischen Politik die einzige Möglichkeit zu sein schien. Als die Stärke der Stellung Aehrenthals sich als überschätzt herausstellte, und Oesterreich-Ungarn sich auf Deutschland angewiesen sah, verzichtete Bülow auf eine Ausnutzung dieser günstigen Situation wie auf jede stärkere Beeinflussung der Aehrenthalschen Politik und fand sich weiterhin zur Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik bereit. Ihren Gipfel erreichte die Bülowsche Willfährigkeit gegenüber Oesterreich-Ungarn bei der Gefahr eines serbisch-österreichischen Zusammenstoßes. Der Kanzler versicherte wiederholt Aehrenthal der deutschen Zustimmung zu seinen Entschlüssen in der serbischen Frage und fand sich für den Fall eines — an und für sich äußerst unwahrscheinlichen — Eingreifens Rußlands zum Einschreiten gegen die Zarenmonarchie bereit. Den naheliegenden Versuch, ein geschlossenes Auftreten des Zweibundes in der Krise unter d e u t s c h e r Führung zu erzielen, unternahm Bülow nicht.

Bülow selbst beurteilte seine Politik in der bosnischen Krise durchaus positiv. Er urteilt, „der Verlauf der bosnischen Krise wurde tatsächlich das Ende der Einkreisungspolitik Eduards VII“ [1]).

Im Gegensatz zu Kaiser Wilhelm, Bülow und Schoen hatte Kiderlen-Wächter eine klare Konzeption in der bosnischen Krise, und es gelang ihm auch, seine Anschauung ab November in sehr starkem Maße durchzusetzen. Er faßte die Krise als Machtkampf zwischen Tripelentente und Zweibund auf und beendigte sie in diesem Sinne durch Verfälschung des Schoenschen Vermittlungsgedankens in ein diplomatisches Ultimatum. Seine Unterstützung der österreichischen Politik gegenüber Serbien ging nicht wie bei Bülow auf Abhängigkeit von der Aehrenthalschen Politik zurück, sondern auf die Erkenntnis, daß Serbien einen Gefahrenherd erster Ordnung bildete, der in dieser günstigen Stunde zum Erlöschen gebracht werden sollte. Noch am 30. März erklärte er dem eng-

[1]) Bülow, Deutsche Politik, S. 60.

lischen Botschafter, er bedauere, daß sich der deutsche Gesandte der Demarche in Belgrad angeschlossen habe. Serbien brauche keine Garantien für seine zukünftige Haltung abzugeben, und er könne sich nicht der Ansicht verschließen, daß Oesterreich möglicherweise durch irgendeine Handlung von serbischer Seite trotz allem zu einer militärischen Aktion gezwungen werden könnte. Er würde es deshalb vorgezogen haben, wenn Deutschland in Bezug auf die Note keine Verantwortung übernommen hätte. An Aehrenthals Stelle würde er niemals seine Einwilligung zu einer Note gegeben haben, die keine Garantie für die zukünftige Haltung Serbens enthielt [1]). Aehrenthal war im Grunde derselben Ansicht. Am 26. März äußerte er zu Tschirschky, er habe sich den Verhandlungen mit England nicht entziehen können. Er hoffe aber im stillen, England oder Serbien würden schließlich noch die ganze Mediationsaktion zum Scheitern bringen. „Was nutze es, wenn die bestehenden Gegensätze zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien jetzt durch im Grunde doch wertlose Erklärungen serbischerseits notdürftig überbrückt werden; definitiv Ruhe an seiner südöstlichen Grenze werde Oesterreich damit doch nicht erlangen, und in einigen Jahren würde man dann doch einrücken müssen" [2]). Die Zukunft sollte den Befürchtungen Kiderlens und Aehrenthals nur allzu recht geben.

Neben dem Scheitern des Versuches, die Tripelentente zu sprengen, war das entscheidende Merkmal der bosnischen Krise die eindeutige Uebertragung des englisch-deutschen Gegensatzes auf Oesterreich-Ungarn und des russisch-österreichischen Gegensatzes auf Deutschland. Englands schroffe Stellungnahme gegen Oesterreich-Ungarn und seine Unterstützung Rußlands während der bosnischen Krise sind nur aus dem englisch-deutschen Gegensatz erklärlich, wie anderseits Deutschland schon wegen des Hinüberneigens der russischen Politik nach England Rußland gegenüber eine ablehnende Haltung einnahm. Die Unterstützung Oesterreich-Ungarns in der Annexionskrise verschlechterte die deutsch-russischen Beziehungen in hohem Maße. Der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg, Kapitän v. Hintze, meldete am 1. und 3. April, „das Rachegeschrei erhebt sich nicht einmal gegen Oesterreich, sondern gegen Deutschland" [3]), und „alle Welt schimpft auf Deutschland, Gesellschaft, Armee, Flotte" [4]). Berchtold berich-

[1]) B.D. 5, S. 765.
[2]) G.P. 26, S. 712.
[3]) ebenda, S. 742.
[4]) ebenda, S. 745.

tete am 4. April, die starke Mißstimmung, die seit der Annexionserklärung in der Petersburger Gesellschaft und Presse gegen Oesterreich-Ungarn geherrscht habe, wende sich nun in „potenzierten Maße" Berlin zu[1]). Lange nach Beendigung der bosnischen Krise verlieh der österreichische Legationsrat Graf Tarnowsky in London seiner Ansicht über die veränderte Einstellung Englands gegenüber Oesterreich-Ungarn Ausdruck. Vor der Krise sei Oesterreich-Ungarn in London als eine Macht betrachtet worden, mit der ein Konflikt für England undenkbar war, „wogegen jetzt man in uns einen eventuellen Feind erblickt, der den einzigen Gegner, mit dem man hier rechnet, nämlich Deutschland, im Ernstfall aktiv unterstützen würde"[2]).

Nicht die Annexion Bosniens und der Herzegowina, nicht die Abhängigkeit Deutschlands von der österreichischen Balkanpolitik, sondern der Zusammenstoß der europäischen Bündnisgruppen, die Unterstützung Rußlands durch England und Oesterreich-Ungarns durch Deutschland aus bundespolitischen Erwägungen, sind das entscheidende Charakteristikum der bosnischen Krise. Durch die Fehler der deutschen Politik seit Bismarcks Rücktritt und eine gewisse Zwangsläufigkeit der kontinentalpolitischen Machtverschiebung, die einen Gegensatz zwischen den alten Großmächten und der jungen Großmacht Deutschland entstehen ließ, hatte sich die deutsche Stellung in Europa so verschlechtert, daß die deutsche Politik versuchen mußte, das gegnerische Bündnissystem durch einen Gewaltstoß zu sprengen. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß es 1908/09 nur deshalb nicht zu einer Vorwegnahme der Juli/August-Ereignisse des Jahres 1914 gekommen ist, weil Rußland aus innerer und äußerer Schwäche einen Krieg vermeiden mußte. Die russische Schwäche — über die man in Berlin genau unterrichtet war — ermöglichte Deutschland das kompromißlose Durchstehen der Krise. Mit der bosnischen Krise war die letzte noch relativ günstige Gelegenheit zu einem deutschen Präventivkrieg gegen die noch nicht recht in sich gefestigte Tripelentente ausgelassen worden.

Von 1909 an nahm der Gegensatz der europäischen Mächtegruppen zwangsläufige und schicksalsmäßige Züge an. Trotz gelegentlicher Abschwächungen und des guten Willens der beiderseitigen Staatsmänner verhärteten sich die Gegensätze in solchem Maße, daß der Verständigungswille auf beiden Seiten ihrer nicht mehr Herr wurde. „Früher oder später müssen wir miteinander fechten": diese Erkenntnis Nicolsons wurde immer mehr zum Gemeingut der europäischen Nationen.

[1]) Oe.-U.A. 2, S. 251.
[2]) ebenda, S. 857.

4. Kapitel.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn in den letzten Jahren der Epoche Aehrenthal.

Nach Beendigung der bosnischen Krise trat in den Beziehungen der europäischen Mächte eine allgemeine Entspannung ein. Die Gegensätze klangen nach der Kraftprobe etwas ab.

Auf deutscher Seite suchte man insbesondere wieder befriedigende Beziehungen zu Rußland herzustellen. Bei seinen Sondierungen in Petersburg mußte Pourtalès feststellen, daß Rußland eine weitere Expansionspolitik Oesterreichs auf dem Balkan und deren Unterstützung durch Deutschland befürchtete. Wenige Wochen nach Abschluß der Annexionskrise trafen sich Kaiser Wilhelm und der Zar in den finnischen Schären (17./18. Juni). Die Begegnung verlief befriedigend. Der Erfolg war allerdings mehr stimmungsmäßiger Natur; konkrete Verabredungen wurden nicht getroffen. Iswolski ließ bei den Besprechungen durchblicken, daß er in Befürchtung einer aktiven österreichischen Orientpolitik eine hemmende Einflußnahme Deutschlands in Wien begrüßen würde. Schoen erwiderte, Oesterreich hege keine Expansionspläne, weshalb sich eine deutsche Einwirkung erübrige [1]).

Die Aufnahme der Schärenbegegnung in Wien war sehr aufschlußreich. Trotz der Weigerung Schoens, in dem von Iswolski gewünschten Sinne auf Oesterreich einzuwirken, befürchtete Aehrenthal eine deutsch-russische Annäherung auf Kosten Oesterreich-Ungarns. Er schrieb am 4. Juli an Berchtold, man scheine es in Berlin ganz angenehm zu empfinden, nach einer längeren Periode direkten Einverständnisses zwischen Wien und Petersburg wieder als Mittler zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn angerufen zu werden. Die Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland könne Oesterreich-Ungarn ganz recht sein. Man müsse es dabei in Kauf nehmen, daß Deutschland wieder als ausgleichender Faktor in den russisch-österreichischen Beziehungen wirken werde. Er, Aehrenthal, sei aber fest entschlossen, seine reservierte Haltung gegenüber Rußland nicht aufzugeben [2]).

Während sich so schon in den letzten Monaten der Amtstätigkeit Bülows ein leises Lockerwerden der deutsch-österreichischen Beziehungen ankündigte, gewann seit dem im Juli erfolgten Sturze

[1]) G.P. 26, S. 825/26.
[2]) Oe.-U.A. 2, S. 393.

Bülows die Tendenz zur Entspannung des Gegensatzes zu der Entente und zur Distanzierung von Oesterreich unter dem neuen Kanzler Bethmann-Hollweg an Boden. Selbstverständlich bildete auch für Bethmann angesichts der politischen Lage „das enge und vertrauensvolle Verhältnis mit Oesterreich-Ungarn den Pivot seiner Politik“ [1]). Aber in dem deutsch-österreichischen Bündnis sollte nach des Kanzlers Willen Deutschland die Führung haben, wie auch die deutsch-österreichischen Beziehungen eine Wiederaufnahme des Fadens nach Rußland nicht verhindern sollten. Gegenüber Beeinflussungsversuchen Aehrenthals zeigte sich Bethmann sehr empfindlich. Anläßlich des deutsch-österreichischen Meinungsaustausches über die Kretafrage bemerkte er am 13. August 1909 zu dem Geschäftsträger in Wien, daß er sich angesichts der Ausführungen Aehrenthals des Eindrucks nicht erwehren könne, „als ob der Minister den Ton für unsere Politik angeben und sich auf solche Weise die Leitung im Dreibunde zulegen möchte. Es bedarf keines ausdrücklichen Hinweises, daß die Herausbildung eines derartigen Verhältnisses zwischen Wien und Berlin weder unserer Machtstellung noch meinem persönlichen Wunsche entsprechen würde. Wir werden diesbezüglichen Neigungen Baron Aehrenthals gegenüber daher auf der Hut sein müssen“ [2]).

Das waren Worte, wie man sie lange nicht mehr aus der Wilhelmstraße gehört hatte. Die kühle Haltung Bethmann-Hollwegs blieb Aehrenthal nicht verborgen. Da beide Bundesgenossen bei der europäischen Lage nun doch aufeinander angewiesen waren, blieben größere Zusammenstöße aus. Aber unter der Decke des deutsch-österreichischen Bundes kam es zu Zwischenfällen, die ein sehr bezeichnendes Licht auf die seit Beendigung der bosnischen Krise eingetretene Veränderung in dem deutsch-österreichischen Bundesverhältnis werfen.

Im November 1909 befürwortete Aehrenthal in Berlin ein Eingreifen des Zweibundes in der Kretafrage zu Gunsten der Türkei. Schoen befürchtete sofort, es handle sich bei dieser Anregung Aehrenthals um einen österreichischen Schachzug gegen die russisch-italienische Begegnung von Racconigi, die den österreichischen Außenminister sehr verstimmt hatte [3]). Der um Rat befragte Marschall bezeichnete den Vorschlag Aehrenthals als „ganz unannehmbar“. Die von Aehrenthal vorgeschlagene Aktion müßte den Eindruck hervorrufen, „den wir nach den Ereignissen des letzten

[1]) Oe.-U.A. 2, S. 425
[2]) G.P. 27, S. 92
[3]) G.P. 27, S. 108.

Frühjahrs mehr wie je vermeiden müssen, daß nämlich der Schwerpunkt und die Führung des .... (Zifferngruppe fehlt; es heißt aber sicher „Zweibundes") nicht mehr in Berlin, sondern in Wien liegen"[1]). Der Vorschlag Aehrenthals wurde von Deutschland abgelehnt[2]).

Der Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland ging der Wesselitzky-Zwischenfall voraus. Wesselitzky, der wegen seiner großen Deutschfeindlichkeit bekannte Londoner Vertreter der „Nowoje Wremja", hatte im Dezember ein Interview mit Aehrenthal, das am 19. Januar 1910 in der „Nowoje Wremja" erschien. Danach hatte Aehrenthal erklärt, Deutschland habe überhaupt keinerlei Einfluß auf die Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns. Ein solcher Einfluß könne allenfalls von Rußland ausgehen. Er, Aehrenthal, hoffe auf eine Besserung der österreichisch-russischen Beziehungen. Ein neues Vordringen Oesterreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel sei nicht beabsichtigt[3]). Die offiziöse Wiener Presse dementierte das Interview nicht, das ein Abrücken von Deutschland und eine Hinwendung zu Rußland anzudeuten schien.

Das Wesselitzky-Interview war für Berlin eine peinliche Ueberraschung. Es bedeutete in der Form eine Taktlosigkeit gegenüber Deutschland und ließ im Verein mit dem Erfolg der am 16. Januar stattgefundenen Unterredung Iswolski-Berchtold erkennen, daß Aehrenthal sich zur Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Rußland nicht der deutschen Vermittlung bedienen wollte, sondern direkte Verhandlungen mit Petersburg vorzog. Trotzdem verhielt man sich in Deutschland gegenüber dem Wesselitzky-Interview Aehrenthals außerordentlich zurückhaltend, obwohl Szögyeny und Erzherzog Ferdinand ihrer Unzufriedenheit über das Verhalten des österreichischen Außenministers Ausdruck verliehen[4]). Auch Tschirschky war über Aehrenthals Auslassung sehr erregt. Er riet aber davon ab, auf ein Ausscheiden Aehrenthals zu drängen. Man könne nicht wissen, wer ihn ersetze. An eine Aenderung der österreichischen Politik denke Aehrenthal nicht und könne er nicht denken[5]).

Bei den nun einsetzenden Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg hielt sich Deutschland sehr zurück. Aehrenthal hoffte auf eine Rückkehr zu den Prinzipien der Entente vom Jahre 1897[6]).

[1]) G.P. 27, S. 109.
[2]) G.P. 27, S. 110.
[3]) G.P. 27, S. 447, Anm.
[4]) G.P. 27, S. 449 u. 451/52.
[5]) G.P. 27, S. 453/54.
[6]) Oe.-U.A. 2, S. 671.

Bethmann-Hollweg lehnte die Anregung Iswolskis, im Sinne seiner Wünsche in Wien zu wirken, ab, da er die Herstellung eines intimen Verhältnisses zwischen Wien und Petersburg nicht wünschte[1]). Diese Befürchtung war aber unbegründet. Iswolski fand es für richtig, den andern Mächten im März Mitteilung über den Inhalt der Besprechungen mit Wien zu machen, was Aehrenthal sehr verstimmte und die schwachen Verständigungsfäden wieder in die Gefahr des Reißens brachte[2]).

Ende September 1910 trat ein Wechsel in der Leitung der russischen Außenpolitik ein. Iswolski übernahm die Botschaft in Paris, während Sasonow Außenminister wurde. Seit der russischen Niederlage in der bosnischen Krise war Iswolskis Weggang beschlossene Sache; er wurde jedoch auf Drängen Englands, wegen Fehlens eines geeigneten Nachfolgers und um Deutschland nicht zu einem Erfolg im Anschluß an die bosnische Krise zu verhelfen, noch eineinhalb Jahre gehalten.

Auch auf deutscher Seite vollzog sich ein Wechsel an leitender Stelle der Außenpolitik. Kiderlen-Wächter, der gleich nach Beendigung der bosnischen Krise als Gesandter nach Bukarest gegangen war, wurde Ende Juni 1910 anstelle Schoens Staatssekretär des Aeußern. Kiderlen verstand sich stärker als während der bosnischen Krise durchzusetzen, so daß er bis zu seinem Tode im Dezember 1912 im wesentlichen die deutsche Außenpolitik bestimmte.

Angesichts des bevorstehenden Abgangs Iswolskis vertrat Bethmann bei Kaiser Wilhelm Gedankengänge, die eine Rückkehr zu Bismarckischen Ideen erkennen ließen. Der Rücktritt Iswolskis werde unbedingt zu einer Besserung der russischen Beziehungen zu Oesterreich führen, während es fraglich erscheine, ob der Wechsel im Außenministerium eine Besserung der deutsch-russischen Beziehungen nach sich ziehen werde. Diese Befürchtung solle man aber nicht in Wien bekannt werden lassen; denn bei aller Freundschaft mit Oesterreich dürfe man die Donaumonarchie nicht zu sehr in die deutsch-russischen Schwierigkeiten einweihen. „Die Furcht vor Rußland und der Gedanke, daß wir uns auf Oesterreichs Kosten mit Rußland verständigen könnten, hat Oesterreich in unsere Arme getrieben und wird es auch darin erhalten". Wenn die österreichischen Staatsmänner zur Ansicht kämen, Deutschland habe größere Schwierigkeiten mit Rußland als Oesterreich-Ungarn, dann werde bei ihnen die alte

[1]) G.P. 27, S. 475/76.
[2]) Oe.-U.A. 2, S. 783/87.

Kalnokysche Neigung erwachsen, die Deutschland gebührende Führung im Zweibunde an sich zu reißen. „Die österreichischen Minister müssen in dem Gefühl erhalten werden, daß nicht sie sich über unseren Kopf mit weg mit Rußland verständigen, wenn der persönliche Feind Iswolski beseitigt ist, sondern daß immer noch wir uns bei Seitensprüngen Oesterreichs leichter und schneller mit Rußland arrangieren können". Kaiser Wilhelm machte zweifelnde Randbemerkungen, ob diese Gedankengänge sich noch verwirklichen ließen" [1]).

Bei der Potsdamer Entrevue zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus zu Anfang November 1910 unternahmen Bethmann-Hollweg und Kiderlen den Versuch, sich im Sinne des obigen Ideenganges mit Sasonow zu verständigen. In Bezug auf die russisch-österreichischen Beziehungen äußerte Sasonow, sie seien korrekt, aber nicht herzlich. Sollten sich Schwierigkeiten ergeben, so werde Petersburg „durch die Vermittlung von Berlin mit Wien zu sprechen versuchen". Bethmann erwiderte, Deutschland sei stets zur Vermittlung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn bereit. Als die Sprache auf den Nahen Osten kam, führte der Kanzler aus, Oesterreich-Ungarn habe Deutschland versichert, es werde auf dem Balkan keinerlei expansive Pläne verfolgen. „Sollte es sich etwa in Zukunft zu solchen Plänen bekennen, so wären wir weder verpflichtet noch gewillt, für sie einzutreten" [2]). Sasonow war über diese Erklärung sehr erfreut und äußerte seinerseits, Rußland werde sich an keiner aggressiven und feindlichen Politik Englands gegen Deutschland beteiligen [3]).

Die Potsdamer Entrevue schien sich also ganz im Sinn der Bethmannschen Gedankengänge zu entwickeln. Deutschland hatte sich auf Kosten Oesterreichs Rußland genähert, und Bethmann schien bewiesen zu haben, daß Deutschland sich immer noch leichter mit Rußland verständigen könne als Oesterreich.

Aber bald nach der Entrevue tauchten die Schwierigkeiten auf. Obwohl Deutschland so weit ging, zu erklären, Oesterreich auch bei einer nur indirekt gegen Rußland gerichteten Politik auf dem Balkan nicht unterstützen zu wollen und eine ähnliche Zusage bezüglich der Türkei abzugeben bereit war [4]), ließ sich Sasonow nicht dazu bewegen, schriftlich die Erklärung abzugeben, daß Rußland eine deutschfeindliche Politik Englands nicht unterstützen würde. Deutschland erreichte lediglich, daß Zar Nikolaus „das feste

[1]) G.P. 27. S. 510/12.
[2]) ebenda, S. 840/41.
[3]) ebenda, S. 846.
[4]) ebenda. S. 869.

Versprechen" abgab, „keine deutschfeindliche Politik Englands unterstützen zu wollen" [1]). Der Grund für Sasonows Verweigerung einer schriftlichen Erklärung lag — wie er selbst Pourtalès gestand — in seiner Befürchtung, das gute russisch-englische Einvernehmen werde durch die Abgabe einer solchen Erklärung gestört [2]).

Damit war der deutsche Plan, in Anlehnung an Bismarckische Gedankengänge das deutsch-russische Verhältnis auf österreichische Kosten zu bessern und in die Tripelentente eine Bresche zu schlagen, im wesentlichen gescheitert. Rußland wollte seine guten Beziehungen zu England nicht einer Annäherung an Deutschland zuliebe aufs Spiel setzen. Zweifellos beeindruckte das russische Verhalten Bethmann stark. Er schrieb nur wenige Tage nach Erhalt der Ablehnung Sasonows an Aehrenthal, das deutsch-österreichische Bundesverhältnis trete „immer schärfer als der Angelpunkt der gesamten europäischen Politik hervor" [3]).

In Oesterreich-Ungarn war man über die Potsdamer Entrevue beunruhigt. Verstimmend mußte von Anfang an wirken, daß Graf Mirbach, der deutsche Geschäftsträger in Petersburg, den österreichischen Geschäftsträger solange als möglich über die politische Tragweite der bevorstehenden Entrevue im Unklaren ließ [4]). In Deutschland fürchtete man, die Potsdamer Entrevue werde in Wien Mißtrauen erregen, und Kaiser Wilhelm ließ nach der Besprechung mit dem Zaren ein freundliches und beruhigendes Telegramm an Kaiser Franz Josef abgehen [5]). Ueber seine Besprechungen mit Sasonow äußerte sich Bethmann am 14. November in einem Privatbriefe an Aehrenthal. Er habe dem russischen Außenminister versichert, daß er „die auf Grund wiederholter präziser Aeußerungen Eurer Exzellenz basierte Ueberzeugung habe, daß Oesterreich-Ungarn an keinerlei expansive Politik im Balkan denke. Desgleichen hätten wir uns niemals verpflichtet und seien auch niemals von Ihrer Seite darum angegangen worden, expansive Pläne Oesterreich-Ungarns im Balkan zu unterstützen" [6]). In Oesterreich-Ungarn war man über diese Erklärung Bethmanns sehr beunruhigt. Man befürchtete als Folgewirkung eine Steigerung der Unternehmungslust der russischen Panslavisten. Rußland gewinne ohne eine Gegenleistung Ellbogenfreiheit, um seine Armee wieder schlagkräftig zu machen und den Umschwung am Balkan zu dem russischen

[1]) G.P. 27, S. 879.
[2]) ebenda. S. 876.
[3]) Oe.-U.A. 3, S. 120.
[4]) ebenda, S. 29/30.
[5]) G.P. 27, S. 838/39.
[6]) ebenda S. 850.

Interessen genehmen Zeitpunkt vorzubereiten[1]). Diese Befürchtungen waren nicht ganz grundlos, der in ihnen liegende Vorwurf gegen Deutschland aber unberechtigt, da Aehrenthal selbst im Wesselitzky-Interview eine expansive Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns abgelehnt hatte und er über keine positive Idee, wie das Erstarken Rußlands verhindert werden sollte, verfügte. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß es nicht der sachliche Inhalt der Erklärung Bethmanns war, der in Wien verstimmend wirkte, sondern die prinzipielle Abkehr Deutschlands von dem Bülowschen Standpunkt der bedingungslosen Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik. Aehrenthal mußte erkennen, daß die deutsche Politik in Zukunft auf dem Balkan eine neutrale — wenn nicht rußlandfreundliche — Stellung einnehmen werde. Der Grad der österreichischen Verstimmung sollte erst bei der Agadirkrise in Erscheinung treten.

Die Grundtendenz der deutschen Politik, die Beziehungen zur Entente und besonders zu Rußland zu bessern, blieb trotz des Mißerfolges der Potsdamer Besprechungen weiterhin bestehen. Ein von Kaiser Wilhelm am 31. Januar angekündigter Besuch in Wien im Frühjahr 1911 unterblieb, weil — wie Kiderlen Szögyeny erklärte — man unliebsamen Kommentaren keinen Anlaß bieten wollte[2]). Aehrenthal war darüber unangenehm berührt und schrieb am 11. März an Szögyeny, seit dem Winter 1910 sei es ihm vollkommen klar, daß Bethmann-Hollweg auf eine Besserung der deutschen Beziehungen zu England und Rußland hinarbeite. „In solche Bestrebungen scheint ihm eine zu häufige Verbrüderung der beiden Souveräne sowie Oesterreich-Ungarns und Deutschlands nicht ganz hineinzupassen". Er, Aehrenthal, habe gegen diese Absichten der deutschen Politik nichts einzuwenden; er hätte aber eine andere Vorgangsweise gewünscht[3]).

So läßt sich um die Jahreswende 1910/11 eine leichte Erkaltung der deutsch-österreichen Beziehungen und eine Verstimmung Oesterreich-Ungarns feststellen. Aehrenthals reservierte Haltung trat anläßlich des von General Conrad gestellten Antrages, in Verkehr mit dem deutschen Generalstab treten zu dürfen, um militärische Abmachungen für den Fall eines Angriffs Frankreichs und Englands auf Deutschland zu treffen, hervor. Aehrenthal entgegnete am 4. März 1911 mit Konstruktionen, nach denen Artikel 3 des Dreibundvertrages sich wohl gegen Frankreich und Rußland,

[1]) Hoyos, S. 26.
[2]) Oe.-U.A. 3, S. 200
[3]) Oe.-U.A. 3, S. 210.

aber nicht gegen England richte. Der österreichische Außenminister führte weiter aus, seiner Ueberzeugung nach läge der Wert der österreichischen Hilfe für Deutschland, „im Fall letzteres mit Frankreich oder mit Frankreich und England in Krieg gerät, in der Rükkendeckung, die wir dem verbündeten Reiche gegen Rußland gewähren würden, durch die Erklärung, uns an die Seite Deutschlands zu stellen, falls Rußland aus seiner Neutralität herausträte“ [1]). Wenigstens in der Theorie hatte sich also Aehrenthal soweit von Deutschland losgelöst, daß er entgegen dem Wortlaut des Dreibundvertrages die Möglichkeit ins Auge faßte, bei einem Angriff Frankreichs und Englands auf Deutschland neutral zu bleiben.

Die Verstimmung Aehrenthals über die Potsdamer Entrevue trat anläßlich der Agadirkrise zutage. Unter Durchbrechung des Abkommens von Algeciras hatte Frankreich seine Stellung in Marokko immer weiter ausgebaut. Im Mai 1911 besetzte Frankreich Fez, angeblich um seine dort bedrohten Staatsbürger zu schützen. Deutschland sah wohl ein, daß die Selbständigkeit Marokkos nicht mehr aufrechtzuerhalten war, wollte aber das Scherifenreich nicht ohne Kompensationen Frankreich überlassen. Um dem deutschen Wunsche nach Kompensationen Nachdruck zu verleihen, wurde das Kanonenboot „Panther“ im Juli nach Agadir beordert. Die Folge des „Panthersprunges“ war ein schwerer Konflikt mit Frankreich und namentlich mit England.

Am 1. Juli teilte Deutschland Aehrenthal mit, das Kanonenboot „Panther“ sei zum Schutze der deutschen Staatsangehörigen nach Agadir gesandt. Nach Ansicht der deutschen Regierung sei die Algecirasakte durch Frankreich und Spanien längst durchlöchert worden. Deutschland nehme für sich das Recht in Anspruch, „zu entscheiden, in welchem Augenblick ihm das Ergreifen von Schutzmaßnahmen für seine Untertanen und deren Interessen nötig erscheine. Was dem einen recht sei, sei dem andern billig. Für Deutschland handle es sich hier um eine Prestigefrage“. Deutschland erwarte nun den Beginn freundschaftlicher Unterhandlungen mit Frankreich und Spanien und hoffe, „die k. u. k. Regierung werde auch diesmal der deutschen Regierung ihre so wertvolle moralische Unterstützung zuteil werden lassen“ [2]).

Die Stellungnahme Aehrenthals zu dem deutschen Ersuchen um Unterstützung kam einer Ablehnung gleich. Er äußerte zu dem deutschen Botschafter, „was Oesterreich-Ungarn anbelange, so hätten wir uns bisher völlig reserviert verhalten und hätten auch kei-

[1]) Oe.-U.A. 3, S. 203/04.

[2]) ebenda, S. 265.

nerlei Veranlassung gehabt, der Frage näher zu treten, ob das gegenwärtige Vorgehen Frankreichs gerechtfertigt sei und mit den Verträgen kollidiere, oder nicht". Oesterreich-Ungarn werde das deutsche Vorgehen „mit aller Sympathie" begleiten; es müsse sich aber vorbehalten, die konkreten Vorschläge einer Prüfung zu unterziehen [1]). Das Ersuchen Deutschlands um „moralische Unterstützung" war damit abgelehnt und lediglich Oesterreichs „volle Sympathie" zum Ausdruck gebracht worden.

In einem Privatschreiben an Szögyeny vom 4. Juli ließ sich Aehrenthal ausführlicher über die Gründe der kühlen Haltung Oesterreichs in der Marokkofrage aus. Seine reservierte Stellungnahme sei „zum Teil auch durch die Potsdamer Besprechungen beeinflußt. Das entscheidende Wort ist dort damals gefallen, als Bethmann-Hollweg Minister Sasonow die Versicherung abgab: Deutschland habe sich niemals verpflichtet, expansive Pläne Oesterreich-Ungarns am Balkan zu unterstützen". Damit habe sich Deutschland „striktement" auf den Boden des Zweibundvertrages zurückgezogen. Die marokkanische Frage habe bei dem Abschluß des deutsch-österreichisches Vertrages keine Rolle gespielt. Oesterreich werde „in zweiter Linie bleiben" und sein „Pulver schön trocken halten" [2]).

Zwei Jahre nach Bülows Sturz zeigte sich noch einmal die Gefahr, in die Deutschland geraten war, als Bülow nach der Revaler Entrevue die österreichische Balkanpolitik unterstützt hatte. In Wien betrachtete man seither die deutsche Hilfestellung auf dem Balkan als sozusagen selbstverständlich und beantwortete ein Lauerwerden des deutschen Unterstützungswillens mit kühler Haltung in der Agadirkrise. Das geringe Interesse, das Oesterreich-Ungarn an der marokkanischen Frage hatte und seine Abneigung, in einen Konflikt mit England und Frankreich verwickelt zu werden, spielten natürlich bei der ablehnenden Stellungnahme Aehrenthals mit.

Oesterreich-Ungarn blieb demnach in der Marokkokrise „in zweiter Linie" und hielt sein „Pulver schön trocken". Frankreich ließ Aehrenthal mehrere Male seinen Dank für die österreichische Haltung aussprechen. Aehrenthal ging sogar so weit, aus seiner neutralen Stellung Berlin voller Ironie anfeuernde Ratschläge zu senden. So ließ er am 1. August Kiderlen — wohl in ironischer Anlehnung an einen Berliner Ausdruck — mitteilen, er erhoffe „im Interesse unseres Bundesgenossen Deutschland ein strammes Fest-

[1]) Oe.-U.A. 3, S. 267.

[2]) ebenda, S. 267/68.

halten an dem bisherigen Standpunkte“ [1]). Wenige Tage später drückte er dem Staatssekretär seine Freude darüber aus, daß er über „große Zähigkeit“ in „reichem Ausmaße“ verfüge [2]).

Die gereizte Stimmung Aehrenthals gegen Deutschland fand anläßlich des Zwischenfalls Khuen ihren Ausbruch. Der ungarische Ministerpräsident Graf Khuen hatte im Abgeordnetenhause ausgeführt, die marokkanische Frage liege abseits von der Frage, auf die sich das Bundesverhältnis mit Deutschland beziehe [3]). Diese Auslassung führte zu für Deutschland unliebsamen Erörterungen in der französischen Presse. Kiderlen wandte sich am 11. Juli an den österreichischen Botschafter und erklärte ihm, gegen die Worte Khuens lasse sich sachlich nichts einwenden, aber sie hätten „seinem Sentiment wehe getan“. Die Tripelentente suche daraus Kapital zu schlagen. Auch unterstütze die österreichische Presse Deutschland nur lau [4]).

Diese maßvolle und sachlich völlig einwandfreie Rekrimination Kiderlens verletzte Aehrenthals Empfindlichkeit tief und versetzte ihn in eine außerordentliche Erregung, obwohl er selbst mit der Erklärung Khuens nicht ganz einverstanden war [5]). Er fügte einem Erlaß an Szögyeny eigenhändig bei, er ersuche die im Erlaß zusammengefaßten Bemerkungen zu der Beschwerde Kiderlens „in durchaus freundschaftlicher aber bestimmter Form“ zur Kenntnis zu bringen. „Von meiner Erwiderung erwarte ich die Wirkung, daß Herr von Kiderlen-Wächter in Zukunft von nörgelnden Bemerkungen, die durch nichts begründet sind und zu der zwischen den beiden Reichen seit Jahren bestehenden, in schweren Krisen bewährten intimen Freundschaft nicht passen, absehen wird“ [6]).

Während die Marokkokrise noch nicht beigelegt war, wurde Europa durch einen zweiten nordafrikanischen Unruheherd beunruhigt. Ende September 1911 erklärte Italien der Türkei den Krieg, um Tripolis seinem Kolonialreiche einzuverleiben. Das italienische Unternehmen wurde sowohl in Deutschland als in Oesterreich-Ungarn mit Unbehagen begrüßt. Besonders Deutschland geriet durch Italiens Vorgehen in eine unangenehme Lage, da es ungünstig auf die deutsche Stellung in Konstantinopel zurückwirken mußte. Ein Widerspruch des Zweibundes gegen das Tripolisunternehmen lag deshalb außerhalb jeder Diskussion, weil dadurch Italien in die

[1]) Oe.-U.A. 3, S. 291.
[2]) ebenda, S. 304.
[3]) ebenda, S. 274.
[4]) ebenda, S. 274.
[5]) ebenda, S. 274, Anm.
[6]) ebenda, S. 277/78.

Arme Englands und Frankreichs getrieben worden wäre, die den italienischen Tripoliswünschen sympathisch gegenüberstanden.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn erklärten ihre Neutralität und setzten sich für Lokalisierung der Kampfhandlungen ein. Da man allgemein — zu Unrecht, wie sich später zeigen sollte — annahm, daß der Tripolisfeldzug mit einem baldigen Siege der Italiener und einem Nachgeben der Türkei endigen würde, setzten schon in den ersten Oktobertagen verschiedene Vermittlungsbesprechungen ein, an denen sich besonders Deutschland beteiligte. Aehrenthal wünschte aber nicht, daß die „Intervention nur durch eine Macht, nämlich Deutschland, wenn auch Hand in Hand mit uns erfolgen solle“ [1]), und wandte sich an Berlin, um ein gemeinsames Vorgehen des Zweibundes in der Vermittlungsfrage anzuregen. Kiderlen erklärte am 7. Oktober, er sei bereit, im gegebenen Momente gemeinsam mit Wien zu vermitteln. Zur Zeit scheine ihm dieser Moment noch nicht gekommen. Wenn die Türkei oder Italien einen Antrag auf Vermittlung in Wien oder Berlin stellen würden, so sollte der Antrag von dem betreffenden Kabinett sogleich angenommen und das andere Kabinett unverzüglich benachrichtigt werden [2]). Deutschland hatte sich aber durch Mediationsvorbesprechungen derart die Vorhand gesichert, daß der österreichische Botschafter in Rom, Mérey, am 14. Oktober Aehrenthal mitteilen mußte, Oesterreich-Ungarn erschien gegenüber Deutschland etwas als Anhängsel. In der Vermittlungsfrage werde seiner Ueberzeugung nach Berlin die erste Rolle spielen [3]). Kiderlen wünschte scheinbar aus zwei Gründen kein Hineinziehen Oesterreich-Ungarns in die ersten vertraulichen Mediationsvorbesprechungen: weil er im Interesse der deutschen Führerstellung im Dreibunde Deutschland den Hauptanteil in der Vermittlungsfrage sichern wollte und Oesterreich-Ungarn wegen seiner Streitigkeiten mit Italien zu den ersten vertraulichen Besprechungen nicht geeignet hielt.

Es läßt sich leicht erraten, wie der Bericht Méreys auf Aehrenthal wirkte, der mit geradezu nervöser Aengstlichkeit darüber wachte, daß die österreichische Politik nicht in den Verdacht einer Abhängigkeit von Deutschland geriet. Aehrenthal fühlte sich von Berlin hintergangen und getäuscht. Er entschloß sich sofort zum Gegenschlage. Am 20. Oktober bemerkte er in einem Erlaß an Szögyeny, die Verhältnisse seien einer Vermittlung noch nicht gün-

[1]) Oe.-U.A. 3, S. 400.
[2]) ebenda, S. 408.
[3]) ebenda, S. 436.

stig. Würde aber die Idee einer Vermittlung zu zweien wieder akut werden, so wäre „sukzessive über jeden weiteren Schritt das Einvernehmen zwischen unseren beiden Kabinetten herzustellen und so zu vermeiden, daß beispielsweise Herr von Jagow bezügliche Instruktionen erhalte, bevor noch die k. u. k. Regierung hiervon informiert und in der Lage wäre, Herrn von Mérey mit gleichlautenden Weisungen zu versehen". Szögyeny solle Kiderlen darauf hinweisen, daß er, Aehrenthal, speziell in Rom den Anschein zu vermeiden wünsche, „als ob Deutschland für sich allein handle und auf Oesterreich-Ungarn keine Rücksicht nehme". Nach diesem deutlichen Seitenhiebe auf die deutsche Haltung in der Vermittlungsfrage schlug Aehrenthal ein vermittelndes Eingreifen aller Mächte vor und erklärte, daß er mit London, Paris und Petersburg in einen Gedankenaustausch einzutreten gedenke [1]).

Aehrenthal versuchte damit, Deutschland die Führung in der Vermittlungsfrage aus der Hand zu nehmen, weil er erkannte, daß Oesterreich-Ungarn bei einer Unterstützung des deutschen Vorgehens in Rom eine zweite Rolle spielen würde. Ohne Fühlungnahme mit Berlin bahnte er einen Gedankenaustausch mit den Mächten der Tripelentente an [2]). Ein Erfolg seiner Bemühungen hätte Deutschland in österreichisches Kielwasser gebracht und eine unangenehme außenpolitische Niederlage Berlins bedeutet, da es für Deutschland von großer Wichtigkeit war, wegen seiner besonderen Beziehungen sowohl zu Italien als auch zu der Türkei selbst die Führung bei etwaigen Ausgleichsverhandlungen in die Hand zu bekommen. Die Aktion Aehrenthals scheiterte aber. Zu seinen Lebzeiten sollte eine Vermittlung nicht mehr recht in Fluß kommen.

War die Aktion Aehrenthals auch fehlgeschlagen, so hatte er doch erneut erwiesen, daß er als selbständiger Faktor gewertet wissen wollte. Angesichts der deutschen Haltung war sein Vorgehen vom österreichischen Standpunkte zweifellos berechtigt.

Das Jahr 1911 sollte nicht zu Ende gehen, ohne daß eine alte europäische Streitfrage von neuem auftauchte. Die Meerengenfrage wurde plötzlich akut, und wieder sollten Deutschland und Oesterreich-Ungarn wie in der Marokkokrise und der Vermittlungsfrage im Tripoliskriege getrennte Wege gehen. Die ersten Nachrichten über russische Tastversuche in der Meerengenfrage liefen in der zweiten Dekade des November in Berlin und Wien ein. Noch ohne Kenntnis von dieser neuen Wolke am europäischen Horizont richtete Aehrenthal am 13. November ein Privatschreiben an Palla-

[1]) Oe.-U.A. 3, S. 455/57.
[2]) ebenda, S. 463/64.

vicini, das eine sehr interessante Kombination enthält, wie Oesterreich-Ungarn bei Schwinden des deutschen Einflusses am Bosporus zusammen mit England in Konstantinopel die Vorhand gewinnen könnte. Aehrenthal schrieb an Pallavicini, er gewinne aus seiner letzten Berichterstattung den Eindruck, daß auch er die Möglichkeit einer Untergrabung der deutschen Stellung am Goldenen Horn infolge des Tripolisunternehmens nicht von der Hand weise. Gewiß habe der deutsche Einfluß in Konstantinopel für Oesterreich-Ungarn während der Annexionskrise eine nicht zu unterschätzende Bedeutung gehabt. Aber die Pforte dürfe nicht glauben, die Donaumonarchie sei in der Türkei auf Deutschland angewiesen. „Das Potsdamer Abkommen" habe gezeigt, daß Deutschland für die Türkei keine zuverlässige Unterstützung sei. Berlin suche in der Türkei ein Feld für seine wirtschaftliche Betätigung, während Wien ein ernstes politisches Interesse an der Aufrechterhaltung des osmanischen Besitzstandes habe. Selbst wenn jetzt der englische Einfluß in Konstantinopel den deutschen in den Schatten stellen sollte, dürfte Rußland kaum daraus Nutzen ziehen. Der Argwohn gegen Rußland und die Balkanstaaten werde die Türkei zu einer Rückversicherung zwingen, die sie am besten bei Oesterreich-Ungarn suchen würden. Es wäre somit keineswegs ausgeschlossen, daß Oesterreich auch bei einer Neuorientierung der türkischen Politik im englischen Sinne seine Rechnung finden und sich mit England in die Freundschaft mit der Türkei teilen könnte. Aber das seien Zukunftseventualitäten. Die aktuelle österreichische Politik werde, solange es anginge, sich für die Erhaltung des deutschen Einflusses in Konstantinopel einsetzen [1]).

Die Perspektive Aehrenthals litt an dem Fehler, die politischen Probleme allzusehr im Stile der Kabinettspolitik zu sehen und die tiefen Gegensätze zwischen den beiden europäischen Mächtegruppen zu unterschätzen. Es war allzu unwahrscheinlich, daß die alte englisch-österreichische Orientpolitik wieder auflebte, bei der England die Wacht am Bosporus gegen Rußland zu übernehmen und Oesterreich-Ungarn für Ruhe und Ordnung auf dem Balkan zu sorgen hatte.

Aehrenthals Befürchtungen über die deutsche Balkanpolitik sollten sich wenige Tage später bewahrheiten. Die russische Regierung trat in Ausnützung des türkisch-italienischen Konfliktes mit der Pforte in Verhandlungen, die eine Oeffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe zum Ziele hatten. Die Iswolskische Idee der Jahre 1907 und 1908 war also zu neuem Leben erstanden. Ki-

[1]) Oe.-U.A. 3, S. 542/44.

derlen war bereit, entsprechend dem alten Bismarckischen Grundsatz und der Haltung Deutschlands im Dezember 1908 der russischen Regierung zu erklären, Deutschland werde einer türkisch-russischen Vereinbarung über das Durchfahrtsrecht durch die Dardanellen keinen Widerstand entgegensetzen [1]). Der Staatssekretär nahm allerdings von vornherein an, England werde sich dem russischen Vorstoß entgegensetzen [2]). Kaiser Wilhelm wollte sich ebenso wie Kiderlen einer türkisch-russischen Vereinbarung nicht widersetzen; er wünschte aber, daß die zustimmende Antwort erst abginge, wenn Oesterreich-Ungarn sich zu einer gleichen Haltung entschlössen habe. Aehrenthal verhielt sich aber ablehnend. Die österreichisch-russischen Beziehungen seien nicht derart, daß er Rußland „auf Vorschuß" eine Freundlichkeit erweisen könnte [3]). Rußland müsse „etwas dafür zahlen". An die Vereinbarung von 1908 mit Rußland erklärte er sich nicht mehr gebunden. Auch die deutschen Argumente, durch eine ablehnende Haltung besorge man nur „die Geschäfte der Engländer", England werde sich schon dem russischen Vorstoß entgegenstellen, verfingen nicht.

Die von Kaiser Wilhelm als Vorbedingung einer zustimmenden Antwort an Rußland gewünschte Einigung zwischen Berlin und Wien ließ sich also nicht herstellen. Kiderlen fand einen glücklichen Mittelweg zwischen dem Gebot des Kaisers, mit Oesterreich Hand in Hand zu gehen, und seinem (Kiderlens) Wunsch, in der Meerengenfrage Rußland entgegenzukommen. Er gab der russischen Regierung eine Zustimmung in der verschleierten Form, „daß wir ihr bei der Meerengenfrage keine Schwierigkeiten zu bereiten wünschten und daß wir daher einen amtlichen Antrag wohlwollend prüfen würden. Vor definitiver Stellungsnahme müßten wir aber eine genauere Formulierung der russischen Wünsche abwarten [4]).

In Oesterreich-Ungarn befand man sich wieder unter dem Alpdruck der Potsdamer Entrevue. Aehrenthal befürchtete, Deutschland habe gegen gewisse Zugeständnisse, wie etwa ein Defensivbündnis, Rußland seine Unterstützung in der Meerengenfrage zugesagt [5]). Die Furcht vor Potsdam wurde sogar einem Legationsrad des österreichischen Außenministeriums, dem Grafen Hoyos, zu viel, der an Szögyeny schrieb: „Eure Exzellenz werden bemerken, daß das Gespenst von Potsdam hier noch immer spukt. In der Tat wird alles, was jetzt geschieht, von dieser Episode hergeleitet,

[1]) G.P. 30, S. 207.
[2]) ebenda. S. 253/54.
[3]) ebenda, S. 211.
[4]) ebenda, S. 210.
[5]) ebenda, S. 208.

und man hat wenig Lust, die russischen Avancen zu warm zu begrüßen nur deshalb, weil dies in Berlin angenehm wäre“ [1]). Erst die wiederholte Erklärung Kiderlens, Deutschland habe Rußland gegenüber keine Verpflichtungen übernommen, schuf eine langsame Beruhigung in Wien.

Anfang Dezember ging Aehrenthal dazu über, der Türkei gegenüber Rußland den Rücken zu steifen [2]). Größere Bedeutung sollte die Frage der Oeffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe aber nicht gewinnen. Wie Kiderlen vorausgesehen, versagten sich England und Frankreich dem russischen Vorstoß. Mitte Dezember ließ Rußland die weniger auf Anregung des kranken Sasonow als auf Privatinitiative Iswolskis und Tscharykows in Angriff genommene Meerengenfrage fallen.

Wenige Wochen nach dem Scheitern des russischen Vorstoßes fiel Aehrenthal in eine schwere Krankheit, von der er nicht mehr genesen sollte. Er starb am 17. September 1912.

Das deutsch-österreichische Verhältnis ist in den letzten Jahren der Außenministerschaft des Grafen Aehrenthal durch das Bestreben Deutschlands gekennzeichnet, nach der Kraftprobe der bosnischen Krise die Beziehungen zu Wien zu lockern und einen abermaligen Versuch der Annäherung an die Ententemächte zu unternehmen.

Mit dem Amtsantritt Bethmann-Hollwegs wurde die kühlere Haltung Deutschlands gegenüber Oesterreich-Ungarn erkenntlich. Bethmann baute die Druckpolitik gegenüber Rußland ab und gab dem nach der Revaler Entrevue eingenommenen Standpunkt, die österreichische Balkanpolitik zu unterstützen, auf. Der Kanzler betonte das Recht Deutschlands auf Führung im Zweibunde und versuchte in Rückkehr zu alten Bismarckischen Traditionen eine Mittelstellung zwischen Wien und Petersburg einzunehmen und damit im Sinne des Altreichskanzlers sich durch eine Beherrschung des russisch-österreichischen Verhältnisses die ausschlaggebende Stellung zu sichern. Dieser Versuch schlug fehl, weil Rußland mit Rücksicht auf das englisch-russische Verhältnis eine Bindung an Deutschland ablehnte, und Oesterreich-Ungarn den Weg direkter Verhandlungen mit Petersburg beschritt. Aehrenthals Antwort auf den deutschen Versuch, sich auf Kosten Oesterreichs und unter Abkehr von dem Bülowschen Standpunkt der Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik mit Rußland zu verständigen, war

[1]) Oe.-U.A. 3, S. 576.
[2]) ebenda, S. 630.

eine tiefgehende Verstimmung. Der österreichische Außenminister hielt Deutschland nicht mehr für zuverlässig im österreichischen Sinne und glaubte, Deutschland wolle die Balkaninteressen Oesterreich-Ungarns einem guten Einvernehmen mit Rußland opfern, womit allerdings der Zweibund für Oesterreich-Ungarn seiner Daseinsberechtigung entkleidet gewesen wäre. Die Befürchtungen Aehrenthals waren übertrieben. Bethmann und Kiderlen beabsichtigten zwar ein Desinteressement an einer nichtdefensiven österreichischen Balkanpolitik, aber keine „Opferung" der österreichischen Balkaninteressen.

Ein weiteres Ausgreifen der österreichischen Politik stellte sich in den Jahren nach der bosnischen Krise als unmöglich heraus. Die russisch-österreichischen Beziehungen blieben seit der Krise ausgesprochen schlecht. Die Beziehungen zu England und Frankreich gestalteten sich korrekt bzw. freundlich; sie waren aber wegen des deutschen Gegensatzes zu den Westmächten unrealisierbar. Das Verhältnis zu Italien erlitt durch das Tripolisunternehmen starke Trübungen. Trotz alles Pochens auf die österreichische Selbständigkeit war Oesterreich-Ungarn im Grunde genommen so stark abhängig von Deutschland wie selten zuvor. Aehrenthals Politik nahm — vielleicht mitbeeinflußt durch seine bald nach der bosnischen Krise in Erscheinung tretende körperliche Schwäche — resignierende Züge an. Von der trialistischen Lösung und der „Aufhebung des serbischen revolutionären Nestes" war nicht mehr die Rede.

Wenn es Bethmann-Hollweg und Kiderlen in den Jahren 1909/1912 auch nicht gelungen war, die Entente in stärkerem Maße aufzulockern, so hatte sich doch als Erfolg ihrer Ausgleichspolitik und ihrer kühlen Haltung gegenüber der österreichischen Balkanpolitik eine Besserung in den deutsch-russischen Beziehungen eingestellt. Dieser Erfolg hatte aber nur den Charakter eines Waffenstillstandes. Die Gegensätze waren wohl überdeckt worden, aber sie waren noch da. In tieferem Zusammenhang gesehen hatte der Gegensatz Tripelentente—Zweibund sogar eine weitere Verschärfung erfahren. Rußland hatte auf dem Wege der Erstarkung große Fortschritte gemacht, und in Frankreich hatte sich mit der Berufung Poincarés zum Ministerpräsidenten die Richtung durchgesetzt, die unter Aufgabe der bisherigen relativen außenpolitischen Zurückhaltung Frankreichs auf eine ausgesprochene Blockpolitik der Tripelentente hinarbeitete. Damit wuchs die Gefahr, daß bei einem Konflikt zwischen der Tripelentente und dem Zweibunde die Haltung der Entente unnachgiebiger sein würde als in den vorhergegangenen Krisen, was nur allzu leicht den Ausbruch eines kriegerischen Zusammenstoßes bedeuten konnte.

Rückblick auf die Epoche Aehrenthal und das deutsch-österreichische Bündnis.

Aehrenthal war über fünf Jahre österreichisch-ungarischer Außenminister. Seine Außenministerschaft fiel in die entscheidenden Jahre der europäischen Vorkriegsgeschichte, in denen sich die Verfestigung und Verhärtung der Gegensätze zwischen den beiden europäischen Bündnissystemen vollzog.

Aehrenthal wollte durch eine kraftvolle Außenpolitik das Staatsgefühl in Oesterreich-Ungarn neu beleben und durch Erfolge nach außen den Weg zu einer innenpolitischen Umgestaltung der Donaumonarchie im trialistischen Sinne freilegen. Dieser Gedanke scheiterte an den Struktur- und innenpolitischen Widerständen des alternden Reiches. Die außenpolitischen Erfolge Aehrenthals waren zu gering, um das österreichische Staatsbewußtsein so zu steigern, daß sich die einzelnen Bestandteile der Monarchie zu großen Umgestaltungen bereit gefunden hätten.

Das außenpolitische Ideal Aehrenthals war die Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses, dessen Undurchführbarkeit er bald anerkennen mußte. Um so größeren Wert legte er auf die Aufrechterhaltung der Mürzsteger Entente mit Rußland, die Oesterreich-Ungarn eine gewisse Mittelstellung zwischen den beiden europäischen Bündnisgruppen ermöglichte. Das Einvernehmen mit Rußland stand aber auf schwachen Füßen, weil England sich infolge des deutsch-englischen Gegensatzes weitgehend im Nahen Osten desinteressierte und daher der russischen Politik größere Auswirkungsmöglichkeiten bieten konnte als Oesterreich-Ungarn. Die unkluge Vorgangsweise Aehrenthals während der Sandschakbahn- und bosnischen Krise und seine geringe Rücksichtnahme auf russische Empfindlichkeiten versetzte der russisch-österreichen Entente den letzten Stoß. Ausgleichsverhandlungen mit Rußland nach Beendigung der bosnischen Krise scheiterten an dem russischen Mißtrauen gegen Oesterreich-Ungarn. Aehrenthals persönliche Verärgerung über Iswolski und seine Gereiztheit erleichterten das russisch-österreichische Verhältnis umso weniger, als Iswolski gleichfalls über Aehrenthal persönlich verstimmt war. Rußland hielt sich zwar nach der Krise für einige Jahre auf dem Balkan zurück. Aehrenthals Nachfolger Berchtold schilderte aber die Lage richtig, als er vor Uebernahme des Außenministeriums bemerkte, Rußland warte nur mehr seine völlige innere Restaurierung und seine militärische Bereitschaft ab, um sich wieder im Nahen Osten zu betätigen [1]).

[1]) Musulin, S. 176.

Die Beziehungen Aehrenthals zu England und Frankreich standen völlig unter dem Eindruck des deutschen Gegensatzes zu den beiden Westmächten. Ohne in direktem Interessenkonflikt mit England zu stehen, sah sich Oesterreich-Ungarn in der bosnischen Krise wegen des deutsch-englischen Gegensatzes einem scharfen Widerstande Englands gegenüber. Die verschiedenen Annäherungsversuche an Frankreich scheiterten, weil Frankreich wegen seines Gegensatzes zu Deutschland seine guten Beziehungen zu Rußland und England nicht aufs Spiel setzen wollte.

Im deutschösterreichischen Verhältnis war es Aehrenthal gelungen, die deutsche Balkanpolitik von Mitte 1908 bis Mitte 1909 in stärkste Abhängigkeit von Wien zu bringen. Er konnte es aber nicht verhindern, daß nach Bülows Sturz Bethmann und Kiderlen auf Kosten der österreichischen Balkanpolitik die deutschen Beziehungen zu Rußland zu bessern suchten. Die deutsch-österreichischen Beziehungen kühlten ab. Aehrenthal verlieh seiner Verstimmung gegenüber Deutschland durch eine Politik der Nadelstiche Ausdruck, die man in Berlin nicht allzu ernst nahm.

Das völlig verfahrene serbisch-österreichische Verhältnis und die Verschlechterung der Beziehungen zu Italien seit der italienisch-russischen Annäherung von Bacconigi und seit dem Tripoliskriege vervollständigen das Bild der außenpolitischen Situation, die Aehrenthal seinem Nachfolger hinterließ. Trotz eines äußeren Prestigegewinns war die Außenpolitik Aehrenthals gescheitert. Er hatte die für die Stellung Oesterreich-Ungarns über den gegnerischen Bündnissystemen ausschlaggebend wichtige österreichisch-russische Entente nicht aufrechterhalten und ein Hineinziehen Oesterreich-Ungarns in den Gegensatz Deutschlands zu den Westmächten nicht verhindern können. Der Ernst der außenpolitischen Lage der Donaumonarchie war äußerlich durch die Zurückhaltung Rußlands auf dem Balkan verdeckt.

Die Entstehungsursache des deutsch-österreichischen Bündnisses war der gemeinsame Gegensatz zu Rußland. Diese Entstehungsursache ließ sich nie verleugnen. Selbst die Meisterhand eines Bismarck konnte als Auswirkung des Bündnisses ein Kühlerwerden der deutschen Beziehungen zu Rußland nicht verhindern. Als Caprivi den Rückversicherungsvertrag mit Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn nicht erneuerte, gab er damit die entscheidende Position auf, die Deutschland eine Politik der Hinterhand über den europäischen Gegensätzen und die stärkste Beeinflussung der österreichischen Politik ermöglicht hatte.

Die Rückwendung der russischen Politik aus Ostasien nach dem Nahen Osten deckte die Gefahr eines deutsch-russischen In-

teressengegensatzes wegen der deutschen Festsetzung in der Türkei auf, während die bessere bündnispolitische Lage Oesterreich-Ungarns und das Fehlen des Bismarckischen Druckmittels (neben den Mißgriffen Bülows) Deutschland in Abhängigkeit von der österreichischen Balkanpolitik brachte. Bülows Unterstützung der Donaumonarchie während der bosnischen Krise verschlechterte die deutsch-russischen Beziehungen außerordentlich. Nach Beendigung der Krise erlebte Bismarcks Balkanpolitik eine späte Rechtfertigung, als Bethmann und Kiderlen begünstigt durch die Zurückhaltung Rußlands auf dem Balkan wieder in den Besitz der alten Bismarckschen Mittelstellung zwischen Wien und Petersburg zu gelangen suchten. Trotz einer dadurch erzielten Besserung der deutsch-russischen Beziehungen scheiterte der Versuch doch im wesentlichen an der Festigkeit der europäischen Bündnisgruppen.

Als nach Aehrenthals Tode 1912 der Balkankrieg ausbrach, betrieb Deutschland im Gegensatz zur bosnischen Krise eine Politik des Ausgleichs und wirkte zurückhaltend auf die österreichische Politik ein. Die Selbständigkeit der deutschen Politik blieb gewahrt.

Im Jahre 1914 wurde die Lage für Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan immer bedrohlicher. Die Zurückhaltung Rußlands hatte endgültig ihr Ende gefunden. Deutschland sah sich in einem scharfen Widerstreit zwischen seinem Wunsche, auch weiterhin eine zurückhaltende und ausgleichende Balkanpolitik im Bismarckischen Sinne zu treiben und der Gefahr, daß die für Deutschland bei der Stärke des gegnerischen Bündnissystems lebensnotwendige Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns vom Balkan her untergraben wurde. Es stellte sich heraus, daß bei der Schärfe der europäischen Gegensätze eine Nichtunterstützung der österreichischen Balkanpolitik durch Deutschland auf die Dauer nur bei einer relativen Zurückhaltung Rußlands auf dem Balkan möglich war. Deutschland konnte sich nicht der Einsicht verschließen, daß seine Verständigungsversuche mit der Entente im wesentlichen gescheitert waren, und daß das gegnerische Bündnissystem in den letzen Jahren an Stärke gewonnen hatte. Umso wichtiger wurde für Deutschland die Erhaltung der Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns, seines einzigen Bundesgenossen. Die Bismarckische Aufgabe, die ungeschwächte Existenz Oesterreich-Ungarns zu wahren und sich trotzdem von der Balkanpolitik fernzuhalten, wurde unlösbar, da gerade vom Balkan her die Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns untergraben zu werden drohte. Als Berlin bei der neuen Bedrohung der Donaumonarchie durch das Attentat von Serajewo den Augenblick für gekommen erachtete, um die für Deutschland notwendige unge-

schwächte Machtstellung Oesterreich-Ungarns durch einen serbisch-österreichischen Krieg zu sichern, scheiterte die deutsche Berechnung, der Konflikt werde sich lokalisieren lassen. Die Annahme, Rußland sei militärisch unfertig und England werde sich nicht in den Konflikt einmischen, stellte sich als verfehlt heraus. Der europäische Bündnismechanismus geriet in Gang, und Deutschland mußte um der Erhaltung der Großmachtstellung Oesterreich-Ungans willen wegen einer Balkanfrage in den Weltkrieg ziehen.

Lebenslauf.

Geboren am 5. Oktober 1907 in Trier bestand ich Ostern 1926 die Reifeprüfung am Kaiser-Wilhelms-Gymnasium zu Trier. Ich besuchte die Universitäten München, Paris, Bonn, Königsberg, Berlin und Freiburg. In Berlin hörte ich auch an der Hochschule für Politik. Nachdem ich einige Semester Jura studiert hatte, wandte ich mich dem Studium der Geschichte zu. Ich hörte in der Geschichte Vorlesungen der Herren Professoren Baethgen, Caspar, Heimpel, Marcks, Meinecke, Oncken, Ritter und Rothfels.

Besonderen Dank für Förderung in meinem Studium schulde ich Herrn Professor Ritter in Freiburg und Herrn Geheimrat Cleinow in Berlin.